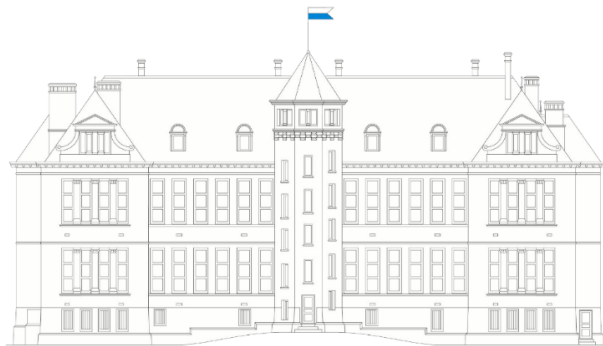


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

meine jüngste Reise nach Brüssel erfolgte zu einem ganz besonderen Anlass. Am 14. Oktober hatte ich die Ehre, auf der Esplanade des Parc du Cinquantaire das Brüsseler Oktoberfest zu eröffnen. Sechs Jahre waren seit der letzten Austragung im Jahr 2019 vergangen – und entsprechend groß war die Vorfreude. So konnten wir allein am Eröffnungsabend 1.600 Gäste begrüßen. Das Festzelt, das sich fußläufig zur Bayerischen Vertretung und zum EU-Viertel befand, war bis auf den letzten Platz belegt und zog sieben EU-Kommissare,



die Präsidentin des Ausschusses der Regionen, eine Vielzahl von Abgeordneten des Europäischen Parlaments, zahlreiche Botschafter, Regionalvertreter und weitere hochrangige Gäste und Freunde Bayerns an. Gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort, Prinz Albert-Henri de Merode und Paul Le Grand, ist es gelungen, ein authentisches Volksfest an

einem der schönsten Orte Brüssels zu organisieren, das bayerisches Brauchtum mit belgischem Charme verbindet. Über mehrere Abende hinweg bot sich die Gelegenheit, mit den zahlreichen Gästen – von Mitarbeitern der EU-Institutionen und der verschiedenen Botschaften über Wirtschaftsvertreter bis hin zu neugierigen Brüsseler Bürgerinnen und Bürgern – in Austausch zu treten. Das Brüsseler Oktoberfest war im Anschluss an den Eröffnungsabend noch bis zum 25. Oktober für die Öffentlichkeit zugänglich.

Doch nicht nur im Festzelt fand ein reger Austausch statt. Während meines Aufenthalts in Brüssel konnte ich auch mehrere Fachgespräche führen. Ein wichtiger Schwerpunkt lag dabei auf Fragen der Sicherheit und Verteidigung. Wie aktuell das Thema ist, haben in den letzten Wochen die Drohnensichtungen an vielen europäischen Flughäfen, auch am Flughafen München, gezeigt.

In der Bayerischen Vertretung konnte ich Generalmajor André Denk zu einem Gespräch begrüßen. Der gebürtige Rottalmünsterer steht seit Mai dieses Jahres als Chief Executive an der Spitze der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA). Der Fokus des Gesprächs lag auf den sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Europa in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine steht, und den Beiträgen, die die EDA dazu leisten kann, um auf diese Herausforderungen angemessen zu reagieren. Auch über Bürokratieabbau, schnellere Verfahren und gemeinsame Beschaffung haben wir uns ausgetauscht.



Das Gespräch mit dem für Verteidigungsindustrie und Weltraum zuständigen Generaldirektor der EU-Kommission Timo Pesonen knüpfte daran an und behandelte neben der europäischen Verteidigungsfähigkeit auch Weltraumthemen wie Schutz und Ausbau der europäischen Satelliteninfrastruktur.

Positiv ist, dass sich Rat und Europäisches Parlament Mitte Oktober mit dem „Programm für die europäische Verteidigungsindustrie“ (EDIP) auf eine milliardenschwere Initiative einigen konnten, die den Ausbau von Produktionskapazitäten und die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern vorantreibt. Mehr Planungssicherheit und ein geeintes Vorgehen im Rahmen von konkreten Initiativen wie der Europäischen Drohnenabwehr verspricht auch der „Fahrplan zur Europäischen Verteidigungsfähigkeit bis 2030“, den die Kommission im Auftrag der EU-Staats- und Regierungschefs vorgelegt hat. Bayern wird seinen Teil dazu beizutragen, indem wir die innovativen Unternehmen unserer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bestmöglich unterstützen.



Wie mühsam es dagegen ist, beim notwendigen Bürokratieabbau voranzukommen, zeigen leider die jüngsten Entwicklungen um das EU-Lieferkettengesetz, das Teil des ersten, symbolträchtigen Omnibus-Pakets zur Nachhaltigkeit ist. Letzte Woche lehnte eine knappe Mehrheit der EU-Abgeordneten den zwischen EVP, Liberalen und Sozialdemokraten ausgehandelten Kompromiss, der spürbare Erleichterungen für Unternehmen beinhaltet hätte, ab. Das Abstimmungsergebnis ist ein klassisches Eigentor zu Lasten der Wirtschaft. Das Parlament muss nun im November erneut über das Lieferkettengesetz abstimmen. Auch die vergangene Woche vom Europäischen Parlament angenommene EU-Bodenüberwachungsrichtlinie ist ein Beispiel für unnötige Überregulierung und ein Signal in die falsche Richtung. Leider ist es uns trotz großer Bemühungen nicht gelungen, diese überflüssige Vorschrift zu verhindern.

Dass es auch anders geht, zeigt die Ablehnung der EU-Verordnung zum Waldmonitoring durch das Europäische Parlament in der vergangenen Woche. Die Kommission hat den Vorschlag inzwischen zurückgezogen. Ein Überwachungsinstrument, das zusätzlichen Bürokratieaufwand verursacht und den Waldbesitzern vorschreibt, wie sie ihre Wälder zu bewirtschaften haben, ist weder notwendig noch sinnvoll. Dafür hat sich Bayern von Anfang an eingesetzt – in diesem Fall mit Erfolg! Wir werden Fehlentwicklungen dieser Art auch künftig klar ansprechen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre des aktuellen Europaberichts, der die jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene in bewährter Weise zusammenführt.

Ihr

Eric Beißwenger, MdL

Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	15
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	15
Europäischer Rat: Unterstützung der Ukraine, Verteidigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohnraum	15
Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Mehrjähriger Finanzrahmen, Fortschrittsbericht über die Omnibus-Pakete, 9. Anhörung Ungarns	15
Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Ukraine, Indien und Indopazifik	16
Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung): Fahrplan zur Verteidigungsfähigkeit bis 2030	17
Informelle Tagung des Europäischen Rates: Fahrplan zu Europas Verteidigungsbereitschaft 2030 und Unterstützung der Ukraine.....	17
Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Vorbereitung des Europäischen Rates, Erörterung des Kommissionsarbeitsprogramms 2026 und jährlicher Rechtsstaatlichkeitsdialog.....	17
EUROPÄISCHES PARLAMENT	18
Plenarwoche vom 20.10.-23.10.2025: Naher Osten, EU-Haushalt 2026, Unterstützung der Ukraine und Nachhaltigkeitsomnibus.....	18
Plenarwoche vom 06.10.-09.10.2025: Misstrauensanträge, Agrar-Omnibus, Praktikumsrichtlinie	20
EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN	22
Europäische Woche der Regionen und Städte sowie 168. AdR-Plenartagung	22
INSTITUTIONELLES.....	22
19. Sanktionspaket gegen Russland: Verbot der Einfuhr von russischem LNG ab 2027	22
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Überblick.....	23
Kommission veröffentlicht ersten Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung.....	24
Kommission stellt den Pakt für den Mittelmeerraum vor	24
Kommission stellt „Fahrplan zur Wahrung des Friedens – Verteidigungsbereitschaft 2030“ vor	25
Kommission verabschiedet „Neue strategische Agenda EU-Indien“	25
Vorläufige Einigung über Interinstitutionelle Rahmenvereinbarung zwischen Kommission und Parlament	26
INTERNATIONALES.....	27
EU-Ägypten-Gipfel: Assoziierung zu Horizont Europa und Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.....	27
Abkommen über eine erweiterte Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Usbekistan	27
18. Tagung des Kooperationsrates EU-Usbekistan	28
Vierte Tagung des Kooperationsrates EU-Irak.....	28
Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft	29
Ukraine erhält weitere 5 Mrd. € aus dem G7-Darlehensbeitrag der EU.....	29
Rat setzt Sanktionen gegen den Iran wegen nuklearer Aktivitäten wieder in Kraft	30



Kommission kündigt 545 Mio. € für den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika an	30
Kommission und EIB stellen 400 Mio. € für Unternehmen in Palästina bereit	30
Kommission schlägt Strafmaßnahmen gegen Israel vor	31
6. Beitrittskonferenz mit Albanien: Eröffnung des vierten Verhandlungsclusters	31
Verlängerung individueller EU-Sanktionen wegen der Verletzung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine	32
Jährlicher EU-Bericht zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Macau	32
Jährlicher EU-Bericht zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Hongkong	32
MEDIEN	33
CULT-Ausschuss nimmt Entschließungsantrag zu den Verpflichtungen aus der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste im transatlantischen Kontext an	33
CULT-Ausschuss befasst sich mit den Medienförderprogrammen Kreatives Europa und AgoraEU	33
Europaabgeordnete treiben Überlegungen zum Online-Jugendschutz voran	34
Ukrainischer Journalist mit Václav-Havel-Preis ausgezeichnet	35
Europaparlament gibt Finalisten des LUX-Publikumspreises 2026 bekannt	35
Kommission gibt Gewinner des Megalizzi-Niedzielski-Preises bekannt und veröffentlicht neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Medienberichte über Kohäsionspolitik	35
Kommission stellt 3 Mio. € für Medienkompetenzprojekte zur Verfügung	36
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Medienbereich	36
Daphne-Caruana-Galizia-Journalistenpreis geht in diesem Jahr an Recherche zu Russlands Schattenflotte	37
Europaparlament verleiht Sacharow-Preis an zwei inhaftierte Journalisten	38
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	39
JI-Rat am 14.10.2025 – Schwerpunkt Migration, Katastrophenschutz und Sicherheit	39
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI	39
MIGRATION	39
EUAA weitet Unterstützung für Deutschland bei der Bearbeitung von Asylanträgen aus	39
Europarat fordert menschenrechtskonforme Künstliche Intelligenz im Migrationsmanagement	40
FREIZÜGIGKEIT	40
Visafreiheit: Europäisches Parlament beschließt flexibleren Aussetzungsmechanismus	40
Einreise-/Ausreisesystem der EU gestartet	40
INNERE SICHERHEIT	41
Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Resilienzstärkung kritischer Einrichtungen in der EU	41
Einigung zur Änderung der Europol-Verordnung zur Stärkung gegen Schleuserkriminalität	41
OP Stream des Bayerischen Landeskriminalamts gewinnt 1. Preis bei den Europol Excellence Awards	41
EU und Ecuador unterzeichnen internationales Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung	42



Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein wegen mangelhafter Umsetzung von EU-Vorgaben zum Informationsaustausch zwischen Strafermittlern	42
Schutz der europäischen Unterseekabel: Kommission stellt neue Finanzmittel i.H.v. 20 Mio € vor.....	42
STRAßENVERKEHR	43
Kommission veröffentlicht Statistik zur Verkehrssicherheit 2024	43
DATENSCHUTZ	43
Europäisches Parlament nimmt Verordnung zur grenzüberschreitenden DSGVO-Durchsetzung in erster Lesung an	43
DEMOKRATIE	43
EU-Statement am Internationalen Tag der Demokratie	43
Kommission veröffentlicht Bericht über Fragilität der Demokratie in Europa	44
Europäisches Parlament beschließt überarbeitete Regeln für europäische Parteien und Stiftungen in erster Lesung	44
Europäisches Parlament legt Position zur Transparenz von Drittstaaten-Lobbying fest	44
Kommission veröffentlicht Leitlinien zu Transparenz politischer Werbung	45
SPORT	45
Kommission veröffentlicht Green Sport Manifesto	45
Auftakt der europäischen Sportwoche 2025 in Kopenhagen	45
Europäisches Parlament nimmt Bericht zum europäischen Sportmodell an	46
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	47
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB	47
BAUEN UND WOHNEN	47
Europäischer Rat beschließt Ratsschlussfolgerungen zu bezahlbarem Wohnraum	47
Niederbayerische Gemeinde Vilsbiburg erhält Preis zum Neuen Europäischen Bauhaus	48
Sonderausschuss HOUS legt ersten Initiativbericht zur Wohnraumkrise vor	48
UKRAINE-EU	49
Kommission verlängert Straßenverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau.....	49
VERKEHRSPOLITIK	49
Kommission veranstaltet Europäische Mobilitätswoche 2025.....	49
Kommission leitet Konsultation zur Datenerhebung zur städtischen Mobilität ein	49
STRAßENVERKEHR	50
Kommission schlägt Vereinfachung der Richtlinie über Maut- und Benutzungsgebühren vor	50
BINNENSCHIFFFAHRT	50
Europäisches Parlament bestätigt Einigung zu Binnenschiffahrtinformationsdiensten	50
SCHIENENVERKEHR	50
Kommission verleiht den Preis Frauen im Eisenbahnverkehr 2025.....	50



RADVERKEHR	51
Kommission veröffentlicht ersten Fortschrittsbericht zum europäischen Radverkehr	51
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	52
EuG: Rechtmäßigkeit restriktiver Maßnahmen.....	52
Europäisches Parlament: Annahme der neuen Regelungen zur Pauschalreise-Richtlinie	52
EuGH: Urteil zum Verbot der Doppelbestrafung	53
EuGH und EuG: Amtsantritt neuer Mitglieder am Gerichtshof der EU.....	54
EuG: Wiederwahl des Präsidenten und Vizepräsidenten.....	54
EuG: Wahl neuer Richter.....	54
EuG: Änderung der Beschlüsse zur Kammerbesetzung und weiterer Beschlüsse	55
TRAN: Annahme der neuen Regelungen zur Revision der Fluggastrechte-Verordnung	55
JI-Rat: Treffen der Justizministerinnen und -minister in Luxemburg	56
EuGH: Blitzeinschlag als außergewöhnlicher Umstand	56
EuGH: Haustiere als „Reisegepäck“.....	57
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMJ.....	58
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	59
Künftige Vorhaben der Kommission zu dem Thema Bildung für 2026	59
Europäisches Parlament: Kommission stellt Zwischenbericht zu ERASMUS+ sowie Nachfolgeprogramm für 2028 - 2034 vor	59
Viele EU-Regionen erreichen 2030-Ziel für Hochschulbildung schon jetzt.....	60
EU-Preis für innovativen Unterricht 2025: Zwei Auszeichnungen für Bayern	61
Europäische Bildungsministerinnen und -minister beraten über die Zukunft der beruflichen Bildung	61
Europäische Kommission stellt neue LGBTIQ+-Strategie 2026 - 2030 vor	62
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	64
HOCHSCHULEN/FORSCHUNG.....	64
EU-Forschungsministerinnen und -minister beraten zu Start-Ups, Biowissenschaften und Dual-Use.....	64
Kommission legt Strategie zur Künstlichen Intelligenz in der Wissenschaft vor	64
Kommission legt Europäische Strategie für Forschungs- und Technologieinfrastrukturen vor	65
European Research and Innovation Days 2025: Europa stark in der Grundlagenforschung, schwach in der Skalierung.....	65
TUM und LMU bundes- und europaweit Spitzenreiter in neuem Universitäts-Ranking	66
KULTUR	66
Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramm 2026 für Kreatives Europa.....	66
Europäisches Parlament: Kommission stellt Zwischenbericht zu Kreatives Europa sowie Nachfolgeprogramm AgoraEU vor	67
Kulturhauptstädte Europas: Programmstudie bestätigt langfristigen positiven Effekt auf Kulturpolitik	68



Aufstockung von EU-Hilfen für den ukrainischen Kultur- und Kreativsektor	68
Weltkulturkonferenz Mondiacult 2025 stellt Weichen für globale Kulturpolitik	69
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	70
Euro-Gruppe am 19.09.2025: u. a. digitaler Euro	70
Euro-Gruppe am 09.10.2025: u. a. Stablecoins	70
ECOFIN am 10.10.2025: u. a. Besteuerung von Tabakwaren und neue Eigenmittel.....	71
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH.....	71
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	72
Ratssitzung der Europäischen Zentralbank am 11.09.2025: keine Änderung der Geldpolitik.....	72
Fitch: Frankreichs Bonität herabgestuft.....	73
Kommission genehmigt deutschen mittelfristigen Finanzplan und Aktivierung der nationalen Ausweichklausel	73
Rat genehmigt Verhandlungen mit Vereinigtem Königreich und Kanada über Teilnahme an SAFE	74
Digitaler Euro: Umfrage „Gratis, einfach und sicher – Was Verbraucher vom digitalen Euro erwarten“ ..	74
Vereinfachung von EU-Recht: Änderungen am wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen	74
ECON-Ausschuss: Dritter geldpolitischer Dialog des Jahres am 06.10.2025.....	75
Kommission veröffentlicht Liste der zurückgenommenen Legislativvorschläge	75
HAUSHALT	76
Finnische Positionierung zum Mehrjährigen Finanzrahmen	76
BUDG-Ausschuss: Debatte zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen	76
EU-Haushalt 2026: Standpunkt des BUDG-Ausschusses	76
EuRH: Jahresberichte zum Haushaltsjahr 2024	77
EU-Haushalt 2026: Standpunkt des BUDG-Ausschusses	77
Kritik an Kommissionsvorschlag zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen wächst.....	78
STEUERN.....	78
Plenum des Europäischen Parlaments: Aussprache zur Besteuerung großer digitaler Plattformen.....	78
OECD: Bericht zu Steuerreformen 2025	79
Tabaksteuerrichtlinie: Klarstellung zu Snus und Nikotinbeutel.....	79
BEFIT: Positionierung des Europäischen Parlaments im federführenden ECON-Ausschuss.....	79
EU-Strategie zur Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter.....	80
Ermächtigung der Kommission zu Verhandlungen bei den Vereinten Nationen über die internationale Zusammenarbeit in Steuersachen.....	80
Vorschlag zur Vereinfachung der Steuerarchitektur der EU	81
FISC-Ausschuss: Abgeordnete diskutieren mit Experten über Digitalsteuer	81
EU stärkt Zusammenarbeit mit der Schweiz im Steuerbereich	81
BEAMTENRECHT	82



ETAF-Stellungnahme zur Evaluierung der EU-Whistleblower-Richtlinie	82
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	83
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	83
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi	83
EP und Rat erzielen politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie.....	83
EP und Rat erzielen politische Einigung zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen	84
"Omnibus"-Paket zur Nachhaltigkeit: JURI legt Standpunkt zu inhaltlichen Änderungen an Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten fest.....	84
EP legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen fest	84
EP legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der Messgeräte Richtlinie im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie fest.....	85
Rat legt Standpunkt zum „Omnibus“-Paket zu kleinen Midcaps fest	85
Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen fest	86
Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der Messgeräte Richtlinie im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie fest.....	86
Kommission initiiert Konsultation zur Überarbeitung der Normungsverordnung.....	87
Kommission initiiert Konsultation zur Bewertung der Geoblocking-Verordnung	87
Kommission initiiert Sondierung zu einer neuen Verordnung über Zustelldienstleistungen	87
Kommission legt Zulassungsvorschriften für vermögenswertereferenzierte Token fest.....	88
Kommission veröffentlicht delegierte Verordnung zur Änderung der bisherigen delegierten Verordnung zur Ergänzung von europäischen Marktinfrastrukturen.....	88
Kommission nimmt delegierten Rechtsakt zur Festlegung der Einzelheiten zu den Anforderungen an aktive Konten, über die bestimmte Gegenparteien bei einer zentralen Gegenpartei in der EU verfügen müssen, an	88
Kommission veröffentlicht Bewertung zur Mitteilung über die beihilferechtliche Würdigung staatlicher Darlehensgarantien	89
Kommission veröffentlicht Bewertung der EU-Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen.....	89
Kommission veröffentlicht Liste der zurückgenommenen Legislativvorschläge	90
Kommission legt Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz und Empfehlung zur Einführung von Spar- und Investitionskonten vor	90
Kommission veröffentlicht zweite Ausschreibung für strategische Projekte im Rahmen des CRMA	90
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsches Biomasse-Paket.....	91
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme der UVEX-Gruppe durch Warburg Pincus.....	91
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von FIAMM durch AURELIUS	91



Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von SPN durch ERGO	92
Kommissionspräsidentin zieht Zwischenbilanz zur Wettbewerbsfähigkeit ein Jahr nach Draghi-Bericht.	92
EU-Verkehrsminister unterzeichnen gemeinsame Erklärung zur Beschleunigung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur für schwere Nutzfahrzeuge.....	92
Wettbewerbsfähigkeitsrat: u.a. Austausch zu Vereinfachungsmaßnahmen und zur Binnenmarktstrategie	93
EFRAG initiiert Umfrage zur Marktakzeptanz des VSME von KMU.....	93
EU und Vereinigtes Königreich bekräftigen ihren Wunsch nach Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen und Regulierung	94
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	94
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zum Gesetz über fortgeschrittene Werkstoffe.....	94
AUßENWIRTSCHAFT.....	95
EU und Indonesien schließen Verhandlungen über CEPA und IPA ab	95
Unterzeichnung des überarbeiteten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Marokko	95
Rat nimmt Beschluss zur weiteren Zollliberalisierung zwischen der EU und der Ukraine an	95
Rat nimmt Beschluss zur weiteren Zollliberalisierung zwischen der EU und der Republik Moldau an.....	96
Japan und EU bekräftigen Engagement für stärkere wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit ...	96
Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Stärkung des Schutzes für EU-Landwirte im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens vor	97
Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Bewältigung der negativen Auswirkungen der weltweiten Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union vor	97
Kommission korrigiert eine Reihe von EU-Ausgleichs- und Antidumpingzöllen auf Biodiesel aus Argentinien, China, Indonesien und den Vereinigten Staaten von Amerika	98
Kommission führt endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Glyoxylsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China ein	98
Kommission führt endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Kettenplatten aus Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China ein	98
Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren bestimmter kaltgewalzter Flachstahlerzeugnisse mit Ursprung in Indien, Japan, Taiwan, der Türkei und Vietnam ein	99
Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Alkylphosphonsäuren mit Ursprung in der Volksrepublik China ein	99
Kommission verlängert Antidumpingzoll auf gegossene Rohrformstücke, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke aus China und Thailand.....	99
Kommission verlängert Antidumpingzoll auf bestimmte Keramikprodukte mit Ursprung in der Volksrepublik China	100
EU legt Berufung gegen Welthandelsorganisations-Entscheidung zur Aufhebung ihrer Ausgleichszölle auf indonesischen Biodiesel ein	100
WTO-Panel beanstandet EU-Ausgleichszoll auf bestimmte indonesische Stahlerzeugnisse	100



Kommission aktualisiert Liste der Ausfuhrkontrollen unterliegenden Güter mit doppeltem Verwendungszweck.....	101
Kommission veröffentlicht fünften Jahresbericht für FDI.....	101
Informeller Rat der EU-Handelsminister über die Zukunft der Handelsbeziehungen Europas.....	101
ENERGIE	102
Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren fest	102
Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren fest	102
Kommission initiiert Konsultation betreffend einen EU-Rahmen für die Berechnung des Treibhauspotenzials von Neubauten	103
Kommission initiiert Konsultation zu CO ₂ -Märkten und -Infrastruktur	103
Kommission beschließt überarbeitete Finanzierungsregeln für ACER.....	104
Kommission legt sieben Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise fest.....	104
Gemeinsame Initiative von Kommission und EIB zur Förderung der Energieeffizienz in KMU	104
Kommissionspräsidentin bekräftigt auf Weltgipfel zu erneuerbaren Energien Engagement der EU für die grüne Transformation	105
EU-Strommarkt von stündlichen auf 15-minütige Handelsintervalle umgestellt.....	105
Europäische Industriallianz für kleine modulare Reaktoren veröffentlicht strategischen Aktionsplan ..	106
Europäisches Parlament veröffentlicht Studie zur Methode zur Bewertung der Einsparungen an Treibhausgasemissionen durch kohlenstoffarme Brennstoffe	106
Energierat: u.a. Austausch zur Elektrifizierung und zur Energieversorgungssicherheit und -resilienz in der Ukraine und Moldau.....	106
ACER veröffentlicht Stellungnahme zum "Bidding Zone Review" des ENTSO-E.....	107
Mögliche Teilung der deutschen Strompreiszone: EuG hebt Entscheidung der ACER auf.....	107
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	108
UMWELT.....	108
Europäisches Parlament und Rat bestätigen politische Einigung zu Verordnungsvorschlag zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik.....	108
Europäisches Parlament und Rat bestätigen politische Einigung zu Bodenüberwachungsgesetz	108
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV	108
Tagung des Umweltrats am 21.10.2025.....	109
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments und Rat auf Botschafterebene bestätigen politische	109
Konsultationen zum Schiffsrecycling veröffentlicht	110
Copernicus-Klimabericht vermeldet einen überdurchschnittlich warmen September.....	110
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Umwelt in Europa 2025	111
Nitratausschuss stimmt Einsatz von RENURE-Düngemitteln zu	112
VERBRAUCHERSCHUTZ	112



Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV	112
Konsultation zur Aktualisierung der Liste von Drittstaaten mit Einfuhrerlaubnis für Tiere und Waren veröffentlicht	113
Konsultation zur Aktualisierung der Bedingungen für Notschlachtungen veröffentlicht.....	113
Konsultation zur Überarbeitung des Tierschutzrechts veröffentlicht	113
Plenum des Europäischen Parlaments und Rat auf Botschaferebene billigen „Stop-the-clock“ der Änderung der CLP-Verordnung.....	114
Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt politische Einigung zum Gesetzgebungspaket „Ein Stoff, eine Bewertung“.....	114
Europäisches Parlament beschließt Initiativbericht zum Neuen Rechtsrahmen	115
Konsultation zum Vorschlag für eine Grundverordnung für die Europäische Chemikalienagentur veröffentlicht	115
Kommission beschränkt Verwendung von PFAS in Feuerlöschschäumen	115
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS	117
Tagung Agrarrat, 22./23.09.2025, Brüssel	117
Kommission legt Strategie für den Generationenwechsel in der Landwirtschaft vor	118
Kommission schlägt gezielte Maßnahmen zur fristgerechten Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung vor	119
Umweltkommissarin <i>Roswall</i> kündigt erneute Verschiebung der EUDR um ein Jahr an und signalisiert mögliche Vereinfachung	119
EU-Parlament verabschiedet Mandat zur Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette.....	120
Kommission legt nationale Mindestzuweisungen für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027 vor	121
EU-Parlament lehnt Waldmonitoring-Verordnung in Plenarabstimmung ab	121
Kommission veröffentlicht Sondierung zum geplanten Lebensmittel- und Futtermittel-Omnibus.....	122
Bekanntgabe der Gewinner des EU-Bio-Preises - Radis&Bona eG aus Regensburg ausgezeichnet ...	122
Agrar- und Lebensmittelhandel bleibt im Juni 2025 trotz steigender Preise robust	123
Konsultation zur Modernisierung der EU-Rechtsvorschriften zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Tieren im Haltungsbetrieb.....	124
Rückmeldung über den Verordnungsentwurf zur Aufnahme weiterer unzulässiger Beistoffe in Anhang III der Pflanzenschutzmittelverordnung	125
Kommission schlägt Aufschub bei elektronischen Pflanzenschutzzeichnungen vor	125
Rückmeldung zur Neueinstufung der Infektion mit dem Virus der Blauzungenerkrankheit	126
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	127
Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte im Bereich des StMAS.....	127
Besuch von Staatsministerin <i>Ulrike Scharf</i> bei Kommissionsvizepräsidentin <i>Roxana Minzatu</i> in Brüssel	127



Ergebnisse des EPSCO-Rates am 17.10.2025	128
Ausschuss für Verbraucherschutz im Europäischen Parlament fordert Mindestalter für Social Media ..	128
Porto Social Forum 2025: Wesentliche Ergebnisse	129
Verkündung der neuen LGBTIQ+-Strategie der Kommission	129
Bericht der Kommission zum europäischen Arbeitsmarkt.....	130
Arbeitskräftemangel: Potenzial unterrepräsentierter Personengruppen	131
PES-Netzwerk verabschiedet Stellungnahme zum neuen Aktionsplan für die Europäische Säule Sozialer Rechte.....	132
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION	133
Jährlicher Fortschrittsbericht „Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung“ von Kommissar <i>Olivér Várhelyi</i>	133
Kommission startet Leitinitiative für mehr Nutzung von KI im Gesundheitswesen	133
Kommissar <i>Várhelyi</i> zum zentralen europäischen Zulassungsverfahren von Arzneimitteln.....	134
Kommission verabschiedet Vorschriften für gemeinsame klinische Bewertungen gemäß der HTA-Verordnung	134
Weltgesundheitsorganisation fordert strengere Alkoholpolitik zur Eindämmung von Krebserkrankungen in Europa	135
EU-Kommissare <i>Lahbib</i> und <i>Várhelyi</i> beim World Health Summit in Berlin	135
Kommission und Europäische Investitionsbank stellen bis zu 95 Mio. € für Impfstofffabrik in Ruanda bereit.....	136
Statement des Gesundheitskommissars zum Welttag für psychische Gesundheit	136
Weltgesundheitsorganisation: Weltweit höchster Tabakkonsum in Europa.....	137
Kommission unterzeichnet gemeinsamen Beschaffungsvertrag für COVID-19 Impfstoffe.....	137
Sondierung: Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan der Union für Gesundheitskrisen	138
Herz-Kreislauf-Erkrankungen Ursache für meisten Todesfälle in EU-Regionen.....	138
Kommission legt Bericht zum Thema „Kultur und Gesundheit“ vor	138
Kommission: Bericht der DG SANTE über die Rolle der Gesundheitssysteme bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit	139
Austausch mit Kommissar <i>Várhelyi</i> über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 und Gesundheit	139
EU startet OHAMR-Initiative zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen	139
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	141
Apply AI Strategy	141
Digital Omnibus Konsultation abgeschlossen	141
EU-Datenverordnung regelt Kontrolle über vernetzte Geräte	141
Konsultationen zur Umsetzung der eIDAS-Verordnung.....	142
Positionspapier der EVP-Fraktion zur Digitalpolitik	142



Informationsplattform und Service Desk zur Einhaltung der KI-Verordnung..... 142
Konsultation zu Leitlinien und Berichtsvorlage für Meldung schwerwiegender KI-Vorfälle..... 143
Auskunftsersuchen an den Apple App Store, Booking.com, Bing, Google Play und Google Search 143



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Europäischer Rat: Unterstützung der Ukraine, Verteidigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohnraum

Am 23.10.2025 kamen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum Treffen des Europäischen Rates in Brüssel zusammen, um zentrale geopolitische und innenpolitische Herausforderungen zu erörtern. Im Mittelpunkt standen die Themen Ukraine, Naher Osten, europäische Verteidigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Vereinfachung, Wohnraum und Migration.

Bezüglich der Ukraine bekräftigte der Europäische Rat seine uneingeschränkte Unterstützung. Die EU plant, ihre finanzielle Hilfe fortzusetzen, und prüft die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Unterstützung des Wiederaufbaus, nachdem eine Einigung auf die Nutzung von 140 Mrd. € aufgrund rechtlicher Bedenken Belgiens nicht konsentiert wurde. Gleichzeitig soll der Druck auf Russland durch Sanktionen erhöht werden. In diesem Zusammenhang wurde auch das am selben Tag auf den Weg gebrachte 19. Sanktionspaket gelobt. Angesichts der Lage im Nahen Osten betonte der Rat die Notwendigkeit humanitärer Hilfe für Gaza. Die EU will ihre diplomatischen Bemühungen intensivieren, um eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern. Im Bereich Verteidigung wurde der von der Kommission im Auftrag des Rates vorgelegte Fahrplan zur europäischen Verteidigungsbereitschaft bis 2030 diskutiert. Die Staats- und Regierungschefs riefen insbesondere dazu auf, gemeinsame Beschaffungen voranzutreiben und den europäischen Verteidigungsmarkt besser zu integrieren.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollen bürokratische Hürden abgebaut und der digitale sowie grüne Wandel beschleunigt werden. Vereinfachung wurde als zentrales Element hervorgehoben und die Staats- und Regierungschefs forderten die Ausarbeitung von Vereinfachungsvorschlägen für das Gesellschaftsrecht, die Automobilindustrie, militärische Mobilität, Digitalisierung, Umwelt, Energie, Lebensmittelsicherheit, Finanzdienstleistungen und Verkehr. Auch soziale Themen fanden Beachtung: Beispielsweise soll der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum verbessert werden. Im Bereich Migration wurde die Umsetzung bisheriger Beschlüsse überprüft, insbesondere im Hinblick auf Grenzschutz und Rückführungen.

Der Europäische Rat zeigte sich entschlossen, gemeinsam auf die komplexen Herausforderungen zu reagieren und die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken. Die nächste Tagung findet am 18.12.2025 statt.

[Tagungsseite](#)

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Mehrjähriger Finanzrahmen, Fortschrittsbericht über die Omnibus-Pakete, 9. Anhörung Ungarns

Am 21.10.2025 tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Für Deutschland nahm der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, *Thomas Ossowski*, teil. Neben der



Vorbereitung des Europäischen Rates am 23.10.2025 führte der Rat eine zweite Orientierungsaussprache über den Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2028 - 2034. Dabei konzentrierte man sich auf horizontale Fragen (Governance, Vorhersehbarkeit, Wirkung und Reaktionsfähigkeit des Finanzrahmens) und auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Weiter nahm der Rat einen Fortschrittsbericht über die Omnibus-Pakete zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften zur Kenntnis und hielt die neunte Anhörung Ungarns nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zur Lage der Rechtsstaatlichkeit im Land ab. Während des Mittagessens führten die Ministerinnen und Minister einen ausführlichen Gedankenaustausch zum anstehenden Vorschlag über einen Europäischen Schutzschild für die Demokratie. Als Punkt ohne Aussprache hat der Rat einen Beschluss angenommen, mit dem die Kommission ermächtigt wird, das Abkommen über die Teilnahme der Schweiz an Unionsprogrammen zu unterzeichnen.

[Tagungsseite](#)

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: Ukraine, Indien und Indopazifik

Am 20.10.2025 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Luxemburg unter der Leitung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas*. Von Seiten der Kommission nahmen die Kommissarinnen *Marta Kos* (Erweiterung), *Dubravka Šuica* (Mittelmeerraum) und *Hadja Lahbib* (Krisenmanagement) teil. Für Deutschland nahm Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt *Gunther Krichbaum* teil.

Die Ministerinnen und Minister tauschten sich zur aktuellen Lage in der Ukraine und den zunehmenden russischen Angriffen auf die Energieinfrastruktur aus. Insbesondere standen das 19. Sanktionspaket gegen Russland sowie die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine – insbesondere der aus zukünftigen russischen Reparationsleistungen zu begleichende Kredit – im Fokus. Der Rat nahm zwei Schlussfolgerungen zur neuen strategische EU-Indien-Agenda sowie zur Umsetzung der EU-Strategie für die Kooperation im indopazifischen Raum an.

Nach der Ratstagung kamen Außenministerinnen und -minister der EU mit ihren Amtskollegen aus Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, der Republik Moldau, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, der Ukraine und Usbekistan zusammen, um Möglichkeiten der Kooperation zwischen den Regionen (EU, östliche Partnerschaft, Schwarzmeerraum, Zentralasien) im Hinblick auf Sicherheit, Stabilität und Resilienz in der Schwarzmeerregion und auf gemeinsame Chancen und Herausforderungen bei der überregionalen Konnektivität (Fokus auf dem Verkehrssektor, der digitalen Konnektivität, Energie und regionalem Handel) zu besprechen.

[Tagungsseite des Rates](#)



Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung): Fahrplan zur Verteidigungsfähigkeit bis 2030

Auf der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 15.10.2025 haben die für Verteidigung zuständigen Ministerinnen und Minister über den am Tag darauf vorzustellenden Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft der EU beraten. Im Mittelpunkt der Beratungen des Rates standen insbesondere die Fragen, wie die Defizite bei den militärischen Fähigkeiten so schnell und effizient wie möglich beseitigt werden können, für welche gesamteuropäischen Vorzeigeprojekte vorrangig Zeit und Ressourcen aufgewendet werden sollen und wie die Zusammenarbeit mit der Ukraine noch weiter verbessert werden kann.

[Tagungsseite](#)

Informelle Tagung des Europäischen Rates: Fahrplan zu Europas Verteidigungsbereitschaft 2030 und Unterstützung der Ukraine

Der Europäische Rat traf am 01.10.2025 zu einer informellen Tagung in Kopenhagen zusammen. Für Deutschland nahm Bundeskanzler *Friedrich Merz* teil. Zentrale Themen waren die Stärkung der gemeinsamen Verteidigung und Unterstützung für die Ukraine.

Angesichts der Verletzungen des Luftraums mehrerer Mitgliedstaaten (Dänemark, Polen und Estland) durch Russland betonte Ratspräsident *António Costa* die Notwendigkeit, ein Europa der Verteidigung aufzubauen. In diesem Zusammenhang wurden der Fahrplan zu Europas Verteidigungsbereitschaft 2030 und die darin enthaltenen neun Fähigkeitsziele erörtert. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die vorgestellten Leitinitiativen, darunter der sogenannte Drohnenwall und die Überwachung der Ostflanke. Zudem wurde die Notwendigkeit einer engeren Koordinierung betont. Die Verteidigungsminister sollen künftig eine stärkere Rolle übernehmen, um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den Tagungen des Europäischen Rates voranzutreiben.

Im Kontext des Ukrainekriegs wurde auf das 19. Sanktionspaket verwiesen und die Notwendigkeit hervorgehoben, die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu beschleunigen. Die Staats- und Regierungschefs diskutierten außerdem darüber, wie weitere Mittel für die Ukraine mobilisiert werden könnten. Konkret wurde besprochen, wie ein großer Teil des in Belgien eingefrorenen russischen Staatsbankgeldes (140 Mrd. €) ohne Enteignung der Ukraine zugutekommen könnte.

[Tagungsseite](#)

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: Vorbereitung des Europäischen Rates, Erörterung des Kommissionsarbeitsprogramms 2026 und jährlicher Rechtsstaatlichkeitsdialog

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten traf am 16.09.2025 zusammen. Für Deutschland nahm Staatsminister für Europa des Auswärtigen Amtes *Gunther Krichbaum* teil.



Der Rat startete mit der Erörterung der Tagesordnung des Europäischen Rates am 23./24.10.2025. Diese umfasst Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, jüngste Entwicklungen im Nahen Osten mit Schwerpunkt auf dem Gazastreifen, europäische Verteidigung und Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und den grünen und digitalen Wandel sowie Wohnraum und Migration.

Im Vorfeld der Vorstellung des detaillierten Arbeitsprogramms der Kommission für 2026 erörterte die Kommission auf Grundlage einer Absichtserklärung vom 10.09.2025 sechs Prioritäten ihres Arbeitsprogramms für das kommende Jahr. Dazu zählen unter anderem ein Plan für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa sowie eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit. Die Ergebnisse des anschließenden Gedankenaustauschs der Ministerinnen und Minister werden in einem Schreiben an die Kommissionspräsidentin zusammengefasst.

Auf Basis des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2025 befasste sich der Rat mit den allgemeinen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten hinsichtlich Justizsystemen, Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie weiteren institutionellen Fragen im Zusammenhang mit Kontrollmechanismen. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission sowie die erstmalige Aufnahme einer strukturierten Bewertung der Auswirkungen der Rechtsstaatlichkeit auf den Binnenmarkt im diesjährigen Bericht wurden begrüßt. Zum zweiten Mal in Folge tauschte sich der Rat zudem zur Rechtsstaatlichkeit in vier Beitrittskandidatenländern (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) aus.

Darüber hinaus legte Frankreich ein Dokument mit Forderungen für den ausstehenden Kommissionsvorschlag zum Europäischen Schutzschild für Demokratie vor, Polen unterrichtete den Rat über die Verletzung des polnischen Luftraums durch russische Drohnen in der Nacht vom 09.09. auf den 10.09.2025 und der Rat verabschiedete Empfehlungen zum Übergang vertriebener Ukrainer aus dem vorübergehenden Schutz.

[Tagungsseite](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 20.10.-23.10.2025: Naher Osten, EU-Haushalt 2026, Unterstützung der Ukraine und Nachhaltigkeitsomnibus

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **Abstimmung zum EU-Haushalt 2026**

Das EP nahm am 22.10.2025 den Entwurf des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2026 an. Die Abgeordneten schlagen ein Gesamtbudget von 193,9 Mrd. € vor (597,8 Mio. € mehr als der Kommissionsvorschlag) und sprechen sich für einen starken, investitionsorientierten Haushalt aus. Sie fordern höhere Mittel für Forschung im Rahmen von Horizont Europa, Verkehrs- und Energienetze, Landwirtschaft, Katastrophenschutzverfahren, militärische Mobilität, die südliche und östliche



Nachbarschaft sowie humanitäre Hilfe. Kürzungen für Programme wie Erasmus+ und EU4Health aufgrund steigender Rückzahlungskosten für das Aufbaupaket NextGenerationEU lehnt das EP ab.

- **Friedensabkommen im Nahen Osten und Rolle der EU**

Im Rahmen einer Aussprache am 21.10.2025 tauschten sich die Abgeordneten mit der Kommission über das jüngste Friedensabkommen im Nahen Osten und die Rolle der EU aus. Dabei kritisierten die Abgeordneten die Untätigkeit der EU bei der Verhandlung des Friedensabkommens und forderten eine stärkere Beteiligung, etwa bei der Absicherung der Waffenruhe und der Gewährleistung humanitärer Hilfe. Die Kommission erwog zudem den Einsatz von EU-Katastrophenschutzkräften für Bergung und Schuttbeseitigung. Daneben wurde die Bedeutung der Entwaffnung der Hamas, die Rechenschaftspflicht Israels und die Stärkung der palästinensischen Behörde debattiert.

- **Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte**

In einer Aussprache mit der Kommission am 21.10.2025 befürwortete die überwiegende Mehrheit des Parlaments die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte für ein Reparationsdarlehen an die Ukraine. Die Unterstützung der Ukraine dürfe nicht nur zulasten der europäischen Steuerzahler gehen, Russland müsse die Ukraine entschädigen. Die Abgeordneten forderten eine schnelle Umsetzung des Vorschlags. Dabei wurde auf die rechtlichen, institutionellen und finanziellen Risiken des Darlehens aufmerksam gemacht und darüber diskutiert, wie man diese minimieren könne. Ein Vorschlag hierzu war die Nutzung der Vermögenswerte als Sicherheit für eine Aufbaubank.

- **Omnibuspaket zur Nachhaltigkeit: Ablehnung des Verhandlungsmandats**

Das EP lehnte am 22.10.2025 das im Rechtsausschuss verabschiedete Verhandlungsmandat zum sog. Nachhaltigkeitsomnibus ab. Das Mandat sah eine Einschränkung der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und des EU-Lieferkettengesetzes (CSDDD) auf konkrete Anwendungsbereiche vor. Die CSRD sollte für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitern und 450 Mio. € Umsatz gelten, die CSDDD für Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitern und 1,5 Mrd. € Umsatz. Daneben sollte die zivilrechtliche Unternehmenshaftung entfallen, Klimaschutzpläne für Unternehmen hingegen weiterhin verpflichtend bleiben. Eine Abstimmung über Änderungsanträge findet im Rahmen des „Mini-Plenums“ am 13.11.2025 statt.

- **Reform der EU-Führerscheinvorschriften**

Das EP hat am 21.10.2025 eine Reform der europäischen Führerscheinregeln beschlossen: die Führerscheinrichtlinie und die Richtlinie über den Fahrberechtigungsverlust mit unionsweiter Wirkung. Ein digitaler Führerschein soll bis 2030 als Standardformat in der EU eingeführt werden. Auf Antrag ist der Erhalt eines physischen Führerscheins jedoch weiterhin möglich. Bei der Verlängerung des Führerscheins ist künftig ein Gesundheitscheck durch Ärzte oder ein Selbsteinschätzungsformular nötig. Daneben gelten neue Ausbildungsanforderungen für die Fahrprüfung, etwa ein verstärkter Fokus auf das Gefahrenbewusstsein. Zudem wird für Fahranfänger eine verpflichtende Probezeit von



mindestens zwei Jahren eingeführt. Begleitetes Fahren ab 17 Jahren soll in allen Mitgliedstaaten möglich sein, auch für Berufskraftfahrer wird eine entsprechende Regelung vorgesehen. Außerdem sollen Fahrverbote wegen schwerer Verstöße künftig EU-weit gelten. Dazu sollen Behörden verstärkt Informationen über Verkehrsdelikte austauschen.

Das nächste „Mini-Plenum“ des EP findet vom 12.11. - 13.11.2025 in Brüssel statt.

[Pressemitteilungen des EP](#)

Plenarwoche vom 06.10.-09.10.2025: Misstrauensanträge, Agrar-Omnibus, Praktikumsrichtlinie

Auf der Plenartagung des EP in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **Misstrauensanträge gegen die Kommission**

Am 09.10.2025 hat das EP zwei Misstrauensanträge gegen die Kommission abgelehnt. Die Anträge wurden von den Fraktionen Patrioten für Europa (PfE) und Die Linke eingebracht. Beide Fraktionen waren sich einig in ihrer Kritik gegen die Abkommen mit den USA und den Mercosur-Staaten, insbesondere die Folgen des Mercosur-Abkommens für die europäische Landwirtschaft. Daneben kritisierte die PfE den MFR, den Migrationspakt und Erweiterungen der EU, während die Linke der Kommissionspräsidentin Untätigkeit bezüglich des Völkermords in Gaza vorwarf. Im Vergleich zu den 175 Ja-Stimmen für den letzten Misstrauensantrag im Juli konnte der Antrag der PfE nur unwesentlich an Stimmen gewinnen (179 Ja-Stimmen, 378 Nein-Stimmen bei 37 Enthaltungen), der Antrag der Linken erhielt etwa 40 Stimmen weniger (133 Ja-Stimmen, 383 Nein-Stimmen bei 78 Enthaltungen).

- **Position zur Überarbeitung der gemeinsamen Marktordnung**

Am 07.10.2025 hat das EP seine Position zur Überarbeitung der gemeinsamen Marktordnung angenommen, die die Stellung der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette stärken soll. Künftig sollen Lieferverträge verpflichtend schriftlich erfolgen, wobei Ausnahmen für bestimmte Sektoren bis zu einem Schwellenwert von 4000 € möglich sind. Durch eine neue Definition von Fleisch sollen Begriffe wie „Steak“, „Schnitzel“ oder „Burger“ ausschließlich für tierische Produkte verwendet werden dürfen. Zudem sollen Begriffe wie „fair“ und „gerecht“ klarer definiert werden und importierte Lebens- und Futtermittel nur eingeführt werden dürfen, wenn sie die EU-Grenzwerte für Pestizidrückstände einhalten. Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen vorrangig EU-Erzeugnisse berücksichtigt werden, insbesondere regionale und saisonale Produkte mit Herkunftsangabe.

- **Position zum GAP-Vereinfachungspaket (Agrar-Omnibus)**

Am 07.10.2025 einigte sich das EP auf seine Position zum Vereinfachungspaket für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP), dem sog. Agrar-Omnibus. Dieses soll den Verwaltungsaufwand für Landwirte reduzieren und die Umsetzung der GAP durch die Mitgliedstaaten erleichtern. Die Abgeordneten



fordern mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Umweltvorschriften, etwa eine Ausweitung der automatischen Anerkennung der Umweltkonformität auf teilweise ökologisch zertifizierte Betriebe und Betriebe in besonderen Naturschutzgebieten. Daneben sollen Landwirte, die von Naturkatastrophen betroffen sind, Krisenzahlungen über die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum der EU erhalten. Die Höchstbeträge für die Unterstützung von Kleinbauern sollen zudem erhöht werden.

- **Reform des EU-Mechanismus zur Aussetzung der Visumfreiheit**

Am 07.10.2025 hat das EP eine Reform des EU-Mechanismus zur Aussetzung der Visumfreiheit angenommen. Der Mechanismus ermöglicht es der Kommission, bei Sicherheitsbedenken gegenüber einem bestimmten Land die Visumpflicht erneut einzuführen. Neue Gründe dafür umfassen hybride Bedrohungen wie die staatlich gesteuerte Instrumentalisierung von Migranten, sog. „goldene Pässe“ für Investoren, eine mangelnde Angleichung an die EU-Visapolitik, Verstöße gegen die UN-Charta, Menschen- und Völkerrechtsverletzungen sowie die Missachtung von Entscheidungen internationaler Gerichte.

- **Position zur Praktikumsrichtlinie**

Am 08.10.2025 einigte sich das EP auf seine Position zur Praktikumsrichtlinie. Diese soll sicherstellen, dass Praktikanten Verträge mit klaren Bestimmungen zu Vergütung, Dauer und sozialer Absicherung erhalten. Als missbräuchliche Praxis sollen Praktika angesehen werden, die nicht gemäß den nationalen Rechtsvorschriften vergütet werden, keine Ausbildungskomponente enthalten oder ohne Betreuung oder Bewertung erfolgen. Praktikanten sollen schlechte Arbeitsbedingungen anonym und sicher melden können. Unter die neuen Vorschriften fallen alle Arten von Praktika außer Pflichtpraktika.

- **Ansprache von *Jens-Frederik Nielsen*, Premierminister von Grönland**

Am 08.10.2025 hielt Premierminister *Jens-Frederik Nielsen* als erster Regierungschef Grönlands eine Rede vor dem EP. Er hob die Bedeutung der Partnerschaft zwischen der EU und Grönland hervor und dankte für die starke Unterstützung in schwierigen Zeiten. Der Premierminister wies auf das Potenzial für eine noch stärkere Zusammenarbeit in Bereichen wie Bergbau, erneuerbarer Energie, Digitales, Bildung und nachhaltigem Tourismus hin. Er bat die EU, eine Änderung des generellen Verbots der Vermarktung von Robbenprodukten auf dem EU-Markt in Betracht zu ziehen, da die Robbenjagd ein wichtiger Bestandteil der Inuit-Kultur sei. Zudem berichtete er über die Folgen des Klimawandels für Grönland.

- **Geeinte Reaktion auf Bedrohungen durch Russland**

Am 09.10.2025 nahm das EP eine Entschließung zu einer geeinten Reaktion auf die jüngsten Verletzungen des Luftraums und die jüngsten Bedrohungen der kritischen Infrastruktur der EU-Mitgliedstaaten durch Russland an. Die Abgeordneten unterstützen alle Initiativen für eine koordinierte, geschlossene und verhältnismäßige Reaktion auf Luftraumverletzungen, einschließlich des Abschusses von Luftzielen. Sie begrüßen den Schutzschild für die Ostflanke und weisen auf die



Notwendigkeit einer umfassenden Abdeckung der Südflanke hin. Daneben wird eine Erhöhung der Wirksamkeit und Reichweite der Sanktionen gegen Russland, eine deutliche Intensivierung der Verteidigungszusammenarbeit mit der Ukraine und ein zügiger Abschluss der Arbeit am Europäischen Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP) gefordert.

[Pressemitteilungen des EP](#)

EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Europäische Woche der Regionen und Städte sowie 168. AdR-Plenartagung

Die 168. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) stand im Zeichen der vom AdR gemeinsam mit der Kommission organisierten 23. Europäischen Woche der Regionen und Städte (EURegionsWeek). Unter dem Motto „Shaping tomorrow, together“ fanden an drei Tagen mehr als 200 Workshops und Diskussionsrunden sowie u. a. die Verleihung des REGIOSTARS Awards für herausragende EU-Regionalprojekte statt. Zur Eröffnung der EURegionsWeek präsentierte AdR-Präsidentin *Kata Tüttő* in Anwesenheit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, *Roberta Metsola* und des für Kohäsion und Reformen zuständigen Exekutivizepräsidenten der Kommission, *Raffaele Fitto* die inzwischen 6. Ausgabe des Berichts über die Lage der Regionen und Städte in der EU. Der Bericht enthält eine Bestandsaufnahme darüber, wie Regionen und Städte u. a. mit der Klima- und Energiekrise, dem demografischen Wandel und der Wohnungsnot umgehen. Überdies finden sich in ihm zentrale Aussagen zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen.

In den beiden der Eröffnung der EURegionsWeek folgenden Tage stimmten die Mitglieder des AdR über insgesamt 8 Stellungnahmen und 1 Entschließung ab. Auch dabei lag ein Schwerpunkt auf den Vorschlägen der Kommission zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen. Weitere Themenfelder waren die Lage der Energieunion, Naturschutzgutschriften und die EU-Schweiz-Beziehungen. Schließlich wurden mehrere Debatten u. a. zur Europäischen Säule sozialer Rechte und zur Verteidigungsfähigkeit Europas geführt.

[Homepage der EURegionsWeek](#)

[Pressemitteilung des AdR zum Bericht über die Lage der Regionen und Städte in der EU](#)

[Bericht über die Lage der Regionen und Städte in der EU](#)

[Homepage des AdR](#) (dort können alle Stellungnahmen und Debatten eingesehen werden)

[Fotos der 168. Plenartagung](#)

INSTITUTIONELLES

19. Sanktionspaket gegen Russland: Verbot der Einfuhr von russischem LNG ab 2027

Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich am 23.10.2025 auf das 19. Sanktionspaket gegen Russland. Das Paket richtet sich gegen Schlüsselsektoren wie Energie, Finanzen, die militärische Industriebasis, Sonderwirtschaftszonen sowie Enabler und Profiteure des Angriffskriegs. Die schlagkräftigste Maßnahme ist



das Verbot der Einfuhr von russischem Flüssigerdgas (LNG) ab dem 01.01.2027 – und damit ein Jahr früher als ursprünglich vorgenommen – für langfristige Verträge und innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Sanktionen für kurzfristige Verträge. Weitere Maßnahmen im Bereich der Energie sind das nun vollständige Transaktionsverbot gegen Rosneft und Gazprom Neft und die Listung von 117 Schiffen der russischen Schattenflotte. Andere Maßnahmen betreffen den Finanzsektor, russische Unternehmen (bzw. Unternehmen aus Drittstaaten, die eine Sanktionsumgehung ermöglichen), die russischen Sonderwirtschaftszonen (SWZ) Alabuga und Technopolis Moskau (Verbot des Abschlusses von Verträgen mit Einrichtungen, die in diesen SWZ ansässig sind) und russische Diplomaten (u.a. Vorabinformationspflicht bei Reisen außerhalb des Akkreditierungsmitgliedstaates). Einzelmaßnahmen (u.a. Einfrieren von Vermögenswerten, Reiseverbote) wurden gegen 69 Personen und Organisationen getroffen. elf Personen, die bei der Verschleppung ukrainischer Kinder involviert sind, wurden gelistet. Wie üblich wurden die Handelsmaßnahmen auf Belarus gespiegelt.

[Pressemitteilung](#)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Überblick

Die Kommission stellte am 21.10.2025 ihr Arbeitsprogramm für 2026 mit dem Motto „Der Moment der Unabhängigkeit Europas“ vor. Dieses enthält die wichtigsten Prioritäten der Kommission für 2026.

Der inhaltliche Fokus der Kommission wird ausweislich des Arbeitsprogramms – wie bereits in diesem Jahr – auf der Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung der Wirtschaft liegen. Durch Vorschläge in den Bereichen Bürokratieabbau, Verteidigungsinvestitionen, saubere und digitale Innovationen und Binnenmarkt sollen hier Fortschritte erzielt werden. Doch auch soziale Themen wie die Arbeitskräftemobilität oder die Wohnungsnot werden adressiert. Über die unterschiedlichen Politikbereiche möchte die Kommission insbesondere das Potenzial des EU-Binnenmarktes weiter ausschöpfen, Wissen und Innovation als „fünfte EU-Grundfreiheit“ zementieren, die Spar- und Investitionsunion vervollständigen, die strategische Autonomie Europas in Kernbereichen absichern und Energiekosten senken. Weitere Ziele sind die Stärkung einer unabhängigen europäischen Verteidigungsindustrie, die Umsetzung erster Leuchtturmprojekte des Fahrplans zur Europäischen Verteidigungsbereitschaft 2030 (Drohnen, Ostflankenwache, Einbeziehung der ukrainischen Verteidigungsindustrie), die weitere Umsetzung des Europäischen Paktes für Migration und Asyl, die Unterstützung der (östlichen) Randregionen der EU, die Absicherung der Versorgungssicherheit in der EU, die Stärkung der Landwirte in der Lieferkette, Maßnahmen zur Wasserresilienz und zum Umgang mit Waldbränden, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Sicherstellung einer unabhängigen Presse sowie eine Ausweitung der internationalen Partnerschaften.

Insgesamt nennt die Mitteilung hierfür 61 neue Kommissionsvorhaben, wobei (Omnibus-)Pakete in diesem Sinn als ein Vorhaben zählen. 20 der Vorschläge haben eine das EU-Regelungswerk vereinfachende Wirkung. Insbesondere in Schlüsselbereichen wie der Automobilindustrie, Umwelt, Steuern, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Medizinprodukten und Energieerzeugnisse sollen weitere Vereinfachungen auf den Weg gebracht werden. Weiter werden für 20 Rechtsakte Evaluierungen und Realitätschecks angekündigt, die Arbeit



an 140 Kommissionsvorschlägen wird fortgesetzt, 25 Vorschläge werden zurückgezogen und eine Verordnung soll aufgehoben werden.

Zu herausgehobenen Initiativen des Kommissionsarbeitsprogramms 2026 berichten die Ressorts in diesem Europabericht gesondert.

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht ersten Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung

Die Kommission veröffentlichte am 21.10.2025 den ersten Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung für den Zeitraum 01.01. - 31.07.2025. Ziel der Kommission ist es, bis zum Ende ihres Mandats im Jahr 2029 die Bürokratiekosten für Unternehmen um mindestens 25 % und für KMU um mindestens 35 % zu senken. Dies entspricht einer Kürzung der jährlichen Kosten um 37,5 Mrd. €. Der Bericht gibt eine Übersicht über die bislang vorgeschlagenen sechs Omnibuspakete. Diese haben das Potenzial, jährlich administrative Kosten in Höhe von bis zu 8,6 Mrd. € einzusparen. Ausdrücklich werden Omnibuspakete im Bereich der Digitalgesetzgebung, der Nahrungsmittelsicherheit und der Umwelt bis zum Ende des Jahres 2025 angekündigt. Weiter geht der Bericht insbesondere auf die bislang abgehaltenen 28 Umsetzungsdialoge mit über 550 Stakeholdern ein. Ziel ist es, die reibungslose und effektive Umsetzung der neuen EU-Gesetzgebung sicherzustellen. Die Durchsetzung von EU-Recht betreffend hat die Kommission 168 Dialoge im Vorfeld von möglichen EU-Rechtsverletzungen geführt. Im Berichtszeitraum hat die Kommission 373 Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und 345 Verfahren abgeschlossen. Nur 45 Verfahren landeten vor dem EuGH. In 15 Fällen wurden Geldstrafen verhängt.

[Pressemitteilung](#)

Kommission stellt den Pakt für den Mittelmeerraum vor

Am 16.10.2025 stellte die Kommission den Pakt für den Mittelmeerraum unter dem Motto „Ein Meer, ein Pakt, eine Zukunft“ vor. Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit den Partnern im südlichen Mittelmeerraum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästina, Syrien und Tunesien) durch einen praxisorientierten Rahmen für die Umsetzung von über 100 Initiativen in Politikfeldern von gemeinsamem Interesse deutlich zu vertiefen.

Der Pakt basiert auf drei zentralen Säulen: 1. Menschen als treibende Kraft für Wandel, Verbindungen und Innovation, 2. Stärkere, nachhaltigere und integrierte Volkswirtschaften und 3. Sicherheit, Vorsorge und Migrationssteuerung. Zu den Schlüsselinitiativen zählen die Einrichtung einer Mittelmeeruniversität, eine transmediterrane Initiative für erneuerbare Energien und saubere Technologien (T-MED), ein regionales Start-up-Fördersystem (Startup4Med) sowie ein routenübergreifender Ansatz für das Migrationsmanagement und ein gemeinsamer Rahmen für das integrierte Grenzmanagement. Der Pakt steht auch für eine Zusammenarbeit



mit weiteren Partnern außerhalb des südlichen Mittelmeerraums offen, darunter die Golfregion, Subsahara-Afrika, der westliche Balkan sowie die Türkei. Sofern der Pakt im November von der EU und den Partnerländern im südlichen Mittelmeerraum gebilligt wird, soll im 1. Quartal 2026 der erste Aktionsplan zur Umsetzung der vereinbarten Initiativen präsentiert werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission stellt „Fahrplan zur Wahrung des Friedens – Verteidigungsbereitschaft 2030“ vor

Die Kommission stellte am 16.10.2025 den „Fahrplan zur Wahrung des Friedens – Verteidigungsbereitschaft 2030“ vor. Dieser legt konkrete Ziele und Meilensteine fest, um Fähigkeitslücken zu schließen, Verteidigungsinvestitionen in den Mitgliedstaaten zu beschleunigen und die Fortschritte der EU auf dem Weg zu einer vollständigen Verteidigungsbereitschaft bis 2030 systematisch zu steuern. Die Mitgliedstaaten sollen sich zu sogenannten Fähigkeitskoalitionen zusammenschließen, um identifizierte Defizite durch gemeinsame Entwicklung und Beschaffung zu adressieren. Vorgeschlagen werden Koalitionen in den Bereichen Luft- und Raketenabwehr, strategische Unterstützungsfähigkeiten, militärische Mobilität, Artilleriesysteme, Cyber, KI, elektronische Kriegsführung, Munition, Drohnen und Gegendrohnen, Bodenkampf und maritime Fähigkeiten. Darüber hinaus werden zentrale Leitinitiativen vorgestellt, die besonders dringliche Fähigkeitslücken auf EU-Ebene koordiniert schließen sollen. Die ersten Initiativen umfassen die Europäische Initiative zur Drohnenabwehr, die Ostflankenwache, das European Air Shield und das European Space Shield. Zur Stärkung der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) ist für Ende November 2025 die Vorlage eines Europäischen Fahrplans zur Umgestaltung der Verteidigung vorgesehen. Zudem soll jährlich ein Verteidigungsindustriegipfel stattfinden. Weitere Maßnahmen betreffen den Ausbau industrieller Kapazitäten, die Umschulung von Arbeitskräften sowie die Sicherung kritischer Rohstoffe und Komponenten. Auch die Ukraine soll durch langfristige Sicherheitsgarantien, die Integration in europäische Rüstungsprojekte und gezielte Innovationspartnerschaften, etwa im Rahmen einer Drohnen-Allianz, nachhaltig gestärkt werden. Außerdem werden Querschnittsmaßnahmen wie die Schaffung eines EU-Binnenmarkts für Verteidigungsgüter, verbesserte militärische Mobilität durch harmonisierte Verfahren und Infrastruktur sowie eine stärkere Finanzierung durch neue EU-Fonds und privates Kapital vorgeschlagen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission verabschiedet „Neue strategische Agenda EU-Indien“

Am 17.09.2025 verabschiedeten die Kommission und die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* eine Gemeinsame Mitteilung über die „Neue strategische Agenda EU-Indien“. Die Agenda legt die strategische Vision der EU für die vertiefte Zusammenarbeit mit Indien dar, die von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* in den politischen Leitlinien für den Zeitraum 2024 - 2029 angekündigt wurde. Dabei werden fünf Kernbereiche gemeinsamer Interessen und komplementärer Stärken definiert: Wohlstand und Nachhaltigkeit, Technologie und Innovation, Sicherheit und Verteidigung, Verbindungen und globale Fragen



sowie Förderfaktoren über alle Säulen hinweg. Insbesondere sollen die Forschungsk Kooperation durch eine potenzielle Startup-Partnerschaft und eine Einladung an Indien zur Beteiligung an „Horizon Europe“ gefördert, die Einreise von Arbeitskräften erleichtert und ein Sicherheits- und Verteidigungsabkommen geprüft werden. Daneben ist auch der Abschluss der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen, die zuletzt aufgrund des umstrittenen Agrarkapitels stockten, in der Agenda festgehalten. Die EU plant, aufbauend auf den in der Gemeinsamen Mitteilung dargelegten Vorschlägen beim nächsten EU-Indien Gipfeltreffen im Frühjahr 2026 an einer umfassenden gemeinsamen strategischen Agenda zu arbeiten. Die Annahme von Schlussfolgerungen des Rates basierend auf der Gemeinsamen Mitteilung ist für die Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten im Oktober vorgesehen.

[Pressemitteilung](#)

[Gemeinsame Mitteilung zur Neuen strategischen Agenda EU-Indien](#)

Vorläufige Einigung über Interinstitutionelle Rahmenvereinbarung zwischen Kommission und Parlament

Am 09.09.2025 erzielten die Verhandlungsführer der Kommission und des Europäischen Parlaments (EP) eine vorläufige Einigung über die Überarbeitung der Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Beziehungen, des Vertrauens, der Transparenz und des Dialogs zwischen den Organen.

Ziel der aktualisierten Rahmenvereinbarung ist es, das institutionelle Gleichgewicht zwischen Kommission und Parlament neu auszurichten. Zentrale Neuerungen betreffen insbesondere die Stärkung des indirekten Initiativrechts sowie des indirekten negativen Initiativrechts des EP. Die Kommission ist künftig verpflichtet, das Parlament darüber zu informieren, welche Maßnahmen sie auf dessen Aufforderungen hin ergreift oder aus welchen Gründen sie davon absieht. Zudem kann das EP die Kommission auffordern, bestehende Rechtsakte zu überarbeiten oder aufzuheben. Für Rechtsakte auf Grundlage von Art. 122 AEUV, die ohne Beteiligung des EP beschlossen werden, muss die Kommission künftig unverzüglich eine umfassende Begründung sowie weiterführende Informationen vorlegen. Darüber hinaus kann sie unter engen Voraussetzungen einen schriftlich begründeten Antrag auf ein Dringlichkeitsverfahren im EP stellen und diesen vor der Plenarentscheidung mündlich erläutern. Das EP wiederum erhält die Möglichkeit, die Anwesenheit von Kommissionsmitgliedern in Plenar- und Ausschusssitzungen zu verlangen, sie bis zu 90 Min. im Plenum zu befragen und Erklärungen zu Kommissionsinitiativen einzufordern.

Die Überarbeitung der bisherigen Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2010 basiert auf den neun politischen Grundsätzen für die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament, auf die sich Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und Parlamentspräsidentin *Roberta Metsola* am 21.10.2024 verständigt hatten. Der Entwurf wird nach Zustimmung durch die Konferenz der Präsidenten des EP dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) zur Prüfung vorgelegt, bevor er dem Plenum zur endgültigen Annahme unterbreitet wird.

[Pressemitteilung](#)



INTERNATIONALES

EU-Ägypten-Gipfel: Assoziierung zu Horizont Europa und Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Der Präsident des Europäischen Rates, *António Costa*, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, kamen am 22.10.2025 mit dem ägyptischen Präsidenten *Abdel Fattah Al-Sisi* auf dem ersten Gipfeltreffen zwischen der EU und Ägypten zusammen. Zu diesem kam es aufgrund der im März 2024 unterzeichneten strategischen und umfassenden Partnerschaft, mit der die politischen Beziehungen, wirtschaftliche Stabilität, Handel und Investitionen, Migration und Mobilität, Sicherheit und demografische Entwicklung sowie Humankapital vertieft werden sollen und die mit einem Finanz- und Investitionspaket von 7,4 Mrd. € im Zeitraum 2024 - 2027 einhergeht.

Auf dem Gipfel unterzeichneten die EU und Ägypten Vereinbarungen zur Gewährung einer Makrofinanzhilfe in Höhe von 4 Mrd. € zur Stärkung der wirtschaftlichen Stabilität und Resilienz Ägyptens, zur Assoziierung Ägyptens mit dem EU-Programm Horizont Europa sowie zu einer Finanzierungsvereinbarung für die sozioökonomische Entwicklung. Als weitere Themen wurden Handel, der grüne und digitale Wandel und wichtige Fragen zur regionalen und globalen Sicherheit (insb. Bekenntnis zum Multilateralismus, Erörterung der Fortschritte und anstehenden Herausforderungen in Gaza, Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes zur Migrationssteuerung) besprochen. Die Aufnahme eines Dialogs mit Ägypten über Sicherheit und Verteidigung ist in Vorbereitung.

Das nächste Gipfeltreffen soll im Jahr 2027 stattfinden.

[Tagungsseite](#)

[gemeinsame Erklärung](#)

Abkommen über eine erweiterte Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Usbekistan

Am 24.10.2025 wurde das Erweiterte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA) zwischen der EU und Usbekistan unterzeichnet. Mit dem EPCA wird die bilaterale Zusammenarbeit auf eine neue Ebene gehoben, die den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel in Usbekistan unterstützt und die strategische Partnerschaft vertieft. Das EPCA zielt darauf ab, den bilateralen Handel zu erleichtern, Investitionen zu fördern und gemeinsame Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Besonders hervorzuheben ist die stärkere Einbindung Usbekistans in EU-Standards und -Normen. Dieses Abkommen ersetzt das bisherige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1999 und ist ein klares Zeichen für die wachsende Bedeutung Zentralasiens für die EU. Es stärkt die geopolitische Stabilität, fördert nachhaltige Entwicklung und schafft neue wirtschaftliche Chancen für beide Seiten. Für Usbekistan bedeutet das EPCA eine engere Anbindung an europäische Märkte und Institutionen, was den Reformprozess im Land weiter unterstützt.

[Pressemitteilung](#)



18. Tagung des Kooperationsrates EU-Uzbekistan

Am 21.10.2025 fand die 18. Tagung des Kooperationsrates EU-Uzbekistan in Luxemburg statt. Den Vorsitz führte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas*, für Uzbekistan nahm Außenminister *Bakhtiyor Saidov* teil.

Zentrales Thema war die Überprüfung der Fortschritte bei den bilateralen Beziehungen mit Blick auf die geplante Unterzeichnung des Abkommens über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit (EPCA). Beide Seiten betonten, die Zusammenarbeit weiter vertiefen zu wollen, etwa in den Bereichen Handel, Investitionen, Konnektivität, Energie, Klima, Digitalisierung und kritische Rohstoffe und im Rahmen von Global Gateway. Die EU begrüßte Uzbekistans Fortschritte bei der Bekämpfung von Kinder- und Zwangsarbeit sowie der Öffnung des Marktes und ermutigte zu weiteren Maßnahmen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und fairer Wettbewerb. Die EU verwies zudem auf Uzbekistans Verpflichtungen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystem Plus (APS+). Daneben standen auch die Ukraine und Afghanistan auf der Tagesordnung. Die EU forderte Wachsamkeit in Bezug auf die Umgehung von Sanktionen und beide Seiten äußerten ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage in Afghanistan.

[Tagungsseite](#)

Vierte Tagung des Kooperationsrates EU-Irak

Am 19.10.2025 fand die vierte Tagung des Kooperationsrates EU-Irak in Luxemburg statt. Unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* und des irakischen Außenministers *Fuad Hussein* wurden die bilateralen Beziehungen im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens von 2012 sowie regionale Entwicklungen erörtert.

Prioritäten der bilateralen Kooperation seien Migration, Handel, Demokratie, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und Energie. Beide Seiten wollten den regelmäßigen institutionellen Dialog fortzusetzen und intensivieren. Die EU-Delegation betonte ihre nachdrückliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität des Irak. Sie würdigte die diplomatische Rolle des Landes bei der Deeskalation im Nahen Osten sowie die Fortschritte bei der Stabilisierung und der Vorbereitung der Parlamentswahlen am 11.11.2025. Besonders hervorgehoben wurde Iraks Engagement bei der Rückführung eigener Staatsbürger aus Lagern in Nordostsyrien, das die EU mit einem neuen Hilfspaket in Höhe von 8 Mio. € unterstützt. Der Irak bekräftigte seine strategische Neuausrichtung auf wirtschaftlichen Wiederaufbau und Investitionen und würdigte die EU-Unterstützung, etwa durch Projekte zur Altstadtanierung sowie durch den fortlaufenden Beitrag der Beratungsmission der EU im Irak (EUAM Iraq) zur Reform des zivilen Sicherheitssektors.

[Pressemitteilung](#)



Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Am 02.10.2025 fand die siebte Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Kopenhagen statt. Für Deutschland nahm Bundeskanzler *Friedrich Merz* teil. Die EU wurde durch Ratspräsident *António Costa*, der die Tagung gemeinsam mit der dänischen Premierministerin *Mette Frederiksen* leitete, sowie durch Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und Parlamentspräsidentin *Roberta Metsola* vertreten.

Die Staats- und Regierungschefs der 58 teilnehmenden Staaten erörterten die Unterstützung für die Ukraine, die allgemeine Sicherheitslage in Europa sowie Strategien zur Stärkung und Sicherung Europas angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen. Im Anschluss an die eröffnende Plenarsitzung fanden parallele Rundtischgespräche statt, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der europäischen Sicherheitslage befassten, darunter traditionelle und hybride Bedrohungen, wirtschaftliche Sicherheit, Migration und Drogenhandel. Im Zentrum der Debatten standen der Krieg in der Ukraine und hybride Bedrohungen durch Russland. Mehrere Teilnehmende forderten, den Druck auf Russland zu erhöhen und die Bekämpfung der russischen Schattenflotte zu intensivieren. Eine der vorgeschlagenen Maßnahmen war die verstärkte Nutzung der „Koalition der Willigen“, um zusätzliche maritime Ressourcen für den Kampf gegen Schiffe bereitzustellen, die europäische Sanktionen umgehen. Zudem wurde angesichts von Luftraumverletzungen in mehreren EU-Mitgliedstaaten eine Verbesserung der Drohnenabwehr gefordert. Ein weiteres Thema waren die Parlamentswahlen in Moldau am 28.09.2025 sowie die russische Einmischung in den Wahlprozess. Zudem wurde die Europäische Koalition gegen Drogen gegründet, die durch verstärkte Zusammenarbeit und den Austausch operativer Daten die Bekämpfung von Drogenhandel fördern soll. Am Rande der Tagung trafen Vertreter der EU die Staatsoberhäupter von Armenien und Aserbaidschan, um ihnen zu ihrem Friedensabkommen zu gratulieren, das einen historischen Durchbruch für regionale Stabilität darstelle. Darüber hinaus fanden bilaterale Gespräche mit den Regierungschefs von Grönland, Moldau, Norwegen und der Ukraine statt.

Die nächste Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft wird am 04.05.2026 in der armenischen Hauptstadt Jerewan stattfinden.

[Tagungsseite](#)

Ukraine erhält weitere 5 Mrd. € aus dem G7-Darlehensbeitrag der EU

Am 11.09.2025 hat die Kommission die achte Tranche ihres außerordentlichen Makrofinanzhilfe-Darlehens in Höhe von 1 Mrd. € an die Ukraine ausgezahlt. Am 01.10.2025 folgte die neunte Tranche über 4 Mrd. €, die damit um 3 Mrd. € höher ausfiel als ursprünglich vorgesehen. Hintergrund ist die Entscheidung der Kommission, 6 Mrd. € des EU-Beitrags zur G7-Initiative ERA („Extraordinary Revenue Acceleration Loans for Ukraine“) vorzuziehen, um der Ukraine gezielt bei der Deckung ihres dringenden Verteidigungsbedarfs zu helfen. Von der jüngsten Auszahlung sind konkret 2 Mrd. € für die Bereitstellung von Drohnen vorgesehen. Mit diesen beiden Zahlungen erhöht sich die Gesamtunterstützung im Rahmen der Makrofinanzhilfe seit Jahresbeginn auf



insgesamt 14 Mrd. €. Die Rückzahlung der Darlehen erfolgt aus den Erlösen eingefrorener russischer Staatsvermögen.

[Pressemitteilung 8. Tranche](#)

[Pressemitteilung 9. Tranche](#)

Rat setzt Sanktionen gegen den Iran wegen nuklearer Aktivitäten wieder in Kraft

Am 29.09.2025 hat der Rat die Wiedereinführung von Sanktionen gegen den Iran aufgrund seiner nuklearen Proliferationsaktivitäten beschlossen. Diese beinhalten Reiseverbote, ein Waffenausfuhrverbot und ein Verbot der Weitergabe von Gütern und Technologien, die zu den Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten sowie den Programmen für ballistische Raketen des Irans beitragen könnten. Daneben wurde auch das Einfrieren von Guthaben bestimmter Personen und Organisationen, insbesondere der iranischen Zentralbank, beschlossen. Zuletzt hatte die UN ihre Sanktionen wieder in Kraft gesetzt, nachdem die sog. E3-Staaten (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) Ende August aufgrund ergebnisloser Verhandlungen über das iranische Atomprogramm den sogenannten Snapback-Mechanismus aktiviert hatten.

[Pressemitteilung](#)

Kommission kündigt 545 Mio. € für den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika an

Am 27.09.2025 hat die Kommission ein Team-Europa-Paket zur Beschleunigung der Energiewende in Afrika in Höhe von 545 Mio. € vorgestellt. Die Ankündigung erfolgte im Rahmen der „Scaling Up Renewables in Africa“-Kampagne, die Investitionen für die Erzeugung und den Zugang zu sauberen Energien in Afrika mobilisieren soll. Das Paket wird neue Projekte zur Elektrifizierung, Modernisierung der Stromnetze und Verbesserung des Zugangs zu erneuerbaren Energien unterstützen. Mit 359,4 Mio. € geht der bei weitem größte Förderbetrag an eine Hochspannungs-Übertragungsleitung zur Förderung der regionalen Energieverteilung in der Elfenbeinküste. Finanziert werden die Projekte durch das Global-Gateway-Investitionspaket der EU für Afrika, das bis 2027 insgesamt 300 Mrd. € mobilisieren soll.

[Pressemitteilung](#)

Kommission und EIB stellen 400 Mio. € für Unternehmen in Palästina bereit

Am 24.09.2025 haben die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) die Unterzeichnung einer Finanzierungsfazilität in Höhe von 400 Mio. € mit der Palästinensischen Währungsbehörde (PMA) bekannt gegeben, um die wirtschaftliche Erholung und Widerstandsfähigkeit des palästinensischen Privatsektors zu unterstützen. KMU und Mid-Cap-Unternehmen, die das Rückgrat der palästinensischen Wirtschaft bilden, sollen verbesserten Zugang zu Finanzmitteln erhalten. Dazu sollen konfliktbetroffenen Unternehmen langfristige, günstige Kredite über lokale Banken und Mikrofinanzinstitute bereitgestellt werden. Die Fazilität ist



ein Bestandteil des Mehrjährigen umfassenden Programms der Kommission für die Erholung und Resilienz Palästinas, das für die Jahre 2025 - 2027 mit einem Gesamtbudget von bis zu 1,6 Mrd. € ausgestattet ist.

[Pressemitteilung](#)

Kommission schlägt Strafmaßnahmen gegen Israel vor

Am 17.09.2025 hat die Kommission dem Rat ihren Vorschlag zur Aussetzung bestimmter handelsbezogener Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel vorgelegt. Konkret würden Waren aus Israel dadurch ihren bevorzugten Zugang zum EU-Markt verlieren und es würden reguläre Zölle wie auf Produkte aus Drittländern ohne Freihandelsabkommen erhoben. Hintergrund des Vorschlags ist ein Verstoß Israels gegen Art. 2 des Abkommens, der die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Grundsätze vorsieht. Die Kommission begründet dies mit der Blockade humanitärer Hilfe im Gazastreifen, der Intensivierung militärischer Operationen sowie dem fortschreitenden Ausbau von Siedlungen im Westjordanland. Zudem schlägt die Kommission gezielte Sanktionen gegen die Hamas, extremistische Minister und gewalttätige Siedler vor und setzt ihre bilaterale Unterstützung für Israel, mit Ausnahme der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und der Unterstützung der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, aus.

[Pressemitteilung](#)

6. Beitrittskonferenz mit Albanien: Eröffnung des vierten Verhandlungsclusters

Am 16.09.2025 fand in Brüssel die 6. Beitrittskonferenz mit Albanien statt. Die dänische Ministerin für Europäische Angelegenheiten, *Marie Bjerre*, und die Kommissarin für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, *Marta Kos*, trafen mit Albanien's Premierminister *Edi Rama* zusammen.

Das Treffen diente dazu, die Verhandlungen mit Albanien über Cluster 4 „Grüne Agenda und nachhaltige Konnektivität“, einschließlich der Kapitel 14 (Verkehrspolitik), 15 (Energie), 21 (transeuropäische Netze) und 27 (Umwelt- und Klimawandel), zu eröffnen. Damit wurde innerhalb von elf Monaten das fünfte von sechs thematischen Clustern in den Beitrittsverhandlungen geöffnet. Die EU-Delegation betonte die geopolitische Notwendigkeit der EU-Erweiterung, die zu einer zentralen Priorität der dänischen Ratspräsidentschaft erklärt wurde, und lobte Albanien für schnelle Reformen, etwa in der Korruptionsbekämpfung und in der Anpassung an die Außenpolitik der EU. Um den Anforderungen aus Cluster 4 gerecht zu werden, müsse Albanien nun sicherstellen, dass sein Wirtschaftswachstum mit einem Schutz der Umwelt einhergehe. Zu diesem Zweck habe Albanien ein Umweltministerium gegründet, wie Premierminister *Rama* mitteilte. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, noch vor Jahresende das letzte Cluster in den Beitrittsverhandlungen (Cluster 5 „Ressourcen, Landwirtschaft und Kohäsion“) zu öffnen und die Verhandlungen bis Ende 2027 abzuschließen. Eine große Mehrheit der albanischen Bevölkerung würde diese Schritte unterstützen und der EU-Beitritt solle dem Land sowohl Sicherheit als auch die Möglichkeit bieten, sich als Nation neu zu erfinden.

[Pressemitteilung](#)



Verlängerung individueller EU-Sanktionen wegen der Verletzung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine

Am 12.09.2025 hat der Rat beschlossen, individuelle Sanktionen gegen mehr als 2.500 Personen und Organisationen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, um weitere sechs Monate zu verlängern. Zu den restriktiven Maßnahmen gehören ein Reiseverbot für natürliche Personen, das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Verbot der Bereitstellung von Geldern oder anderen wirtschaftlichen Ressourcen für die aufgeführten Personen und Organisationen. Die Sanktionen gelten nun bis zum 15.03.2026.

[Pressemitteilung](#)

Jährlicher EU-Bericht zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Macau

Die Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik haben am 11.09.2025 ihren 25. Jahresbericht an das Europäische Parlament und den Rat über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungszone Macau verabschiedet. Er beleuchtet die Entwicklungen im Jahr 2024, in dem sich die Übergabe Macaus von Portugal an die Volksrepublik China zum 25. Mal jährte. Der Bericht erläutert, dass die Regierung von Macau weiterhin den Schwerpunkt auf die nationale Sicherheit legt, und betont, dass dies die Autonomie und die Grundfreiheiten Macaus untergraben könnte. Neue Gesetzgebungen schränken den Raum für pluralistische Stimmen in Politik und Gesellschaft weiter ein. Laut Bericht gerieten insbesondere die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit unter Druck und die Förderung der Rechte von LGBTIQ+-Personen blieb eingeschränkt. Daneben wurde die sechste Regierung von Macau gebildet und mit *Sam Hou Fai* erstmals ein in Festlandchina geborener Regierungschef gewählt. Wirtschaftlich verzeichnete Macau eine positive Entwicklung: Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2024 um 8,8 %. Die Sonderverwaltungszone verfolgt weiterhin eine Strategie zur wirtschaftlichen Diversifizierung über den Glücksspielsektor hinaus, stößt dabei jedoch auf Herausforderungen durch einen Mangel an entsprechend qualifizierten Fachkräften.

[Pressemitteilung](#)

Jährlicher EU-Bericht zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Hongkong

Die Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik haben am 11.09.2025 ihren 27. Jahresbericht an das Europäische Parlament und den Rat über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungszone Hongkong verabschiedet, der die Entwicklungen im Jahr 2024 behandelt. Der Bericht zeigt, dass sich die Behörden Hongkongs nach der Verhängung des Nationalen Sicherheitsgesetzes im Jahr 2020 weiterhin auf die nationale Sicherheit konzentriert haben, und hebt die anhaltende Aushöhlung der Autonomie Hongkongs und der Grundfreiheiten und Rechte der Bevölkerung hervor. Das im März 2024 eingeführte Gesetz zur nationalen Sicherheit in Hongkong erweitert bestehende



Straftatbestände und führte neue Kategorien ein. Es wurden vermehrt Personen wegen Aufruhrs verhaftet sowie Haftbefehle und Kopfgelder gegen Exilaktivisten erlassen. Zudem wurden sensible Online-Inhalte blockiert und die Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit weiter eingeschränkt. Fortschritte gab es hingegen bei Religionsfreiheit und den Rechten von LGBTIQ+-Personen. Das Wirtschaftswachstum von Hongkong betrug 2,7 % und war damit kleiner als vorhergesagt. Die politischen Entwicklungen schwächten Hongkongs Ansehen als internationaler Wirtschaftsstandort, die Sonderverwaltungszone arbeitet jedoch weiter daran, attraktiver für Fachkräfte und Unternehmen zu werden und sich als internationales Finanz- und Technologiezentrum zu etablieren.

[Pressemitteilung](#)

MEDIEN

CULT-Ausschuss nimmt Entschließungsantrag zu den Verpflichtungen aus der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste im transatlantischen Kontext an

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments (EP) haben am 24.09.2025 einen von der Ausschussvorsitzenden MdEP *Nela Riehl* (Grüne/DEU) entworfenen Entschließungsantrag zu den Verpflichtungen aus der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMDL-RL) im transatlantischen Dialog in einer Kompromissfassung angenommen. Der Antrag fordert den Rat und die Mitgliedstaaten u.a. dazu auf, die Kommission bei der Verteidigung der AVMD-RL und der kulturellen Ausnahme der EU zu unterstützen, damit audiovisuelle Dienste weiterhin von internationalen Handelsverpflichtungen ausgenommen bleiben. Laut den Abgeordneten des CULT-Ausschusses bilde die AVMD-RL den wichtigsten Rechtsrahmen, um einen vielfältigen, fairen, sicheren und wettbewerbsfähigen audiovisuellen Markt in der EU zu unterstützen und unabhängige und kulturell nachhaltige europäische Inhalte zu fördern. Die Kulturpolitik liege primär bei den Mitgliedstaaten. Das Subsidiaritätsprinzip sei als Schutzmechanismus gegen die Konzentration wirtschaftlicher und technologischer Macht durch externe Akteure – insbesondere US-Unternehmen – hervorzuheben. Der Antrag kritisiert schließlich die Absicht von US-Präsident *Donald Trump*, ausländische Filme mit einer Steuer i.H.v. 100 % zu belegen. Das Plenum des EP wird voraussichtlich im Oktober über den Entschließungsantrag abstimmen.

[CULT-Entschließungsantrag](#)

CULT-Ausschuss befasst sich mit den Medienförderprogrammen Kreatives Europa und AgoraEU

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments (EP) haben am 24.09.2025 Aussprachen zu den vorläufigen Ergebnissen der Zwischenbewertung des Programms Kreatives Europa 2021-2027 und der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Einrichtung des Programms AgoraEU für den Zeitraum 2028-2034 abgehalten. Nach jeweils einleitenden Ausführungen von Vertretern der Kommission positionierten sich zahlreiche Abgeordnete zu den besagten Programmen. In medienpolitischer



Hinsicht wurden dabei u.a. die Themen audiovisuelle Ko-Produktionen, KI-Entwicklungen, Musik-, Film- und Gamingförderung sowie Unterstützung des freien und vielfältigen Journalismus thematisiert. Außerdem wurde der starke Wettbewerb durch US-Streamingdienste und Online-Plattformen betont. Schließlich waren bürokratische Belastungen, digitale Antragsmöglichkeiten und die bessere Abrufbarkeit der zur Verfügung stehenden Mittel Thema. Laut Kommission sei das aktuell noch laufende Programm Kreatives Europa sehr erfolgreich. Im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen vorgeschlagenen Nachfolgeprogramm namens AgoraEU solle daher die Medienförderung ausgeweitet werden, auch um private Investitionen anzuziehen.

[Videostream der Sitzung](#)

[Creative Europe Programmbericht](#)

[Kommissionsvorschlag AgoraEU](#)

Europaabgeordnete treiben Überlegungen zum Online-Jugendschutz voran

Nachdem sich der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) in seiner Sitzung vom 25.09.2025 mit den Änderungsanträgen und Kompromissvorschlägen zum von MdEP *Christel Schaldemose* (S&D/DNK) entworfenen Initiativbericht zum Schutz von Minderjährigen im Internet befasst hat, wurde der Bericht am 16.10.2025 mit 32 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen. Die Mitglieder des IMCO-Ausschusses sprechen sich im Kern für eine horizontale europäische Antwort auf die wachsenden Risiken aus, denen junge Internetnutzer ausgesetzt sind. Der Bericht adressiert die Implementierung und Durchsetzung des bestehenden Rechtsrahmens, die Altersüberprüfung, die elterliche Kontrolle, Lückenschließungen im Unionsrecht sowie die Medien- sowie Digitalkompetenz. Hauptforderung ist die Einführung eines einheitlichen europäischen Mindestalters von 16 Jahren, unterhalb derer der Zugang zu sozialen Medien nicht gestattet sein sollte, sofern keine Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten vorliegt. Unterhalb von 13 Jahren soll die Nutzung sozialer Medien ausnahmslos verboten werden.

Der mitberatende Ausschuss für Bildung und Kultur (CULT) im EP hat in einer Sitzung vom 25.09.2025 für die von MdEP *Ivaylo Valchev* (EKR/BGR) erstellte Stellungnahme zum o.g. Bericht nach Annahme mehrerer Kompromissvorschläge und Änderungsanträge votiert. Auch zu dieser Stellungnahme wurden im Vorfeld zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Der Berichterstatter betonte, dass dies die Bedeutung der Thematik widerspiegele. Mit dem Kompromisstext habe man eine kraftvolle Stellungnahme erzielt, die den Online-Jugendschutz in Europa voranbringen werde.

Die finale Abstimmung im Plenum des EP ist für Ende November 2025 geplant.

[Pressemitteilung des EP](#)

[IMCO-Bericht](#)

[CULT-Stellungnahme](#)



Ukrainischer Journalist mit Václav-Havel-Preis ausgezeichnet

Am 29.09.2025 hat der Europarat den ukrainischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten *Maksym Butkewych* mit dem renommierten Václav-Havel-Preis ausgezeichnet. *Butkewych* ist Mitbegründer des Menschenrechtszentrums *Zmina* und des Radiosenders *Hromadske Radio*. Zu Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine meldete er sich zum Dienst in der ukrainischen Armee. Er kam in russische Kriegsgefangenschaft und blieb mehr als zwei Jahre in Haft, bevor er vor rund einem Jahr im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen wurde.

Hintergrundinformationen: Mit dem Václav-Havel-Preis zeichnet die Parlamentarische Versammlung des Europarats seit 2013 herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung der Menschenrechte aus. Der Preis ist mit 60.000 € dotiert und nach dem verstorbenen Bürgerrechtler und früheren Präsidenten der Tschechischen Republik benannt. Der Europarat mit Sitz in Straßburg wacht über die Menschenrechte in seinen 46 Mitgliedsländern. Er ist kein Organ der Europäischen Union. Russland wurde 2022 wegen des Ukraine-Kriegs nach 26 Jahren Mitgliedschaft aus der Organisation ausgeschlossen.

[Pressemitteilung des Europarates](#)

Europaparlament gibt Finalisten des LUX-Publikumspreises 2026 bekannt

Am 07.10.2025 hat das Europäische Parlament (EP) die 5 Finalisten für den LUX-Publikumspreises 2026 bekanntgegeben wurde. Die Finalisten sind: *Christy* von *Brendan Canty*, *Deaf (Sorda)* von *Eva Libertad*, *It was just an accident* von *Jafar Panahi*, *Love Me Tender* von *Anna Cazenave Camb* und *Sentimental Value* von *Joachim Trier*. Die Preisträger werden im April des kommenden Jahres bekannt gegeben. Bis dahin werden in allen 27 Mitgliedstaaten kostenlose Vorführungen der nominierten Filme stattfinden.

Hintergrundinformation: Der LUX-Publikumspreis wird jährlich vom EP und der Europäischen Filmakademie in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und Europa Cinemas verliehen. Der Preis ist eine besondere Würdigung des europäischen Films. Er soll ein breites europäisches Publikum auf gesellschaftliche Themen mit klarem Bezug zu den Werten der EU aufmerksam machen – darunter Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und Meinungsfreiheit – und den Austausch zu diesen Themen fördern. Die Bürgerinnen und Bürger der EU können sich an der Bewertung der Filme beteiligen und dabei verschiedene Preise gewinnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Homepage des LUX-Publikumspreises](#)

Kommission gibt Gewinner des Megalizzi-Niedzielski-Preises bekannt und veröffentlicht neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Medienberichte über Kohäsionspolitik

Die Kommission hat am 14.10.2025 die Gewinner des Megalizzi-Niedzielski-Preises 2025 für angehende Journalisten ausgezeichnet. Der Preis wurde im Rahmen der jährlichen Europäischen Woche der Regionen



und Städte verliehen. Er würdigt in diesem Jahr drei junge Journalistinnen, die am Programm „Youth4Regions“ teilgenommen haben. Außerdem hat die Kommission die neunte Ausschreibung für Medienvorschläge zum Thema Kohäsionspolitik bekannt gegeben. Darin werden Medien, Universitäten und andere Einrichtungen dazu eingeladen, unabhängige Inhalte zur Kohäsionspolitik zu erstellen. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für die Ergebnisse der Kohäsionspolitik und deren Auswirkungen auf das Leben der Bürger zu sensibilisieren. Die Informationen sollen ein besseres Verständnis für den Beitrag der Kohäsionspolitik zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum in Europa und zum Abbau von Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen vermitteln. Der Aufruf ist mit einem Budget von 3,5 Mio. € hinterlegt.

Hintergrundinformationen: Der Megalizzi-Niedzielski-Preis ehrt das Andenken an *Antonio Megalizzi* und *Bartek Orent-Niedzielski*, zwei junge Journalisten, die 2018 bei einem Terroranschlag in Straßburg ums Leben kamen, während sie über europäische Angelegenheiten berichteten. Im Jahr 2025 gingen über 500 Bewerbungen für den Preis aus der gesamten EU, aus Beitrittsländern und Nachbarländern ein. Youth4Regions ist die Hauptinitiative der Kommission zur Förderung von Journalismusstudenten und jungen Journalisten. Seit ihrer Gründung im Jahr 2017 haben mehr als 250 Personen aus ganz Europa das Programm erfolgreich durchlaufen.

[Megalizzi-Niedzielski-Preis](#)

[Youth4Regions](#)

[Medienausschreibung](#)

Kommission stellt 3 Mio. € für Medienkompetenzprojekte zur Verfügung

Die Kommission hat am 21.10.2025 angekündigt, Projekte zur Förderung der Medienkompetenz der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit insgesamt 3 Mio. € zu fördern. Medienkompetenz, also die Fähigkeit, Medieninhalte kritisch zu bewerten, um fundierte Entscheidungen zu treffen, ist laut Kommission ein entscheidender Faktor, um die Verbreitung von Desinformationen einzudämmen. Der noch bis zum 11.03.2026 laufende Aufruf zur Einreichung entsprechender Vorschläge ist Teil des Programms „Kreatives Europa“.

Hintergrundinformation: „Kreatives Europa“ hat es sich zum Ziel gesetzt, die kulturelle Vielfalt zu stärken und die Herausforderungen des Kultur- und Kreativsektors zu bewältigen. Das Programm läuft über einen Zeitraum von 2021 - 2027 und sieht ein Gesamtbudget von 2,44 Mrd. € vor.

[Förderaufruf der Kommission](#)

[Programm Kreatives Europa](#)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Medienbereich

Die Kommission hat am 21.10.2025 ihr Arbeitsprogramm für 2026 vorgestellt. Unter dem Motto „Der Moment der Unabhängigkeit Europas“ sieht es u.a. 61 neue Kommissionsvorhaben vor, von denen 20 eine das EU-Regelungswerk vereinfachende Wirkung haben sollen (für weitere Details zum gesamten Arbeitsprogramm siehe den Beitrag weiter oben unter der Rubrik Institutionelles).



Medienpolitisch bedeutsam ist vor allem die Ankündigung eines „Updates“ der Regeln über audiovisuelle Mediendienste. Im Fokus dürfte dabei vor allem die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) stehen, zu der die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende 2026 eine Bewertung vorlegen muss, die ggf. mit Vorschlägen für die Überarbeitung der Richtlinie verbunden werden kann. Für die Medienbranche relevante Regelungen könnten sich außerdem v.a. im Digital Fairness Act finden. Schließlich hat die Kommission am 15.10.2025 Konsultationen zu den Beihilfavorschriften für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeleitet. Konkret geht es um die Frage, ob die sog. Rundfunkmitteilung aus dem Jahre 2009 einer Überarbeitung bedarf. Ihre Ergebnisse will die Kommission bis Ende 2026 präsentieren.

[Pressemitteilung der Kommission zum Arbeitsprogramm 2026](#)

[Kommission-Arbeitsprogramm 2026 inkl. Anlagen und Factsheet](#)

[Fragen und Antworten zum Kommission-Arbeitsprogramm 2026](#)

[Pressemitteilung der Kommission zur Überarbeitung der Beihilfavorschriften für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk](#)

[Rundfunkmitteilung](#)

Daphne-Caruana-Galizia-Journalistenpreis geht in diesem Jahr an Recherche zu Russlands Schattenflotte

Am 21.10.2025 wurde zum inzwischen fünften Mal der Daphne-Caruana-Galizia-Journalistenpreis verliehen. Aus insgesamt 316 eingereichten Beiträgen wählte die Jury das niederländische Portal Follow the Money für die Recherche The Shadow Fleet Secrets aus. Das Projekt, an dem 13 Redaktionen und 40 Journalistinnen und Journalisten beteiligt waren, deckte ein geheimes Finanznetzwerk auf, über das Russland mithilfe westlicher Reedereien und dem Verkauf von alten Tankern Ölsanktionen umgeht. Parlamentspräsidentin *Roberta Metsola* würdigte die Gewinner als Verteidiger europäischer Werte und erinnerte an die Bedeutung von Pressefreiheit und investigativem Journalismus.

Hintergrundinformation: Der Daphne-Caruana-Galizia-Preis wurde vom Präsidium des Europäischen Parlaments (EP) im Dezember 2019 zu Ehren der gleichnamigen maltesischen Investigativjournalistin und Bloggerin aufgesetzt. *Daphne Caruana Galizia* wurde 2017 bei einem Autobombenanschlag getötet. Jedes Jahr werden mit dem Preis herausragende journalistische Leistungen ausgezeichnet, mit denen die Prinzipien und Grundwerte der Europäischen Union gefördert und verteidigt werden. Die unabhängige Jury besteht aus Vertretern der Presse und Zivilgesellschaft aller 27 Mitgliedstaaten sowie einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Internationalen Journalisten-Föderation. Mit dem mit 20.000 € dotierten Preis will das EP zeigen, dass es sich für Investigativjournalismus und Pressefreiheit einsetzt.

[Pressemitteilung des EP](#)



Europaparlament verleiht Sacharow-Preis an zwei inhaftierte Journalisten

Das Europäische Parlament (EP) hat am 22.10.2025 den renommierten Sacharow-Preis an den in Belarus inhaftierten Journalisten *Andrzej Poczobut* und an die in Georgien inhaftierte Journalistin *Mzia Amaglobeli* verliehen. *Poczobut* kritisierte als Blogger und Aktivist das Regime von *Alexander Lukaschenko* und sitzt seit 2021 für 8 Jahre im Gefängnis. *Amaglobeli*, Leiterin der georgischen Online-Medien *Batumelebi* und *Netgazeti*, wurde Anfang dieses Jahres wegen der Teilnahme an Protesten gegen die Regierung festgenommen.

Hintergrundinformation: Der mit 50.000 € dotierte Sacharow-Preis ist die höchste Auszeichnung der EU für Bemühungen im Bereich der Menschenrechte. Er wird Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen verliehen, die einen herausragenden Beitrag zum Schutz der geistigen Freiheit und Meinungsfreiheit geleistet haben. Er wurde erstmals im Jahr 1988 an *Nelson Mandela* und *Anatolij Martschenko* vergeben.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Homepage des Sacharow-Preises](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

JI-Rat am 14.10.2025 – Schwerpunkt Migration, Katastrophenschutz und Sicherheit

Die Innenministerinnen und Innenminister der EU sind am 14.10.2025 in Luxemburg zum Rat für Justiz und Inneres zusammengekommen, um aktuelle innenpolitische Themen zu beraten. Sie haben über die Einrichtung eines EU-weiten Rückführungssystems beraten. Ziel ist es, Rückführungen illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger zu beschleunigen. Diskutiert wurden u. a. Pflichten zur Kooperation mit Behörden und die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen. Beim Arbeitsessen stand die Rückkehr nach Syrien im Fokus. Die Minister tauschten Erfahrungen im Umgang mit syrischen Behörden aus. Im Bereich Katastrophenschutz wurde ein Vorschlag zur Reform des EU-Verfahrens und zur Einrichtung eines Krisenzentrums erörtert. Die Kommission informierte über das neue Einreise-/Ausreisensystem (EES), das am 12.10.2025 in Kraft trat. Zudem wurde die künftige Rolle von Frontex und die Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur für Grenzmanagement und Sicherheit diskutiert. Die Kommission berichtete über den Stand des Fahrplans zum Datenzugang für Strafverfolgungsbehörden. Beim Arbeitsfrühstück wurde die Sicherheitslage im Nahen Osten thematisiert.

[Pressemitteilung](#)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI

Die Kommission kündigt für 2026 neue Initiativen zur Stärkung der Sicherheitsarchitektur der Union an. Geplant ist die Umsetzung der Europäischen Drohnenabwehrinitiative sowie ein verstärkter Schutz der Außengrenzen. Die Kommission will zudem die Bekämpfung organisierter Kriminalität intensivieren und grenzüberschreitende Kommunikationssysteme für Krisenfälle verbessern. Ein Schwerpunkt liegt auf der praktischen Umsetzung des Migrations- und Asylpakets, insbesondere durch operative Maßnahmen zur Solidarität und Rückführung. Die Kommission betont die Notwendigkeit, die Resilienz der Union gegenüber hybriden Bedrohungen zu erhöhen und die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

[Arbeitsprogramm](#)

MIGRATION

EUAA weitet Unterstützung für Deutschland bei der Bearbeitung von Asylanträgen aus

Die Europäische Asylagentur (EUAA) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben eine überarbeitete Arbeitsvereinbarung unterzeichnet. Die EUAA verstärkt damit ihre operative Unterstützung in Deutschland deutlich. Ziel ist es, den Rückstau bei Asylanträgen zu verringern und die Umsetzung des EU-Migrations- und Asylpakts zu erleichtern. Künftig konzentriert sich die Hilfe auf laufende und neue Asylverfahren, während die Unterstützung bei Dublin-Verfahren bis Ende 2025 ausläuft. Das neue Mandat gilt bis 2027 und umfasst auch Beiträge im Projekt- und Veränderungsmanagement.



Die EUAA koordiniert nationale Arbeitsgruppen zu Abläufen, Instrumenten und Steuerungsmechanismen im Zusammenhang mit dem EU-Asylpakt.

[Pressemitteilung](#)

Europarat fordert menschenrechtskonforme Künstliche Intelligenz im Migrationsmanagement

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 03.10.2025 die Resolution 2628 (2025) zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) im Migrationsmanagement verabschiedet. KI-Anwendungen sollen Effizienzgewinne nicht auf Kosten der Menschenrechte erzielen. Gefordert werden Transparenz, Rechenschaftspflicht, Schutz vor Diskriminierung sowie die Einhaltung internationaler Verpflichtungen (u. a. Genfer Flüchtlingskonvention, Non-Refoulement). Die Versammlung ruft zur Ratifizierung der KI-Rahmenkonvention (STCE Nr. 225) auf und verweist auf die Einstufung entsprechender Systeme als Hochrisikotechnologien im EU-AI Act.

[Zum Bericht](#)

FREIZÜGIGKEIT

Visafreiheit: Europäisches Parlament beschließt flexibleren Aussetzungsmechanismus

Am 07.10.2025 hat das Europäische Parlament mit 518 Stimmen dafür, 96 dagegen und 24 Enthaltungen eine Reform des Mechanismus zur Aussetzung der Visafreiheit angenommen. Ziel ist eine schnellere Reaktion auf sicherheitspolitische und geopolitische Herausforderungen durch Drittstaaten.

Künftig können Visabefreiungen auch bei hybriden Bedrohungen, Investoren-Staatsbürgerschaftsprogrammen, Missachtung internationaler Gerichtsurteile sowie Verstößen gegen die UN-Charta ausgesetzt werden. Die Kommission erhält die Möglichkeit, die Visumpflicht zunächst befristet und bei fortbestehenden Problemen dauerhaft wieder einzuführen – auch gezielt für Regierungsvertreter. Die Reform betrifft derzeit 61 visabefreite Drittstaaten und stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommission im Bereich Migration und Sicherheit.

[Pressemitteilung](#)

Einreise-/Ausreisensystem der EU gestartet

Am 12.10.2025 haben die Mitgliedstaaten mit der schrittweisen Einführung des neuen digitalen Einreise-/Ausreisensystems (EES) begonnen. In den kommenden sechs Monaten wird das System nach und nach an den Außengrenzen der EU ausgerollt. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst, an welchen Grenzübergängen sie das System zuerst einsetzen. Ab dem 10.04.2026 ersetzt das EES die bisherige Paspstempelung durch elektronische Einträge.

[Pressemitteilung](#)



INNERE SICHERHEIT

Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Resilienzstärkung kritischer Einrichtungen in der EU

Die Kommission hat am 11.09.2025 neue Leitlinien zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen in der EU vorgestellt. Ziel ist es, die Kontinuität lebenswichtiger Dienste auch bei Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder Gesundheitskrisen sicherzustellen. Mitgliedstaaten werden dabei unterstützt, kritische Einrichtungen in elf Schlüsselsektoren wie Energie, Verkehr, Wasser, Lebensmittel, Banken und digitale Infrastruktur zu identifizieren und die CER-Richtlinie umzusetzen. Die Empfehlungen bieten praktische Hilfen für Risikoanalysen und Berichterstattung. Es sollen nationale Strategien entwickelt und technische, organisatorische sowie sicherheitsbezogene Maßnahmen ergriffen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Einigung zur Änderung der Europol-Verordnung zur Stärkung gegen Schleuserkriminalität

Am 24.09.2025 erzielten Rat und Europäisches Parlament (EP) im Trilogverfahren eine politische Einigung über die Änderung der Europol-Verordnung (EU) 2016/794. Ziel ist es, Europol's Rolle im Kampf gegen Schleusung und Menschenhandel zu stärken und die Zusammenarbeit der EU-Agenturen zu intensivieren. Vorgeschlagen hatte die Kommission die Änderungen bereits im November 2023. Kernpunkt ist die Einrichtung eines Europäischen Zentrums gegen Schleusung bei Europol in Kooperation mit Eurojust und Frontex. Mitgliedstaaten sollen künftig verpflichtet werden, Informationen bei gemeinsamen Einsätzen weiterzugeben. Europol erhält erweiterte Befugnisse zur Verarbeitung biometrischer Daten. Zusätzlich werden 50 Mio. € bereitgestellt, darunter 20 Mio. € für biometrische Systeme, sowie 50 neue Stellen geschaffen. Zudem sollen Verbindungsbeamte in Drittstaaten die Bekämpfung von Schleusernetzwerken außerhalb der EU erleichtern. Rat und EP müssen die Einigung noch formell bestätigen, bevor die Verordnung in Kraft tritt.

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

OP Stream des Bayerischen Landeskriminalamts gewinnt 1. Preis bei den Europol Excellence Awards

Dem Bayerische Landeskriminalamt (BLKA) wurde am 24.09.2025 mit seiner Operation „Stream“ der 1. Preis bei den Europol Excellence Awards in der Kategorie „Innovative Operation“ verliehen. Im Mittelpunkt der Ermittlung stand die Zerschlagung von „KidFlix“, einer der weltweit größten Darknet-Plattformen für sexuellen Kindesmissbrauch. Mithilfe modernster Krypto-Tracing-Verfahren und automatisierter Reporting-Tools konnten fast 1.400 Verdächtige in mehr als 30 Ländern identifiziert werden. Besonders innovativ war die konsequente Nachverfolgung von Kryptowährungstransaktionen trotz Verschleierungsversuchen durch Mixing-Dienste. Die Preisverleihung unterstreicht die Vorreiterrolle des BLKA im Bereich Cybercrime-Bekämpfung.

[Pressemitteilung BLKA](#)

[Europol Excellence Awards in Innovation](#)



EU und Ecuador unterzeichnen internationales Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung

EU-Innenkommissar *Magnus Brunner* und Ecuadors Außenministerin *Gabriela Sommerfeld* haben am 24.09.2025 ein Abkommen über den erweiterten Datenaustausch zwischen Europol und Ecuador unterzeichnet.

Ziel ist es, die Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Drogenhandel und Terrorismus zu vertiefen. Das Abkommen baut auf einer bestehenden Kooperation auf, die im März 2025 zur Beschlagnahmung von 80 t Drogen und 36 Festnahmen führte. Strenge Datenschutzvorkehrungen gewährleisten dabei ein hohes Schutzniveau für Grundrechte.

Die Vereinbarung stärkt Europols Fähigkeit, die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung internationaler Kriminalität zu unterstützen. Die Ausweitung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit über EU-Grenzen hinaus ist ein zentraler Bestandteil der Strategie ProtectEU. Ähnliche Abkommen bestehen bereits mit Neuseeland und Brasilien. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments steht noch aus.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein wegen mangelhafter Umsetzung von EU-Vorgaben zum Informationsaustausch zwischen Strafermittlern

Die Kommission hat am 08.10.2025 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet. Hintergrund ist die unvollständige Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1153 über den Zugang von Strafverfolgungsbehörden zu Finanzinformationen. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Ermittlungsbehörden schnellen Zugang zu zentralen Bankkontoinformationen zu ermöglichen. Deutschland hat zentrale Bestimmungen bislang nicht ordnungsgemäß in nationales Recht überführt.

Die Kommission fordert nun binnen zwei Monaten Abhilfe. Andernfalls kann sie den Fall vor den Europäischen Gerichtshof bringen.

[Pressemitteilung](#)

Schutz der europäischen Unterseekabel: Kommission stellt neue Finanzmittel i.H.v. 20 Mio € vor

Am 23.10.2025 stellte die Kommission in Riga neue Fördermittel in Höhe von 20 Mio. € vor, um Europas Unterseekabel besser zu schützen. Zehn Mio. € fließen in regionale Kabelzentren mit KI gestützter Bedrohungsanalyse, weitere zehn Mio. in Belastungstests kritischer Infrastruktur.

Ein erstes Pilotzentrum entsteht in der Nordisch Baltischen Region. Grundlage ist ein neuer Expertenbericht, der bestehende und geplante Infrastrukturen kartiert, Risiken bewertet und Leitlinien für Belastungstests vorgibt.

[Pressemitteilung](#)



STRAßENVERKEHR

Kommission veröffentlicht Statistik zur Verkehrssicherheit 2024

Die Kommission veröffentlichte am 17.10.2025 aktuelle Zahlen zur Verkehrssicherheit für das Jahr 2024. Im Jahr 2024 verloren laut Kommission 19.940 Menschen ihr Leben bei Verkehrsunfällen in der EU. Das entspricht einem Rückgang um 2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Kommission sieht darin einen langsamen Fortschritt auf dem Weg zum Ziel, die Zahl der Todesopfer bis 2030 zu halbieren. In Deutschland wurden laut Kommission 2.720 Verkehrstote registriert – ein leichter Rückgang im Vergleich zu 2023. Besonders betroffen sind junge Erwachsene, Fußgänger und Radfahrende. Die Kommission betont die Notwendigkeit gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung sicherer Mobilität. Auch technologische Innovationen wie intelligente Fahrassistenzsysteme sollen stärker genutzt werden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, nationale Strategien weiterzuentwickeln und umzusetzen.

[Pressemitteilung](#)

DATENSCHUTZ

Europäisches Parlament nimmt Verordnung zur grenzüberschreitenden DSGVO-Durchsetzung in erster Lesung an

Das Europäische Parlament hat am 17.10.2025 in erster Lesung formell eine neue Verordnung zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Durchsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) angenommen. Ziel ist es, Verfahren zwischen Datenschutzbehörden zu vereinheitlichen und zu beschleunigen. Die Verordnung sieht verbindliche Fristen für die Bearbeitung von Beschwerden vor, stärkt die Rechte betroffener Personen und verpflichtet die federführende Behörde zur engeren Zusammenarbeit mit anderen Behörden. Der Rat muss die Verordnung nun bestätigen, bevor sie in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung](#)

DEMOKRATIE

EU-Statement am Internationalen Tag der Demokratie

Am 15.09.2025, dem Internationalen Tag der Demokratie, haben die EU-Vertreter *Kallas*, *Virkkunen* und *McGrath* ein gemeinsames Statement abgegeben. Sie betonen die zentrale Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Weltweit steht die Demokratie unter Druck: Desinformation, Polarisierung und autokratische Narrative schwächen Vertrauen in Institutionen und Wahlen. Auch Konflikte und Kürzungen bei Demokratieförderung verstärken Unsicherheit. Die EU bekräftigt, dass nur Demokratie Grundrechte dauerhaft sichern kann. Sie verpflichtet sich, freie Medien, faire Wahlen und Meinungsfreiheit zu schützen. Die Verteidigung demokratischer Werte sei sowohl ein Sicherheits- als auch ein Werteinteresse Europas.



Daher rufen die EU-Vertreter Regierungen, Organisationen und Bürger auf, Demokratie und Grundrechte gemeinsam zu bewahren.

[Statement](#)

Kommission veröffentlicht Bericht über Fragilität der Demokratie in Europa

Die Kommission hat am 19.09.2025 einen Bericht über die Fragilität der Demokratie in Europa veröffentlicht. Ziel ist es, Defizite in der Rechenschaftspflicht zu analysieren und Lösungsansätze zu formulieren. Demokratische Rechenschaftspflicht umfasst die Verantwortlichkeit politischer Akteure und den inklusiven Dialog zwischen Bürgern und Institutionen. Untersucht werden fünf Kernbereiche: Medien, Regierungsführung, bürgerschaftliches Engagement, Populismus und die globale Rolle der EU. Schwächen reichen von Fehlinformationen und Vertrauensverlust bis hin zu institutionellen Dysfunktionen und Polarisierung. Die Reformstrategien sollen eine nachhaltige politische Kultur der Rechenschaftspflicht etablieren. Unter anderem werden eine stärkere Institutionalisierung, Förderung gemeinsamer Gestaltung zwischen Institutionen und Bürgern, sowie aktive ethische Schulung von Amtsträgern empfohlen. Der Bericht betont, Bürger wieder stärker in demokratische Prozesse einzubinden, um Vertrauen und Stabilität zu sichern.

[Bericht zur Fragilität der Demokratie in Europa](#)

Europäisches Parlament beschließt überarbeitete Regeln für europäische Parteien und Stiftungen in erster Lesung

Das Europäische Parlament hat am 17.10.2025 in erster Lesung formell eine Verordnung zur Reform der europäischen politischen Parteien und Stiftungen angenommen. Die neuen Regeln sollen Transparenz und Rechenschaftspflicht stärken. Künftig müssen Parteien und Stiftungen ihre Finanzierung klarer offenlegen und dürfen EU-Mittel nur bei Einhaltung demokratischer Grundsätze erhalten. Die Verordnung sieht zudem schärfere Sanktionen bei Verstößen vor. Der Rat muss die Verordnung nun bestätigen, damit sie in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Parlament legt Position zur Transparenz von Drittstaaten-Lobbying fest

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 12.10.2025 die Position des EP zur Offenlegung von Lobbyaktivitäten aus Drittstaaten beschlossen. Organisationen, die im Auftrag von Drittstaaten Einfluss auf EU-Entscheidungen nehmen, sollen künftig ihre Finanzierung und Auftraggeber offenlegen müssen. Ziel ist es, verdeckten Einfluss auf demokratische Prozesse zu verhindern und die Integrität der EU-Institutionen zu stärken. Die Abgeordneten fordern, dass Transparenzregeln für alle Lobbyakteure gleichermaßen gelten – unabhängig von ihrer Herkunft. Die Kommission wird aufgefordert, bis Anfang 2026 einen entsprechenden Legislativvorschlag vorzulegen.



Die Ausschussposition bildet die Grundlage für die bevorstehenden Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission.

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht Leitlinien zu Transparenz politischer Werbung

Die Kommission hat am 08.10.2025 Leitlinien zur Anwendung der Verordnung über Transparenz politischer Werbung veröffentlicht. Die Verordnung tritt am 07.11.2025 in Kraft und soll sicherstellen, dass politische Werbung klar erkennbar und nachvollziehbar ist. Die Leitlinien erläutern zentrale Begriffe wie „politische Werbung“ und „Sponsor“ und geben Hinweise zur praktischen Umsetzung. Anbieter politischer Werbung müssen künftig Informationen zur Finanzierung und Zielgruppenausrichtung offenlegen. Die Kommission unterstützt damit eine einheitliche Anwendung der Vorschriften in den Mitgliedstaaten und stärkt die Integrität demokratischer Prozesse.

[Pressemitteilung](#)

SPORT

Kommission veröffentlicht Green Sport Manifesto

Die Kommission hat am 11.09.2025 das freiwillige Green Sport Manifesto veröffentlicht. Hintergrund ist die erhebliche Umweltbelastung des Sports und das Ziel, den European Green Deal im Sportbereich umzusetzen. Ziel ist der Aufbau einer grünen Sportbewegung, die Wissen, Ressourcen und Innovation für nachhaltigen Sport vereint. Das Manifest richtet sich an Akteure aller Ebenen des europäischen Sportsektors. Sportorganisationen verpflichten sich zu Governance-Strukturen, Nachhaltigkeitsstrategien, jährlicher Berichterstattung, Zusammenarbeit und Nutzung grüner Instrumente. Politische Entscheidungsträger sollen Ausschüsse einrichten, Kooperationen fördern, Nachhaltigkeit als Förderkriterium verankern und kleinere Sportarten priorisieren. Unterzeichner erhalten Zugang zu Ressourcen und einer Online-Community für Erfahrungsaustausch.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Green Sport Manifesto](#)

Auftakt der europäischen Sportwoche 2025 in Kopenhagen

Am 23.09.2025 wurde die European Week of Sport 2025 in Kopenhagen eröffnet. In diesem Jahr feiert die Kampagne ihr zehnjähriges Jubiläum. Die diesjährige Jubiläumsausgabe steht unter dem Motto „Move more, scroll less“ und rückt die Bedeutung von Bewegung für das psychische Wohlbefinden in den Mittelpunkt. Ziel ist es, Bürger dazu zu motivieren, Bildschirmzeit durch körperliche Aktivität zu ersetzen. Die European Week of Sport soll dazu beitragen, ein gesünderes und erfüllteres Leben zu fördern und die Resilienz gegenüber den



Herausforderungen des Alltags zu stärken. Seit 2015 hat die European Week of Sport mit der #BeActive-Kampagne 42 Länder und Regionen erreicht und über 103 Mio. Menschen in mehr als 353.000 Veranstaltungen eingebunden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäisches Parlament nimmt Bericht zum europäischen Sportmodell an

Am 07.10.2025 hat das Europäische Parlament den Bericht zur Rolle der EU-Politik im europäischen Sportmodell angenommen. Der Bericht betont die Bedeutung eines wertebasierten Ansatzes im Sport, spricht sich gegen geschlossene Ligen aus und fordert eine stärkere Nutzung bestehender EU-Instrumente. Er dient als politische Orientierung und fließt in die laufende Sondierung der Kommission zur Stärkung des europäischen Sportmodells.

[Pressemitteilung](#)

[Zum Bericht](#)

[Zur Sondierung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Am 21.10.2025 hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2026 vorgestellt (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB sind u. a. der Kampf gegen die Wohnungsnot, die Reform der Vergabevorschriften für öffentliche Aufträge und eine Fortführung der Vereinfachungsagenda. Bis Ende 2025 möchte die Kommission ihren ersten EU-Plan für bezahlbaren Wohnraum vorlegen. Hürden für die Schaffung privaten und öffentlichen Wohnraums sind insbesondere bürokratische Vorgaben, hohe Baukosten und Steuern, Fachkräftemangel und der fehlende Zugang zu Fremdkapital. Höhere Investitionen möchte die Kommission mit der Einrichtung einer EU-Investitionsplattform erzielen. Mit der Reform des EU-Vergaberechts könnte der Zugang für kleine und mittlere Unternehmen erleichtert und Aufträge standardisiert vergeben werden. Die Vorschläge dürften auch zusätzliche Vergabekriterien wie „Buy European“ oder grüne und soziale Kriterien umfassen. Der Vorschlag ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Bislang wurden sechs Omnibuspakete zum Bürokratieabbau vorgelegt. Bis Jahresende sollen drei weitere zu Digitalisierung, Nahrungsmittelsicherheit und Umwelt folgen. Für 2026 wurde u. a. auch ein Omnibus Automobil angekündigt. Das neue Instrument der Praxistests („Reality Checks“) soll auch künftig zum Einsatz kommen. Darüber hinaus werden im Arbeitsprogramm 2026 konkrete Vorschläge genannt, wie Empfehlungen zu Heizen und Kühlen (Q1 2026), ein legislativer Rahmen zur Energieeffizienz und die Überarbeitung der Verordnung zur Kurzzeitvermietung (Q2 2026), die Anpassung der EU-Normvorschriften (Q3 2026) und ein legislativer Vorschlag zur Erbringung von Bauleistungen (Q4 2026).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Arbeitsprogramm der Kommission 2026](#)

BAUEN UND WOHNEN

Europäischer Rat beschließt Ratsschlussfolgerungen zu bezahlbarem Wohnraum

Am 23.10.2025 hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs Ratsschlussfolgerungen zu bezahlbarem Wohnraum beschlossen. Hierin fordert der Europäische Rat die Kommission auf, zeitnah einen umfassenden und ambitionierten EU-Plan für bezahlbaren Wohnraum unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips vorzulegen. Grundlage der Diskussion bildete eine Studie des Rates mit dem Titel „Ein Dach, viele Realitäten: Europas komplexe Wohnungskrise“. Hierin wird auf die Problematik stark gestiegener Immobilienpreise in der EU verwiesen, die sich von 2015 bis 2025 um 58,3 % erhöhten, in Deutschland 51,3 %. Damit sind die Ausgaben privater Haushalte für Wohnraum drastisch gestiegen, insbesondere in den städtischen Zentren, wo die Mehrheit der Menschen in Europa lebt. Um die aktuelle Angebotslücke an Wohnungen zu schließen, müssten laut Europäischer Investitionsbank (EIB) mehr als 1 Mio. Wohnungen in der EU gebaut werden. Einer der Hauptfaktoren für die Knappheit sind die hohen Baukosten, die von 2010 bis 2024 um 56 % gestiegen sind.



Vor diesem Hintergrund möchte die Kommission den ersten EU-Plan für bezahlbares Wohnen bis Ende 2025 vorlegen.

[Mitteilung des Rates](#)

[Studie des Rates zur EU-Wohnungskrise](#)

Niederbayerische Gemeinde Vilsbiburg erhält Preis zum Neuen Europäischen Bauhaus

Am 30.09.2025 hat die Kommission Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) für nachhaltige, inklusive und ästhetische Projekte in Brüssel verliehen. Aus den mehr als 700 Bewerbungen aus ganz Europa wurden 22 Preisträger für etablierte Projekte und Initiativen jüngerer Bewerber ausgewählt sowie erstmals in diesem Jahr Auszeichnungen an 20 kleinere Kommunen vergeben. In der Kategorie der kleineren Kommunen erhielt die Gemeinde Vilsbiburg im niederbayerischen Landkreis Landshut als einzige Kommune aus Deutschland die Auszeichnung für eine nachhaltige und inklusive Gestaltung des Stadtzentrums. Unter den drei Finalisten in der Kategorie „kreislauforientiertes Denken und Handeln“ kam auch das Projekt „Neues vernakuläres Bauen“ im Naturdorf Bärnau in der Oberpfalz des jungen Architekten *Julius Schönberger*. Gemeinsam mit Handwerksgesellen aus ganz Europa werden an vier Fachwerkhäusern nachhaltige Bauweisen mit lokalen Materialien erprobt, die am Ende ihrer Lebenszeit kompostierbar sind. Für einen Preis wurde das Projekt von der Kommission nicht ausgewählt. Weitere Preisträger aus Deutschland waren der Schülerwald in Köln und ein Studentenwohnheim in Heidelberg. Frühere NEB-Auszeichnungen erhielten in Bayern das Leuchtturmprojekt München-Neuperlach im Jahr 2022 und das Gästehaus RoSana in Rosenheim in 2021. Das nächste NEB-Festival findet vsl. vom 09. -13.06.2026 in Brüssel statt.

[Mitteilung der Kommission](#)

[Preisträger Gemeinde Vilsbiburg](#)

[Finalist „Neues vernakuläres Bauen“](#)

Sonderausschuss HOUS legt ersten Initiativbericht zur Wohnraumkrise vor

Am 15.09.2025 hat der Sonderausschuss zur Wohnraumkrise (HOUS) des Europäischen Parlaments (EP) den ersten Entwurf des Initiativberichts zur Wohnraumkrise in der EU vorgelegt. Ziel ist es, Lösungen für angemessenen, nachhaltigen und erschwinglichen Wohnraum zu entwickeln. Der Berichterstatter *Borja Giménez Larraz* (EVP/ESP) benennt die Wohnraumkrise als eine zentrale Herausforderung für den sozialen Frieden in Europa. Hürden für die Schaffung privaten und öffentlichen Wohnraums sind u.a. bürokratische Vorgaben, hohe Baukosten und Steuern, Fachkräftemangel und der fehlende Zugang zu Fremdkapital. Der Bericht fordert daher eine Vereinfachung von Bau- und Genehmigungsverfahren, mehr öffentliche und private Investitionen, die Unterstützung einkommensschwacher Haushalte und den direkten Zugang zu EU-Fördermitteln für lokale Behörden. Zudem solle die Kommission prüfen, welche EU-Vorschriften den Neubau behindern.



Die Kommission möchte bis Ende 2025 ihren ersten EU-Plan zu Wohnen vorlegen. Das Plenum des EPs wird vsl. im März 2026 zum HOUS-Initiativbericht abstimmen.

[HOUS-Initiativbericht](#)

UKRAINE-EU

Kommission verlängert Straßenverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau

Am 25.09.2025 hat die Kommission die Verlängerung der Straßenverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau bis zum 31.03.2027 bekanntgegeben. Das Abkommen ermöglicht beiden Staaten seit dem 29.06.2022 einen erleichterten Güterverkehr über die EU-Solidaritätskorridore durch die Übertragung von Transit- und Transportrechten an ukrainische Frachtunternehmer. Bürokratische Hürden werden durch Ausnahmeregelungen ebenfalls gesenkt. Perspektivisch sollen schrittweise die Rechtsvorschriften im Bereich des Straßenverkehrs an das EU-Recht angeglichen werden.

[Pressemitteilung der Kommission zur Ukraine](#)

[Pressemitteilung der Kommission zur Republik Moldau](#)

VERKEHRSPOLITIK

Kommission veranstaltet Europäische Mobilitätswoche 2025

Vom 16. - 22.09.2025 hat die Kommission die Europäische Mobilitätswoche gemeinsam mit mehr als 2.500 Städten und Gemeinden in ganz Europa unter dem Motto „Mobilität für alle“ veranstaltet. So hat beispielsweise Fürstenfeldbruck ein Lastenradrennen organisiert und kostenlose Schnupperfahrten mit den MVV-Buslinien am autofreien Sonntag angeboten. Kempten hat für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ein Buseinstiegstraining und eine Probefahrt mit Lastenrädern ermöglicht. München wiederum organisierte für Familien Fahrradkurse und Workshops für die Fahrradreparatur. Zudem veranstalteten in ganz Bayern mehrere Landkreise ÖPNV-Schnuppertage. Die nächste Europäische Mobilitätswoche findet vom 16. - 22.09.2026 statt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission leitet Konsultation zur Datenerhebung zur städtischen Mobilität ein

Bis zum 19.11.2025 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Durchführungsverordnung zur Erhebung von Daten zur städtischen Mobilität auf den Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V) durch. Am 18.07.2024 trat die TEN-V-Verordnung in Kraft. Diese legt fest, dass die EU-Mitgliedstaaten Daten zur städtischen Mobilität für jeden städtischen Knoten in den Bereichen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Zugänglichkeit erfassen und der Kommission übermitteln müssen. Die Durchführungsverordnung soll eine begrenzte Anzahl von Indikatoren festlegen. Die erste Datenübermittlung ist für den 31.12.2027 vorgesehen.

[Konsultation](#)



STRAßENVERKEHR

Kommission schlägt Vereinfachung der Richtlinie über Maut- und Benutzungsgebühren vor

Am 02.10.2025 hat die Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (sog. Eurovignetten-Richtlinie) vorgeschlagen. Diese soll die existierenden Rechtsvorschriften konkretisieren, simplifizieren und präzisieren. Die Richtlinie beruht auf dem Verursacher- und Nutzerprinzip. Bereits mit der letzten Änderung vom März 2022 wurden die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren auf der Grundlage der CO₂-Emissionen von Fahrzeugen ermöglicht. Der Vorschlag wird vom Europäischen Parlament und vom Rat im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens geprüft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinienvorschlag](#)

[Richtlinie 1999/62/EG](#)

BINNENSCHIFFFAHRT

Europäisches Parlament bestätigt Einigung zu Binnenschifffahrtsinformationsdiensten

Am 07.10.2025 hat das Europäische Parlament mit 636 Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen die politische Einigung mit dem Rat vom 26.06.2025 zur Richtlinie über harmonisierte Binnenschifffahrtsinformationsdienste (RIS) bestätigt (EB 07/25). Ziel ist es, die Effizienz der Schifffahrt durch harmonisierte Verkehrs- und Transportinformationen auf allen Binnenwasserstraßen des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) zu steigern. Damit soll die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Binnenwasserstraßen gefördert und die Integration des Sektors in die multimodalen Lieferketten beschleunigt werden. Die Einigung sieht u. a. die Einrichtung einer einzigen Digitalplattform, einheitliche Vorgaben für den Informationsaustausch und die Einführung eines Feedback-Mechanismus zur Bewertung der RIS-Richtlinie vor. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten müssen diese innerhalb von drei Jahren im nationalen Recht umsetzen.

[Legislative Entschließung](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission verleiht den Preis Frauen im Eisenbahnverkehr 2025

Am 02.10.2025 hat die Kommission die Gewinnerinnen für den Preis Frauen im Eisenbahnverkehr 2025 im Rahmen der Eisenbahnsicherheitstage in Krakau (Polen) bekanntgegeben. Zu den Preisträgerinnen in der neuen Kategorie nächste Generation zählen u. a. zwei Mitarbeiterinnen der Deutschen Bahn, *Kerstin Wagner* und *Franciska Manck*, die Mädchen und junge Frauen zu einer Karriere bei der Bahn motivieren. Die Preise in der Kategorie vorbildliche Führung gingen an *Federica Santini* von Trenitalia, in der Kategorie Forschung und



Innovation an *Jeanne-Marie Dalbavie* von der IKOS-Lab-Beratung und in der Kategorie Engagement am Arbeitsplatz an *Diana Binnenpoorte* von ProRail. Der Preis wird seit 2022 jährlich von der Kommission und Verbandspartnern an Frauen vergeben, um ihre Beiträge zu einer inklusiveren und nachhaltigeren Eisenbahnindustrie zu würdigen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

RADVERKEHR

Kommission veröffentlicht ersten Fortschrittsbericht zum europäischen Radverkehr

Am 01.10.2025 hat die Kommission ihren ersten Fortschrittsbericht zur Europäischen Erklärung zum Radverkehr veröffentlicht. Laut der Studie „Cycling counts“ gibt es über 900.000 km Radwege in der EU, die allerdings ungleich zwischen den EU-Mitgliedstaaten verteilt sind. Ein neues Netz nationaler Kontaktstellen für den Radverkehr und die Expertengruppe für urbane Mobilität haben mehr als 270 Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur ermittelt. Von 2021 bis 2027 sind Finanzmittel i.H.v. 4,5 Mrd. € für den Radverkehr vorgesehen, darunter 3,2 Mrd. € aus EU-Mitteln. Dadurch sollen mehr als 12.000 km neue Radwege entstehen. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, die Radeweginfrastruktur weiter auszubauen und Subventionen für Fahrräder, E-Bikes und Lastenräder bereitzustellen. Hierdurch soll auch der Mobilitätsarmut von einkommensschwachen Haushalten entgegengewirkt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fortschrittsbericht](#)

[Europäische Erklärung zum Radverkehr](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

EuG: Rechtmäßigkeit restriktiver Maßnahmen

Am 10.09.2025 verkündete das Gericht der Europäischen Union (EuG) sein Urteil in der Rechtssache T-573/23 „Positive Group PAO“ / Rat.

In seinem Urteil weist das EuG die Klage der Positive Group PAO ab und bestätigt damit die restriktiven Maßnahmen gegen die Klägerin, eine Organisation, die im russischen Informationstechnologiesektor tätig ist und eine von den russischen Inlandsnachrichtendiensten erteilte Lizenz besitzt.

Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Jahr 2022 verhängte die EU eine Reihe restriktiver Maßnahmen gegen Russland. Im Jahr 2023 weitete der Rat die Kriterien für die Anwendung dieser Sanktionen auf Personen und Organisationen aus. So erlaubt ein neues Kriterium (sog. IT-Kriterium), die Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen von Organisationen einzufrieren, die im russischen Informationstechnologiesektor tätig sind und eine vom russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) ausgestellte Lizenz oder eine Lizenz für „Waffen und militärische Ausrüstung“ besitzen.

Auf dieser Grundlage wurde die Positive Group PAO im Juni 2023 in die Liste der von den restriktiven Maßnahmen betroffenen Personen aufgenommen und im September 2023 sowie im März und September 2024 darauf belassen.

Die Positive Group PAO beantragte die Nichtigerklärung ihrer Aufnahme in die Liste und ihres Verbleibs darauf vor dem Gericht. Das EuG wies die Klage ab.

Soweit die Klägerin die Rechtmäßigkeit des IT-Kriteriums in Frage stelle, sei das Gericht der Auffassung, dass dieses Kriterium den Grundsätzen der Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit genüge und im Hinblick auf die mit den restriktiven Maßnahmen verfolgten Ziele nicht offensichtlich unverhältnismäßig sei. Es führte weiter aus, dass das IT-Kriterium die unternehmerische Freiheit nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt.

[Pressemitteilung EuG vom 10.09.2025](#)

[Urteil des EuG vom 10.09.2025](#)

Europäisches Parlament: Annahme der neuen Regelungen zur Pauschalreise-Richtlinie

Am 11.09.2025 haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) mit 535 JA-Stimmen, 36 NEIN-Stimmen und 47 Enthaltungen die neuen Vorschriften zum Vorschlag der Kommission vom 29.11.2023 (COM(2023) 905 final) zur Überarbeitung der Pauschalreise-Richtlinie aus dem Jahr 2015 (Richtlinie (EU) 2015/2302) angenommen.

Die Kommission hatte am 29.11.2023 ihr EU-Mobilitätspaket für verbesserte Rechte für Reisende vorgelegt. Dieses besteht unter anderem aus der Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie (COM(2023)0905).



Sinn und Zweck ist die Aktualisierung der Vorschriften zum Schutz von Reisenden auf der Grundlage von Erkenntnissen aus der COVID-19-Pandemie, unter anderem mit Blick auf Insolvenzen von Reisebüros.

Mit den überarbeiteten Vorschriften sollen die Informations- und Reisestornierungsrechte von Reisenden sowie ihr Recht auf Rückerstattung bereits geleisteter Zahlungen bei Insolvenz des Reiseveranstalters oder aufgrund unvorhergesehener Umstände gestärkt werden.

Der Rat hatte seine Allgemeine Ausrichtung bereits im Dezember 2024 beschlossen.

Die Trilogverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission sollen bereits am 24.09.2025 begonnen haben.

[Pressemitteilung des EP vom 11.09.2025](#)

EuGH: Urteil zum Verbot der Doppelbestrafung

Am 11.09.2025, verkündete der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil in der Rechtssache C-802/23 MISG. Das Urteil geht auf ein Vorabentscheidungsersuchen des spanischen Nationalen Gerichtshofs zurück und betrifft die Auslegung des in der EU-Grundrechtecharta (Art. 50 GRCh) und in den Schengen-Regeln (Art. 54 SDÜ) verankerten Verbots der Doppelbestrafung.

Am 04.09.2019 wurde eine Anführerin der Terrororganisation Euskadi Ta Askatasuna (ETA) in Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls an die spanischen Behörden übergeben. Die Angeklagte soll von Frankreich aus terroristische Sachbeschädigungen, versuchte terroristische Morde sowie Körperverletzungen begangen haben. Sie hat eine Freiheitsstrafe von 30 Jahren zu erwarten. Allerdings verbüßte sie in Frankreich bereits eine Freiheitsstrafe von 20 Jahren.

Der spanische Nationale Gerichtshof stellte in einem Urteil aus dem Jahr 2021 fest, dass eine Doppelbestrafungskonstellation vorliege, da aus seiner Sicht die Ermittlungen in Spanien dieselben Handlungen wie die französischen Urteile betreffen. Dieses Urteil wurde jedoch vom spanischen Obersten Gerichtshof mit Urteil vom 21.03.2023 aufgehoben und an den Nationalen Gerichtshof zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen.

Der EuGH weist darauf hin, dass der Begriff „dieselbe Tat“ nur auf die tatsächliche Handlung abstelle, sodass unterschiedliche rechtliche Qualifizierungen derselben Handlung in zwei verschiedenen Mitgliedstaaten der Anwendung des Verbots der Doppelbestrafung nicht entgegenstehen. Der Begriff „dieselbe Tat“ umfasse jedoch die Taten, die einer Person im Rahmen eines Strafverfahrens wegen terroristischer Handlungen in einem Mitgliedstaat zur Last gelegt werden, wenn diese Person für dieselben Handlungen bereits in einem anderen Mitgliedstaat wegen der Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zur Vorbereitung einer terroristischen Handlung verurteilt wurde.

[Pressemitteilung des EuGH vom 11.09.2025](#)

[Urteil des EuGH vom 11.09.2025](#)



EuGH und EuG: Amtsantritt neuer Mitglieder am Gerichtshof der EU

Am 15.09.2025 fand anlässlich des Amtsantritts neuer Mitglieder des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichts (EuG) sowie der teilweisen Neubesetzung des Gerichts eine feierliche Sitzung am Sitz des EuGH in Luxemburg statt. Zugleich wurden die ehemaligen Mitglieder des Organs verabschiedet.

Mit Beschluss vom 23.07.2025 wurde *Alexander Kornezov* für die Zeit vom 15.09.2025 - 06.10.2030 zum neuen Richter am EuGH ernannt. Mit Beschlüssen vom 02.10.2024, 26.03. und 11.06.2025 verlängerten die Regierungsvertreter der EU-Mitgliedstaaten die Amtszeit von 19 Richtern des EuG auf die Zeit vom 01.09.2025 bis zum 31.08.2031. Mit Beschlüssen vom 26.03. und 11.06.2025 wurden *Tanja Pavelin* sowie *Francesco Bestagno* und *Raffaella Pezzuto* für die Zeit vom 01.09.2025 - 31.08.2031 zu Richtern am EuG ernannt.

[Pressemitteilung des EuGH vom 15.09.2025](#)

EuG: Wiederwahl des Präsidenten und Vizepräsidenten

Am 16.09.2025 wurden nach der teilweisen Neubesetzung des Europäischen Gerichts (EuG) *Marc Van der Woude* als EuG-Präsident sowie *Savvas Papasavvas* als EuG-Vizepräsident für die Zeit vom 16.09.2025 - 31.08.2028 von ihren Richterkollegen wiedergewählt.

Marc van der Woude wurde am 13.09.2010 zum Richter am Gericht ernannt. Seine Richterkollegen wählten ihn am 18.09.2013 zum Kammerpräsidenten und am 20.09.2016 zum Vizepräsidenten. Seit er am 27.09.2019 zum Präsidenten des Gerichts gewählt wurde, übt er dieses Amt aus.

Savvas Papasavvas wurde am 12.05.2004 zum Richter am Gericht ernannt und war für zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten vom 15.09.2010 bis zum 25.09.2016 Kammerpräsident. Er wurde von seinen Richterkollegen am 27.09.2019 zum Vizepräsidenten gewählt und übt dieses Amt seitdem aus.

[Pressemitteilung des EuG vom 16.09.2025](#)

[Pressemitteilung des EuG vom 16.09.2025](#)

EuG: Wahl neuer Richter

Am 17.09.2025 wurden nach der teilweisen Neubesetzung des Europäischen Gerichts (EuG) und der Wahl seines Präsidenten, seines Vizepräsidenten und seiner Kammerpräsidenten, *Maja Brkan* und *José Martín y Pérez de Nanclares* zu Richtern gewählt, die jeweils beim EuG für die Bearbeitung von Vorabentscheidungsersuchen als Generalanwalt tätig werden.

Ihre Amtszeit erstreckt sich vom 17.09.2025 - 31.08.2030.

[Pressemitteilung des EuGH vom 17.09.2025](#)



EuG: Änderung der Beschlüsse zur Kammerbesetzung und weiterer Beschlüsse

Am 22.09.2025 hat das Europäische Gericht (EuG) den Beschluss über die Bildung der Kammern und die Zuweisung der Richter zu den Kammern, den Beschluss über die Zusammensetzung der Großen Kammer und der Zwischenkammer, den Beschluss über die Kriterien für die Zuweisung zu den Kammern und den Beschluss über das Verfahren zur Benennung des Richters, der einen verhinderten Richter ersetzt, geändert.

Für den Zeitraum vom 16.09.2025 bis zum 31.08.2028 besteht das EuG aus zehn Kammern, von denen sieben für Rechtssachen im Bereich des geistigen Eigentums und drei für Rechtssachen im Bereich des öffentlichen Dienstes zuständig sind.

Die beiden für Vorabentscheidungsersuchen zuständigen Kammern gehören zu den sieben Kammern, die für Rechtssachen im Bereich des geistigen Eigentums zuständig sind.

[Pressemitteilung des EuG vom 22.09.2025](#)

TRAN: Annahme der neuen Regelungen zur Revision der Fluggastrechte-Verordnung

Am 13.10.2025 haben die Abgeordneten des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) des Europäischen Parlaments (EP) mit 34 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen und 2 Enthaltungen für die neuen Regelungen im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgeschlagenen Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr gestimmt. Berichterstatter ist *Andrey Novakov* (EVP/BGR).

Im Jahr 2013 legte die Kommission einen Vorschlag für aktualisierte Vorschriften über Fluggastrechte vor, zu dem das EP bereits 2014 Stellung nahm. Die Fortschritte bei der Erzielung einer interinstitutionellen Vereinbarung wurden elf Jahre lang blockiert, bis der Rat im Juni 2025 eine politische Einigung erzielte und damit den Weg für Verhandlungen mit dem EP ebnete.

Die Abgeordneten fordern, dass die derzeitigen Reiserechte beibehalten werden, insbesondere soweit es um die Rechte von Flugreisenden auf Erstattung oder Rückführung von Flügen und Entschädigungen geht, wenn ein Flug mehr als drei Stunden verspätet ist oder annulliert wird oder wenn ihnen das Boarding verweigert wird. Die Abgeordneten haben sich damit ausdrücklich gegen die Position des Rates ausgesprochen, die Frist für die Flugverspätung auf vier oder sechs Stunden zu verlängern. Es soll vielmehr eine dreistündige Frist für die Flugverspätung beibehalten werden, unabhängig von der zurückgelegten Entfernung. Die Entfernung soll nur für die Gesamtentschädigung von Bedeutung sein, die die Passagiere geltend machen könnten (300 bis 600 €). Fluggäste von annullierten Flügen oder Fluggästen, denen das Boarding verweigert wurde, sollten die gleiche Entschädigung erhalten.

Die Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission sollen am 15.10.2025 begonnen haben.

[Pressemitteilung des Ausschusses TRAN vom 13.10.2025](#)



JI-Rat: Treffen der Justizministerinnen und -minister in Luxemburg

Am 13.10.2025 fand in Luxemburg der Rat der EU-Justizministerinnen und -minister in Präsenz statt. Deutschland war ausweislich der Teilnehmerliste durch Dr. *Stefanie Hubig*, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, vertreten.

Die Justizminister- und Justizministerinnen nahmen einen Beschluss an, mit dem die Kommission und die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, ein Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Computerkriminalität zu unterzeichnen. Bei dem Übereinkommen handelt es sich um einen internationalen Vertrag, mit dem gemeinsame Regeln auf globaler Ebene festgelegt werden, um die Zusammenarbeit im Bereich der Cyberkriminalität und den Austausch von Beweismitteln in elektronischer Form zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen oder Verfahren zu verbessern.

Während des Mittagessens der Justizminister und -ministerinnen fand ein Meinungsaustausch mit dem Schwerpunkt der Politischen Teilhabe als Eckpfeiler der Rechtsstaatlichkeit statt. Hintergrund sind die Bedrohungen und Gewalttaten, denen sich Politiker vermehrt ausgesetzt sehen.

Die Justizministerinnen und Justizminister tauschten sich zudem über die Rolle und die Zukunft von Eurojust aus. Die Kommission verwies in diesem Zusammenhang auf den im Juli 2025 vorgelegten Evaluationsbericht, der einerseits die wichtige Rolle von Eurojust bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten betone, andererseits aber auch Verbesserungspotenzial hinsichtlich der Effizienz von Eurojust aufzeige.

Die Kommission erklärte zudem, dass das Impact Assessment für den geplanten Vorschlag zur Vorratsdatenspeicherung bald abgeschlossen werden solle.

Die nächste Tagung des JI-Rates wird am 08./09.12.2025 in Brüssel stattfinden.

[Pressemitteilung des Rates \(JI-Rat\) vom 13.10.2025](#)

[Pressekonferenz des Rates \(JI-Rat\) vom 13.10.2025](#)

EuGH: Blitzeinschlag als außergewöhnlicher Umstand

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 16.10.2025 im Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtsache C-339/25 entschieden, dass ein Blitzeinschlag einen außergewöhnlichen Umstand darstelle und darum die Airline davon befreit sei, dem Passagier eine Entschädigung zu zahlen.

Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung von Art. 5 Abs. 3 der EU Verordnung Nr. 261/2004 über den Ausgleich und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung sowie bei Annullierung oder großer Verspätung.

Am 08.03.2022 wurde ein Flugzeug der Austrian Airlines kurz vor der Landung von einem Blitz getroffen. Der Weiterflug nach Wien verzögerte sich um sieben Stunden wegen einer obligatorischen Sicherheitsüberprüfung. Ein betroffener Fluggast forderte von der Airline eine Ausgleichszahlung in Höhe von 400 €, gemäß der Fluggastrechtsverordnung Nr. 261/2004.



Der EuGH entschied, dass ein Blitzeinschlag in ein Flugzeug einen außergewöhnlichen Umstand darstelle und damit die Airline von Entschädigungszahlungen befreit sei.

Ein solcher Blitzeinschlag stelle ein Ereignis dar, das außerhalb des tatsächlichen Einflussbereichs des Luftfahrtunternehmens läge. Die infolge eines Blitzeinschlags obligatorischen Sicherheitsüberprüfungen seien kein normaler Bestandteil des gewöhnlichen Ablaufs.

Gleichwohl betonte der EuGH, dass das Luftfahrtunternehmen den Nachweis erbringen müsse, alle zumutbaren Maßnahmen ergriffen zu haben, um den Eintritt des außergewöhnlichen Umstands und seine Folge einer erheblichen Verspätung zu vermeiden.

[Pressemitteilung des EuGH vom 16.10.2025](#)

[Urteil des EuGH vom 16.10.2025](#)

EuGH: Haustiere als „Reisegepäck“

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 16.10.2025 in einem Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache C-218/24 entschieden, dass Haustiere als „Reisegepäck“ anzusehen sind und damit auch die für diese geltenden Rechtsvorschriften Anwendung finden.

Die Vorabentscheidung betraf die Auslegung von Art. 17 Abs. 2 und Art. 22 Abs. 2 des Übereinkommens von Montreal (1999) zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr. Dieses ist am 28.06.2004 auch für die EU in Kraft getreten.

Auf einem Flug von Buenos Aires nach Barcelona im Jahr 2019 mit der Fluggesellschaft Iberia wurde der Hund der Passagierin *Felicísima* im Frachtraum mittransportiert. Die Passagierin gab im Vorhinein kein betragsmäßiges Interesse an der Ablieferung am Bestimmungsort an, was indes nach Art. 22 Abs. 2 erforderlich ist, wenn eine höhere Entschädigung als der Höchstbetrag verlangt wird. Nachdem die Hündin entkam und nicht mehr wiedergefunden wurde, erhob die Passagierin vor dem Handelsgericht in Madrid gegen die Airline eine Schadensersatzklage bezüglich ihres immateriellen Verlustes in Höhe von 5.000 €. Die Fluggesellschaft Iberia akzeptierte ihre Haftung und erkannte den Anspruch auf Schadensersatz an, allerdings nur bis zum vorgesehenen Höchstbetrag aus dem Übereinkommen von Montreal (Art. 22 Abs. 2).

In seinem Urteil am 16.10.2025 legte der EuGH das Übereinkommen von Montreal so aus, dass Haustiere nicht vom Begriff „Reisegepäck“ ausgenommen seien. Der Begriff „Reisegepäck“ werde nicht ausdrücklich definiert und umfasse daher alles, was ein Passagier auf seiner Reise mitnehme. Damit decke der vorgesehene Höchstbetrag sowohl den immateriellen als auch den materiellen Schaden ab, sofern kein Interesse an der Ablieferung am Bestimmungsort betragsmäßig angegeben wurde (Art. 22 Abs. 2). Der EuGH sieht zudem keinen Widerspruch in der Vereinbarung zwischen Tierwohlschutz und der Bestimmung von Tieren als „Reisegepäck“, solange ihr Wohlergehen während der Beförderung gewährleistet werde.

[Pressemitteilung des EuGH vom 16.10.2025](#)

[Urteil des EuGH vom 16.10.2025](#)



Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMJ

Die Kommission hat am 21.10.2025 ihr Arbeitsprogramm für das kommende Jahr 2026 vorgestellt. Darin zieht sie ihren Vorschlag für eine Richtlinie über europäische grenzüberschreitende Vereine (COM(2023) 516 final) zurück (vgl. S. 27).

Die in dem Arbeitsprogramm enthaltene Liste enthält anhängige Legislativvorschläge, die die Kommission innerhalb von sechs Monaten zurückziehen will. Im Einklang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung und unter Berücksichtigung des Standpunkts der gesetzgebenden Organe beabsichtigt die Kommission, diejenigen Vorschläge zurückzuziehen, deren Annahme angesichts des Zeitpunkts ihrer finalen Annahme im Gesetzgebungsprozess, des mangelnden Fortschritts im Gesetzgebungsverfahren, des potenziellen Aufwands und der Nichtangleichung an die Prioritäten der Union nicht mehr im Allgemeininteresse liegt.

[Pressemitteilung der Kommission vom 21.10.2025](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Künftige Vorhaben der Kommission zu dem Thema Bildung für 2026

Die Kommission legt in ihrem Arbeitspapier für 2026 einen Fokus auf die Zukunftsfähigkeit der jungen Generation. Kernstück soll dabei das Education Package sein, welches darauf abzielt, Europas Jugend mit den notwendigen Kompetenzen für eine moderne Gesellschaft auszustatten. Dazu gehören die Etablierung eines „European School Alliances and Basic Skills Support Scheme“ zur Stärkung der Grundkompetenzen, ergänzt durch eine „2030 Roadmap zur Gestaltung digitaler Bildung und Fähigkeiten“. Im Rahmen des „Fair labour mobility package“ soll eine Initiative zur Qualifikationsübertragung, sog. „skills mobility“, eingerichtet werden.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler ist der Schutz und die aktive Teilhabe junger Menschen, die unmittelbar ihre Lebensrealität und den Zugang zu Bildung beeinflussen. Geplant sind ein „Action plan against cyberbullying“ zur Schaffung sicherer Online-Umgebungen, sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken von Social Media und übermäßiger Bildschirmzeit für die psychische Gesundheit. Ergänzt werden soll das durch die Verstärkung der sog. „Child Guarantee“ zur Bekämpfung von Kinderarmut und die aktualisierte „Strategy for the rights of persons with disabilities“ zur Förderung von Inklusion.

[Downloads der Arbeitsdokumente der Kommission](#)

Europäisches Parlament: Kommission stellt Zwischenbericht zu ERASMUS+ sowie Nachfolgeprogramm für 2028 - 2034 vor

Die Kommission hat in einer Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses (CULT) des Europäischen Parlaments (EP) am 24.09.2025 den Zwischenbericht für den laufenden Zeitraum von „ERASMUS+“ vorgestellt und den Verordnungsvorschlag für die nachfolgende Version des Programms für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 präsentiert.

Nach Schilderung der Kommission unterstützte das Programm „ERASMUS+“ in der ersten Hälfte der Programmlaufzeit 2021 - 2027 mit seinem Budget von 26,2 Mrd. € über 4,2 Mio. Studenten bei Auslandsaufenthalten innerhalb Europas. Nachträgliche Untersuchungen bestätigten den erheblichen positiven Effekt auf die Bildung der Lernenden und die Förderung einer europäischen Identität. Die Verwaltung des Programms wird laut Kommission als sehr effizient beschrieben und Maßnahmen zum Bürokratieabbau seien gut aufgenommen worden.

Für den kommenden MFR 2028 - 2034 sollen die Programmmittel inflationsbereinigt um 30 % auf 40,82 Mrd. € aufwachsen. Für eine bessere Effizienz in der Verwaltung ist außerdem eine Fusionierung mit dem Europäischen Solidaritätskorps und die Nutzung von Co-Finanzierungsmöglichkeiten mit dem Forschungsförderprogramm „Horizont Europa“ vorgesehen. Die Kommission zielt darauf ab, im kommenden Programmzeitraum noch stärker sozial schwächere Teilnehmende, informelle Bildung, ehrenamtliches Engagement und



europäische Schulbildung zu fördern. Auch sollen Programmmittel künftig stärker flexibilisiert werden, um spontan auf globale Notlagen wie die Corona-Krise oder den Ukraine-Krieg reagieren zu können.

[Sitzungsaufzeichnung des Kulturausschusses](#)

[ERASMUS+-Report 2021 - 2023](#)

[Kommissionsvorschlag ERASMUS+ 2028 - 2034](#)

Viele EU-Regionen erreichen 2030-Ziel für Hochschulbildung schon jetzt

Aktuell werden im Bildungsausschuss des Rats die aus der Ratsentschließung von 2021 zur Errichtung eines gemeinsamen, europäischen Bildungsraums bis 2030 hervorgehenden Zielzahlen überprüft. Hierzu gehören unter anderem zu erreichende Werte in grundlegenden Kompetenzen wie Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften, sowie zu unterbietende Benchmarks bei vorzeitigen Schulabgängen.

Zu einem bestimmten Wert bezüglich des tertiären Bildungssektors hat Eurostat am 06.10.2025 aktuelle Zahlen vorgelegt. Laut dem Bericht haben bereits 35 % der Regionen in der EU das Ziel für 2030 erreicht, wonach mindestens 45 % der Personen im Alter von 25 - 34 Jahren einen Hochschulabschluss haben sollen. Im Jahr 2024 lag der europäische Durchschnittswert bei 44,2 %, der deutsche Durchschnitt bei 39,9 % – der bayerische Durchschnitt liegt mit 43,8 % leicht darüber. Die im Rahmen der Entschließung des Rates zum Strategischen Rahmen für einen gemeinsamen Europäischen Bildungsraum (2021) gesetzte Zielvorgabe von 45 % wurde von insgesamt 84 der 242 untersuchten Regionen erreicht oder übertroffen. Zu diesen Regionen zählen die Hauptstadtregionen mehrerer Mitgliedstaaten sowie bedeutende Wirtschafts- und Universitätszentren. In Deutschland haben z. B. die Regionen Oberbayern (52,3 %) und Tübingen (46,3 %) sowie die Stadtstaaten Berlin (54,0 %) und Hamburg (47,8 %) die Zielvorgabe erreicht bzw. übertroffen. Beispiele in anderen europäischen Ländern umfassen bestimmte Gebiete Spaniens, Utrecht und Groningen (Niederlande), Wallonisch-Brabant (Belgien), Midi-Pyrénées (Frankreich) sowie die Mitgliedstaaten Zypern und Luxemburg.

Im Gegensatz dazu liegt der Anteil der Hochschulabsolvierenden der entsprechenden Altersgruppe in einigen Regionen bei weniger als 26,5 %. Diese Regionen liegen vor allem in Rumänien, Ungarn und Italien, betreffen aber auch Gebiete wie Korsika und Französisch-Guayana. In der Regel handelt es sich bei diesen Gebieten um ländliche oder abgelegene Regionen mit einer starken Prägung durch die Landwirtschaft, in denen die berufliche Bildung eher im Vordergrund steht. In Deutschland weisen die Regionen Chemnitz (28,1 %), Niederbayern (29,8 %) und Sachsen-Anhalt (30,3 %) die niedrigsten Werte auf.

Die aktuellen Eurostat-Daten zur Hochschulbildung bieten einen ersten Einblick in die zu überprüfenden Zielzahlen für den europäischen Bildungsraum bis 2030. Sie zeigen, dass neben Fortschritten in den Bildungsniveaus auch regionale Ungleichgewichte bestehen.

[Weitere Informationen zu den Daten](#)

[Direkter Link zur Ratsentschließung aus dem Jahr 2021](#)



EU-Preis für innovativen Unterricht 2025: Zwei Auszeichnungen für Bayern

Am 15.09.2025 gab die Kommission die Gewinnerinnen und Gewinner der Europäischen Preise für innovativen Unterricht 2025 bekannt. Insgesamt wurden 117 Lehrkräfte und Schulen in mehr als 30 Ländern innerhalb und außerhalb der EU für ihre im Rahmen von Erasmus+ geförderten Projekte ausgezeichnet.

Unter den Preistragenden befinden sich auch zwei bayerische Einrichtungen: das Netzwerk Gebärdensprache, Erwachsenenbildung und Soziale Teilhabe e. V. in Ingolstadt und die Volkshochschule im Landkreis Cham e. V.

Mit diesen Preisen werden Pädagoginnen und Pädagogen gewürdigt, die innovative, interaktive und inklusive Lehr- und Lernansätze einsetzen und damit den Weg für eine bessere Zukunft für die kommenden Generationen ebnen. Die ausgezeichneten Projekte werden am 08./09.12.2025 bei der hybriden Veranstaltung „European Innovative Teaching Award 2025“ in Brüssel vorgestellt.

[Weiterführende Informationen zum Europäischen Preis für innovative Lehre 2025](#)

[Projekt „SPACE - Senioren erleben ein gemeinsames Europa“ der Volkshochschule im Landkreis Cham e. V.](#)

[Projekt „Politische Bildung und Stärkung gehörloser Bürger“ des Netzwerks Gebärdensprache,](#)

[Erwachsenenbildung und soziale Teilhabe e. V.](#)

Europäische Bildungsministerinnen und -minister beraten über die Zukunft der beruflichen Bildung

Die europäischen Bildungsministerinnen und -minister trafen sich unter der dänischen EU-Ratspräsidentschaft zu einem informellen Treffen am 11./12.09.2025 in Herning (DNK). Deutschland wurde dabei durch die Bundesministerin für Bildung und Familie, *Karin Prien*, vertreten. Ziel des Treffens war es, angesichts der raschen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die Attraktivität und Qualität der beruflichen Bildung zu verbessern. Am Ende der Beratungen verabschiedeten die Ministerinnen und Minister die „Erklärung von Herning“.

In seiner Eröffnungsrede betonte der dänische Bildungsminister *Mathias Tesfaye* die zentrale Bedeutung der beruflichen Bildung für wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, soziale Inklusion und Wettbewerbsfähigkeit. Er hob hervor, dass sich Lehrkräfte angesichts des digitalen und ökologischen Wandels kontinuierlich anpassen müssen. Hinsichtlich der Mobilität von Auszubildenden wies der dänische Minister darauf hin, dass im Vergleich zu Studierenden bislang wenige Berufsschülerinnen und -schüler die Möglichkeit nutzen, Teile ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Ziel sei es, diese Zahl zu verdoppeln.

Auch *Roxana Mînzatu*, Exekutivizepräsidentin für soziale Rechte und Qualifikationen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge der Kommission, unterzeichnete die Herning-Erklärung. Diese Erklärung sei ein erster Schritt hin zu einer europäischen Strategie für die berufliche Bildung, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden, Karrierewege attraktiver und (insbesondere für Frauen) integrativer machen soll. Auch neue Ziele für wissenschaftliche und technische Kompetenzen wurden festgelegt. Die neue Strategie soll in der ersten Jahreshälfte 2026 vorgestellt werden.



Sie betonte zudem, dass die Kommission vorgeschlagen habe, ihr Praktikumsprogramm „Blue Book“ ab dem nächsten Jahr für Absolvierende der beruflichen Bildung zu öffnen und das Erasmus+-Budget um 50 %, auf 41 Mrd. €, zu erhöhen, um mehr jungen Menschen den Zugang zu Mobilitätserfahrungen zu ermöglichen.

Im Rahmen des Treffens tauschte sich *Minzatu* auch mit jungen Fachkräften aus, die am „EuroSkills“-Wettbewerb teilnehmen. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz unterstrich sie die Bedeutung der Förderung und Umgestaltung der beruflichen Bildung für die Zukunft Europas.

Europäische Kommission stellt neue LGBTIQ+-Strategie 2026 - 2030 vor

Hadja Lahbib (BEL), Kommissarin für Gleichstellung, humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, präsentierte am 08. Oktober 2025 die neue LGBTIQ+-Strategie der Kommission für den Zeitraum 2026 - 2030. Diese baut auf der Vorgängerstrategie von 2020 - 2025 auf und setzt deren Ziel fort, die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von LGBTIQ+-Personen in allen Lebensbereichen zu fördern. Die Strategie umfasst drei Schwerpunkte: Schutz, Stärkung und Engagement und beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, die rechtliche, gesellschaftliche und strukturelle Verbesserungen anstreben. Einige Maßnahmen betreffen direkt oder indirekt auch den Bildungssektor.

Im Bereich Schutz liegt der Fokus auf der Bekämpfung von Diskriminierung, Hassverbrechen und Gewalt. Geplant sind eine Studie zu sogenannten Konversionstherapien, eine Initiative zur Harmonisierung von Hassverbrechensdefinitionen sowie ein europäischer „Knowledge Hub“ zu illegaler Online-Hassrede. Ein bis 2026 vorgesehener Aktionsplan gegen Cybermobbing richtet sich besonders auf digitale Gewalt gegen junge Mitglieder der LGBTIQ+-Community. Die Empfehlung zu integrierten Kinderschutzsystemen (2024) stärkt den Schutz aller Kinder.

Die Ziele im Bereich Stärkung liegen in einer gleichwertigen Teilhabe aller und dem Abbau struktureller Benachteiligungen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Förderung inklusiver Lernumgebungen ab dem frühen Kindesalter, sowie der Austausch bewährter Verfahren zu sicherer und diskriminierungsfreier Bildung im Rahmen des Europäischen Bildungsraums. Über die EU-Jugend-Stakeholder-Gruppe und Programme wie Erasmus+ (und den Europäischen Solidaritätskorps) sollen Inklusion und Gleichstellung in der Bildung, sowie der Ausbildung und in Jugend und Sport gestärkt werden. Weitere Initiativen betreffen die psychische Gesundheit, die Anerkennung von Elternschaft in Regenbogenfamilien sowie eine bis 2030 geplante Roadmap zu digitaler Bildung, die unter anderem einen europäischen Rahmen für KI-Kompetenzen vorsieht. Das Programm „New European Bauhaus“ soll zudem durch inklusives Design sichere und vielfältige Lern- und Lebensräume fördern.

Im Bereich Engagement betont die Kommission die stärkere Einbindung von Zivilgesellschaft, Jugend und Mitgliedstaaten. Die neue EU-Zivilgesellschaftsstrategie und das AgoraEU-Programm (2028 - 2034) sollen Gleichstellungsorganisationen fördern. Über den EU-Jugenddialog und die Kinderbeteiligungsplattform werden junge Menschen in politische Entscheidungsprozesse einbezogen.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 09/2025 vom 29.10.2025



Die Kommission plant, die Umsetzung der Strategie regelmäßig zu überprüfen und eine Zwischenbilanz im Jahr 2028 vorzulegen.

[Link zur LGBTQ+-Strategie der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

HOCHSCHULEN/FORSCHUNG

EU-Forschungsministerinnen und -minister beraten zu Start-Ups, Biowissenschaften und Dual-Use

In ihrer informellen Ratssitzung in Brüssel am 29./30.09.2025 haben die EU-Forschungsministerinnen und -minister Stellung zu einer Vielzahl forschungsstrategischer Themen bezogen, darunter in den Bereichen Start-Ups, Biowissenschaften und Dual-Use (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi zum Wettbewerbsfähigkeitsrat in diesem EB).

So sprach sich der Rat mehrheitlich dafür aus, Dual-Use-Projekte (mit ziviler und militärischer Anwendung) in das Forschungsförderprogramm Horizont Europa aufzunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der EU zu stärken. Hierbei gelte es allerdings strenge Vorschriften zu Transparenz, Schutz sensibler Daten und dem besonderen Umgang mit assoziierten Drittstaaten einzuhalten.

Gleichzeitig verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zur Stärkung der Forschung für Start-ups und Scale-ups. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Unternehmen zu fördern, Bürokratie abzubauen, Finanzierungslücken zu schließen und Forschungsinfrastrukturen besser zu nutzen. So soll es europäischen Unternehmen künftig besser gelingen, Ergebnisse der Grundlagenforschung in wettbewerbsfähige Produkte und Unternehmen zu skalieren.

Darüber hinaus möchte der Rat die EU zum führenden Markt für Biowissenschaften („Life Sciences“) ausbauen. Mit einem Fokus auf die gesamte Wertschöpfungskette sollen bis 2030 verstärkt Forschung betrieben, innovative Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) integriert und die bürokratischen Hürden gesenkt werden, um die Attraktivität der EU als Standort zu erhöhen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kommission legt Strategie zur Künstlichen Intelligenz in der Wissenschaft vor

Die Kommission hat am 08.10.2025 ihre Strategie zur Künstlichen Intelligenz (KI) in der Wissenschaft vorgelegt. Die sogenannte „AI in Science Strategy“ soll die EU als zentrale Drehscheibe für KI-gesteuerte wissenschaftliche Innovation etablieren.

Im Mittelpunkt der Strategie steht das virtuelle europäische Institut RAISE (Resource for AI Science in Europe), welches strategische Ressourcen (Finanzierung, Rechenleistung, Daten, Talente) bündeln und zwei Hauptsäulen koordinieren soll: Science for AI (Grundlagenforschung zur Weiterentwicklung von KI-Fähigkeiten) und AI in Science (Förderung der Nutzung von KI in wissenschaftlichen Disziplinen). Konkrete Maßnahmen umfassen die Gewinnung von wissenschaftlichen Talenten sowie die Verbesserung des Zugangs zu Rechenleistung speziell für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Für Letzteres sind 600 Mio. € aus dem



EU Forschungsförderprogramm Horizont Europa vorgesehen. Insgesamt sollen die jährlichen Investitionen aus diesem Programm in KI auf über 3 Mrd. € verdoppelt werden.

Die „AI in Science Strategy“ steht im Zusammenhang mit der am selben Tag veröffentlichten „Apply AI Strategy“ (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB). Beide Strategien knüpfen an den „AI Continent Action Plan“ vom April 2025 an, dessen Ziel es ist, Europa mittelfristig zum Technologieführer im KI-Bereich zu machen. Am 03./04.11.2025 soll hierauf aufbauend ein „AI in Science“-Gipfel in Kopenhagen stattfinden, auf dem die Strategie offiziell vorgestellt werden soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[AI in Science Strategy](#)

Kommission legt Europäische Strategie für Forschungs- und Technologieinfrastrukturen vor

Am 15.09.2025 hat die Kommission die Europäische Strategie für Forschungs- und Technologieinfrastrukturen veröffentlicht. Diese verfolgt das Ziel, Europas Position als globaler Spitzenstandort für Wissenschaft, Innovation und Hochtechnologie zu sichern sowie den Ausbau des Europäischen Forschungsraums zu unterstützen.

Die Strategie reagiert dabei auf die Herausforderungen der Fragmentierung von Forschungspolitik in den Mitgliedstaaten, insbesondere für KMU und Start-Ups, Finanzierungslücken bzw. Investitionsbedarf in Schlüsselbereichen, Digitalisierungsdefizite sowie den Mangel an Fachkräften. Das Papier sieht u.a. die bessere Auslastung und Ausrichtung der Infrastrukturen an Nutzerbedürfnisse, die Vereinfachung des Zugangs zu Künstlicher Intelligenz (KI) und Rechnerinfrastruktur, eine gezieltere Talentförderung durch attraktive Karrierewege sowie Bürokratieabbau in der Forschungsfördergesetzgebung vor. Konkret sind bis 2030 die Entwicklung gemeinsamer Kriterien für Technologieinfrastrukturen von europäischem Interesse sowie bis 2026 die Ausarbeitung von Investitions-Roadmaps für zentrale Bereiche wie KI, Quanten und saubere Energie vorgesehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

European Research and Innovation Days 2025: Europa stark in der Grundlagenforschung, schwach in der Skalierung

Am 16./17.09.2025 veranstaltete die Kommission die European Research and Innovation Days in Brüssel. Bei über 20 Veranstaltungen und Netzwerktreffen wurden die Prioritäten und Leitlinien der europäischen Forschungspolitik für die kommenden Jahre von Mitgliedern der Kommission, Unternehmen sowie Forscherinnen und Forschern erörtert. Im Mittelpunkt stand die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, die Verbesserung der Start-Up-Förderung und die Nutzung von Forschungsergebnissen im Dual-Use-Bereich.



Als Forschungsschwerpunkte wurden u.a. Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologien, Clean Tech und Verteidigungstechnologien identifiziert. Es herrschte breiter Konsens darüber, dass Europa als Start-Up-Inkubator funktioniere, jedoch erhebliche Schwierigkeiten habe, Forschungsergebnisse zur Marktreife zu bringen und innovative Unternehmen im Binnenmarkt zu halten. Um diese Herausforderungen zu meistern, müsse private und öffentliche Wagniskapitalfinanzierung massiv ausgebaut werden. Neben der Forderung nach einem „One-Stop-Shop“ als zentrale Anlaufstelle für die Förderung und Unterstützung von Start-Ups wurde auch die geplante EU-Verordnung für den Europäischen Forschungsraum als entscheidend für dessen Weiterentwicklung hervorgehoben.

Angesichts der angespannten Sicherheitslage müsse zudem stärker auf die Förderung von Dual-Use-Technologien und öffentlich-privaten Partnerschaften gesetzt werden. Durch mehr Wettbewerb und unabhängigere Programmmanager in den nationalen Innovationsagenturen sollen sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich Sprunginnovationen ermöglicht werden.

[Aufzeichnung der Research and Innovation Days 2025](#)

TUM und LMU bundes- und europaweit Spitzenreiter in neuem Universitäts-Ranking

Im jährlich veröffentlichten Times Higher Education (THE) World University Ranking 2026 belegen bayerische Universitäten erneut Spitzenplätze sowohl im bundesweiten als auch internationalen Vergleich.

Innerhalb Deutschlands erzielte die Technische Universität München (TUM) Platz 1, die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) Platz 2. Darüber hinaus konnte die TUM auch ihren Titel als beste Universität in der EU verteidigen. Weltweit erreicht sie Platz 27. Die LMU verbesserte sich im Vergleich zum letzten Ranking um vier Plätze und belegt nun weltweit Platz 34. Unterstrichen wird die positive Entwicklung auch durch das gute Abschneiden weiterer bayerischer Universitäten. So fanden sich sowohl die Julius-Maximilians-Universität Würzburg (JMU) als auch die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) unter den 300 besten weltweit. Dabei konnten die bayerischen Universitäten sowohl in der Lehre als auch in der Forschung punkten.

Das aktuelle Ranking des Hochschul-Magazins THE umfasst rund 2.200 Universitäten aus 115 Ländern und Regionen. Das Ranking bewertet forschungsintensive Universitäten anhand von 18 Kriterien in den fünf Hauptbereichen Lehre, Forschungsumfeld, Forschungsqualität, Engagement in der Industrie und Internationalität. Es gilt damit als eines der größten und wichtigsten Rankings weltweit.

[Times Higher Education \(THE\) World University Ranking 2026](#)

KULTUR

Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramm 2026 für Kreatives Europa

Die Kommission hat am 29.09.2025 das Arbeitsprogramm 2026 für das Medien- und Kulturförderprogramm Kreatives Europa vorgelegt und erste Ausschreibungen auf dem EU Funding & Tenders Portal veröffentlicht.



Die Förderschwerpunkte des Programms liegen im kommenden Jahr insbesondere auf dem Schutz der Demokratie, der Stärkung gesellschaftlicher Resilienz, der Bewahrung von Werten und der Sicherung der Rechtsstaatlichkeit. Damit reagiert die Kommission auf das von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* vorgestellte Medien-Resilienz-Programm. Kreatives Europa soll daneben weiterhin zu anderen übergeordneten Zielen der EU beitragen, indem es die ökologische und digitale Transformation, Inklusion, Geschlechtergleichheit sowie die Rolle der Kultur in den internationalen Beziehungen der EU unterstützt. Auch die Unterstützung von Journalismuspartnerschaften soll fortgesetzt werden.

Das Programm Kreatives Europa verfügt für 2026 über ein Budget von 380 Mio. €, um die kulturelle Vielfalt zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Kultur- und Kreativsektors zu stärken. Im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für 2028 - 2034 laufen aktuell bereits die Beratungen zum Nachfolgeprogramm AgoraEU (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU Funding & Tenders Portal](#)

Europäisches Parlament: Kommission stellt Zwischenbericht zu Kreatives Europa sowie Nachfolgeprogramm AgoraEU vor

Die Kommission hat in einer Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses (CULT) des Europäischen Parlaments am 25.09.2025 den Zwischenbericht für das laufende Kulturförderprogramm Kreatives Europa vorgestellt sowie den Verordnungsvorschlag für das Nachfolgeprogramm AgoraEU präsentiert.

Nach Schilderung der Kommission konnte Kreatives Europa in der ersten Hälfte der Programmlaufzeit 2021 - 2027 mit seinem Budget von 2,44 Mrd. € bereits über 1.100 Projekte und hierdurch 7.500 Aktivitäten in den Bereichen Medien, Kultur und Cross-Sector unterstützen. Zusätzlich wurden private Bürgschaften in Höhe von 200 Mio. € mobilisiert. Die Verwaltungskosten des Programms konnten dabei von 8 % auf 7 % gesenkt werden. 14 Drittstaaten nehmen am aktuellen Programm gegen einen Beitrag zum Programmhaushalt bei.

Das neue Programm AgoraEU ist Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2028 - 2034 und soll dem Programm Kreatives Europa nachfolgen (EB 08/25). Der im neuen Programm enthaltene, gleichnamige Strang „Kreatives Europa“ soll sich künftig auf Kulturförderung im engeren Sinne beschränken und ein Budget von 1,8 Mrd. € erhalten. Der Fokus liegt dabei auf künstlerischer Freiheit und dem Umgang mit neuen Entwicklungen wie Künstlicher Intelligenz (KI). Der Strang „MEDIA+“ ist mit 2,3 Mrd. € budgetiert und soll auch Nachrichtenmedien unterstützen. Ein weiterer Strang namens CERV+ zielt im Einklang mit dem von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* angekündigten Medien-Resilienz-Programm darauf ab, die Grundrechte der Gleichheit und Nichtdiskriminierung zu stärken und Bürgerbeteiligung zu unterstützen.

[Sitzungsaufzeichnung des Kulturausschusses](#)

[Kreatives Europa Programmbericht](#)

[Kommissionsvorschlag AgoraEU](#)



Kulturhauptstädte Europas: Programmstudie bestätigt langfristigen positiven Effekt auf Kulturpolitik

Am 02.10.2025 hat die Kommission ihren ersten Zwischenbericht zum Programm Kulturhauptstädte Europas für den Zeitraum 2020 - 2033 veröffentlicht. Der auf einer externen Studie basierende Report bestätigt, dass die positiven Auswirkungen der Initiative weit über den Projektzeitraum hinausreichen und die Transformation im Sinne europäischer Werte nachhaltig stärken.

So wuchsen lokale Kulturetats nach der Durchführung der Initiative im Schnitt um das Fünffache und begünstigten die Förderung kultureller Ökosysteme, städtischer Erneuerung und lokaler Talente. Zusätzlich steigerte der Titel die internationale Anziehungskraft, was sich in einem Besucherzuwachs von durchschnittlich 30 – 40 % niederschlug, wobei fast jeder dritte Gast aus dem Ausland stammte. Auch aus finanzieller Sicht ist die Initiative kosteneffizient: Einer relativ geringen EU-Finanzierung (ca. 3 - 5 Mio. €) steht eine erhebliche Mobilisierung öffentlicher und privater Mittel von nahezu 900 Mio. € gegenüber.

Das Kulturhauptstadt-Programm ist eine Initiative der EU, die seit 1985 jährlich eine oder mehrere europäische Städte auszeichnet. Das Hauptziel besteht darin, den Reichtum und die Vielfalt der europäischen Kulturen hervorzuheben und das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger zu einem gemeinsamen Kulturraum zu stärken. Die ausgewählten Städte organisieren hierzu über ein Jahr hinweg eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen mit starker paneuropäischer Dimension, die als Katalysator für langfristige städtische Regeneration, wirtschaftliche Entwicklung und die Stärkung des internationalen Profils der jeweiligen Stadt wirken sollen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zwischenbericht der Kommission zum Kulturhauptstadt-Programm](#)

Aufstockung von EU-Hilfen für den ukrainischen Kultur- und Kreativsektor

Die EU hat ihre Unterstützung für den Kultur- und Kreativsektor der Ukraine signifikant erhöht. Durch eine Aufstockung der Mittel im Rahmen des Programms Kreatives Europa steigt die Gesamtförderung für die Jahre 2024 - 2025 von ursprünglich 5 Mio. € auf nunmehr 7 Mio. €. Ziel ist es, die Resilienz zu stärken und den Wiederaufbau des Sektors angesichts des russischen Angriffskriegs zu unterstützen.

Die erweiterte finanzielle Unterstützung wurde von dem Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport *Glenn Micallef* auf einer Wiederaufbau-Konferenz für das kulturelle Erbe in der Ukraine angekündigt. Die neuen Mittel aus dem Programm Kreatives Europa dienen dazu, ukrainische Kultur- und Kreativorganisationen, Fachleute sowie Künstlerinnen und Künstler zu fördern. Die Finanzierung unterstützt dabei die Bewahrung des kulturellen Erbes und die Durchführung künstlerischer Darbietungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Ukraine. *Micallef* betonte, dass Kultur in Kriegszeiten eine vitale Rolle bei der Bewahrung der Einheit und dem Aufbau von Widerstandsfähigkeit spiele, weshalb die EU ihre finanzielle Hilfe aufgestockt habe.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Weltkulturkonferenz Mondiacult 2025 stellt Weichen für globale Kulturpolitik

In der Absichts- und Abschlusserklärung der Weltkulturkonferenz Mondiacult 2025 haben Politik und Kulturschaffende die zentrale Rolle des Kultursektors für den globalen Frieden und die Entwicklungspolitik betont und vor den disruptiven Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz (KI) für den Sektor gewarnt.

Die Erklärung wurde von über 100 Ministerinnen und Ministern verabschiedet und fordert primär die Integration von Kultur als eigenständiges Ziel in die neue UN-Entwicklungsagenda nach 2030. Die Delegationen waren sich daneben einig, dass dem Schutz des Kreativsektors – insbesondere hinsichtlich der digitalen Ausbeutung durch KI – höchste Priorität zukomme. Zudem nutzte die UNESCO die Gelegenheit, um den ersten weltweiten Bericht zur Kulturpolitik zu veröffentlichen und betonte ihre Ambition, das eklatante Investitionsgefälle zwischen Nord und Süd im Kultursektor zu korrigieren. Für Deutschland nahm an den Verhandlungen *Serap Güler*, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, für die Kommission *Glenn Micallef*, Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, teil.

Das Gipfeltreffen fand vom 29.09. - 01.10.2025 in Barcelona statt und versammelte über 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt, um die globale Achse der Kulturpolitik neu auszurichten. Die Mondiacult gilt als die größte Konferenz zu Kulturfragen und dient dazu, die Rolle der Kultur bei der Förderung von Frieden, Resilienz und sozialem Zusammenhalt zu stärken. 2026 soll die Konferenz in Riad, Saudi-Arabien, stattfinden.

[Abschlusserklärung Mondiacult 2025](#)

[UNESCO-Bericht zur Kulturpolitik](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Euro-Gruppe am 19.09.2025: u. a. digitaler Euro

Am 19.09.2025 trafen sich die EU-Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone in Kopenhagen im Rahmen der Euro-Gruppe. Im inklusiven Format der Euro-Gruppe wurden sie zunächst über den aktuellen Stand der Verhandlungen im Rat zum digitalen Euro informiert. Die Minister einigten sich auf die politischen Leitlinien für den institutionellen Rahmen für einen digitalen Euro. Danach nahmen sie das vom Präsidenten der Euro-Gruppe, *Paschal Donohoe*, vorgestellte Arbeitsprogramm bis Juni 2026 an, das u. a. folgende Themenschwerpunkte enthält: fiskal- und wirtschaftspolitische Koordinierung, digitaler Euro, vertiefte und wettbewerbsfähigere Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Minister bewerteten zudem die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen und Aussichten. MdEP *Aurore Lalucq*, die Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, war zu Gast und tauschte sich mit den Mitgliedern der Euro-Gruppe über die aktuelle Lage aus.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 19.09.2025](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 19.09.2025](#)

Euro-Gruppe am 09.10.2025: u. a. Stablecoins

Am 09.10.2025 fand eine Sitzung der Euro-Gruppe statt. Mit Blick auf die Herbsttagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington (13.-18.10.2025) führten die EU-Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone einen Gedankenaustausch über die Entwicklung der Wechselkurse. Ein Schwerpunkt war die Aufwertung des Euro in der ersten Jahreshälfte 2025 gegenüber dem US-Dollar und deren mögliche Auswirkungen.

Im inklusiven Format tauschten sich die Minister zur Kapitalmarktunion aus. Grundlage war der Bericht des Ausschusses für Finanzdienstleistungen (Financial Services Committee - FSC) über nationale Initiativen und Erfahrungen, insbesondere in den Bereichen Altersvorsorge, finanzielle Bildung und Investment- bzw. Sparprodukte. Drei Mitgliedstaaten stellten konkrete Initiativen vor: Irland zur Mobilisierung von Altersvorsorgegeldern für Investitionen, Kroatien zur Konsolidierung von Marktinfrastrukturen und Portugal zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen durch Mentoring und Training bei der Kapitalbeschaffung. Im Anschluss befasste sich die Euro-Gruppe mit den aktuellen Entwicklungen am internationalen Stablecoin-Markt. Der Schwerpunkt lag auf der Entwicklung des europäischen Kryptomarkts, auch mit Blick auf die bestehenden Regulierungen innerhalb und außerhalb der EU.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 09.10.2025](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 09.10.2025](#)



ECOFIN am 10.10.2025: u. a. Besteuerung von Tabakwaren und neue Eigenmittel

Am 10.10.2025 fand ein Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister im Rahmen des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter Vorsitz der dänischen Wirtschaftsministerin *Stephanie Lose* statt.

Die Minister befassten sich mit der Richtlinie zu den Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und verwandte Erzeugnisse. Die dänische EU-Ratspräsidentschaft betonte die Bedeutung der Tabaksteuer sowohl für die EU-Einnahmen als auch für die öffentliche Gesundheit. Die meisten Mitgliedstaaten äußerten eine breite Unterstützung für die Revision der Richtlinie (u. a. Deutschland, Schweden, Polen, Italien, Niederlande, Spanien, Frankreich, Irland, Belgien, Österreich). Des Weiteren stellte die Kommission ihren Vorschlag für einen neuen Eigenmittelbeschluss vor. Sie betonte die Notwendigkeit, gleichzeitig in Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung zu investieren, während die Schulden aus NextGenerationEU zurückgezahlt werden müssen. Insgesamt sollen über 65 Mrd. € generiert werden, um die Beiträge der Mitgliedstaaten stabil zu halten und den Druck auf nationale Haushalte zu verringern. Einige Mitgliedstaaten (Irland, Schweden, Litauen, Niederlande, Ungarn) äußerten sich ablehnend, besonders gegenüber der geplanten Abgabe für Unternehmen (Corporate Resource for Europe-CORE). Finanzminister *Klingbeil* betonte, dass die geplante CORE-Abgabe kritisch sei, da sie die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen beeinträchtigen könnte. Eine reine Umschichtung nationaler Mittel in den EU-Haushalt sei abzulehnen. Deutschland fordere eine gerechte Lastenverteilung und eine Überprüfung der Höhe des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens („zu hoch“).

Die Minister nahmen zudem die Empfehlung des Rates zur Billigung des nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans Deutschlands und zur Ermächtigung Deutschlands, von der Obergrenze für das Nettoausgabenwachstum abzuweichen, an. Der Rat bestätigte außerdem die EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke ohne Änderungen, billigte Schlussfolgerungen zu steuerlichen Anreizen im Rahmen des EU-Deals für eine saubere Industrie sowie nahm Beschlüsse über die Unterzeichnung von Änderungsprotokollen zu den Abkommen zwischen der EU und der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten bei internationalen Sachverhalten an.

Darüber hinaus führten die Minister Gedankenaustausche über die Empfehlung zu einem Konzept für Spar- und Anlagekonten vom 30.09.2025, Vereinfachung Bessere Rechtsetzung, die wirtschaftlichen und finanziellen Folge der Aggression Russlands gegen die Ukraine und das Europäische Semester.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung des ECOFIN-Rates am 10.10.2025](#)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH

Die Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2026 vorgestellt. Es trägt den Titel „Der Moment der Unabhängigkeit Europas“ und enthält eine Reihe von Maßnahmen, die zum Aufbau eines souveräneren und unabhängigeren Europas beitragen sollen.

Für das StMFH sind insbesondere folgende Initiativen von Interesse:



- Omnibuspaket im Bereich Besteuerung (Q2 2026);
- Vorschläge für das 28. Regime (Q1 2026);
- EU-Innovations-Gesetz (Q1 2026);
- Beschaffungsvereinfachungen im Bereich Verteidigung (Q3 2026);
- Digitalisierung des Rückgabeprozesses (Q3 2026);
- Paket für eine gerechte Mobilität der Arbeitskräfte (Q3 2026).

Darüber hinaus plant die Kommission Evaluierungen der Whistleblower-Richtlinie (Q4 2026) sowie der Richtlinie über die Rechte von Aktionären (Q4 2026) und hat eine Reihe ihrer eigenen Regulierungsvorschläge aus dem Steuerbereich zurückgezogen, insbesondere:

- Richtlinie über die Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer (COM(2013) 71 final);
- Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke (COM(2021) 565 final);
- Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke (COM(2022) 216 final);
- Richtlinie über die Verrechnungspreisgestaltung (COM(2023) 529 final).

[Pressemitteilung der Kommission vom 21.10.2025](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Ratssitzung der Europäischen Zentralbank am 11.09.2025: keine Änderung der Geldpolitik

Wie es zu erwarten war, hat der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) am 11.09.2025 beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB weiterhin unverändert zu belassen.

Der maßgebliche Einlagezinssatz liegt bei 2,00 %. Die Projektionen zur durchschnittlichen Gesamtinflation entsprechen in etwa den Projektionen vom Juni: 2,1 % für 2025, 1,7 % für 2026 und 1,9 % für 2027. Die Fachleute des Eurosystems rechnen nun mit einem Wirtschaftswachstum von 1,2 % (Juni-Prognose: 0,9 %) für 2025, 1,0 % für 2026 und 1,3 % für 2027.

Laut EZB belief sich das Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte 2025 auf 0,7 %. Dies war auf die robuste Binnennachfrage zurückzuführen. Die jährliche Inflationsrate lag im August 2025 bei 2,1 %.



Nach Ansicht des EZB-Rates sollten die Regierungen Strukturreformen und strategische Investitionen priorisieren, die das Wachstum fördern, und zugleich für tragfähige öffentliche Finanzen sorgen.

[Pressemitteilung der EZB zu geldpolitischen Beschlüssen vom 11.09.2025](#)

[Einleitende Bemerkungen von EZB-Präsidentin Christine Lagarde und von Vizepräsidenten Luis de Guindos zur Pressekonferenz vom 11.09.2025](#)

[Pressekonferenz ansehen](#)

Fitch: Frankreichs Bonität herabgestuft

Die Ratingagentur Fitch hat am 12.09.2025 die Kreditwürdigkeit Frankreichs herabgestuft. Damit erschwert sich für die Regierung in Paris die Finanzierung ihrer Staatsschulden.

Die Bonität der zweitgrößten Volkswirtschaft in der Eurozone wurde von AA- auf A+ gesenkt. Fitch geht davon aus, dass die Verschuldung des Landes von 113,2 % des BIP im Jahr 2024 auf 121 % des BIP im Jahr 2027 steigen wird. Die Agentur prognostiziert zudem für 2025 ein Haushaltsdefizit von 5,5 % des BIP (Maastricht-Kriterien: max. zulässig 3 %). Die Ratingagentur sieht geringe Erfolgchancen für Wirtschaftsreformen, weil das Land innenpolitisch polarisiert und instabil sei.

[Fitch-Analyse zu Frankreich](#)

[Pressemitteilung vom 12.09.2025](#)

Kommission genehmigt deutschen mittelfristigen Finanzplan und Aktivierung der nationalen Ausweichklausel

Die Kommission hat am 16.09.2025 den deutschen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan (FSP) trotz erheblicher Neuverschuldung genehmigt. Mit diesem Plan legt die Bundesregierung erstmals einen mehrjährigen Pfad für das maximal zulässige Wachstum der gesamtstaatlichen Nettoprimärausgaben fest (Nettoausgabenpfad). In diesem und nächsten Jahr ist nach dem FSP mit 4,4 bzw. 4,5 % ein deutlicher Anstieg der Nettoausgaben vorgesehen. Grund hierfür sind insbesondere dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit und Verteidigung. In den folgenden Jahren sollten die Wachstumsraten bei den Nettoausgaben schrittweise sinken: auf 2,3 % im Jahr 2027 und auf 1,7 bzw. 1,6 % 2028 und 2029. Damit wird eine fiskalische Konsolidierung angestrebt. Deutschland verpflichtet sich zudem zu Reformen und Investitionen, die eine Verlängerung des Anpassungszeitraums auf sieben Jahre rechtfertigen.

Außerdem hat die Kommission Deutschland gestattet, auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2024/1263 von der festgelegten Obergrenze für das Nettoausgabenwachstum abzuweichen (Aktivierung der nationalen Ausweichklausel).

[Empfehlung der Kommission für eine Empfehlung des Rates vom 16.09.2025](#)



Rat genehmigt Verhandlungen mit Vereinigtem Königreich und Kanada über Teilnahme an SAFE

Am 18.09.2025 hat der Rat einen Beschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich bzw. mit Kanada über ihre Beteiligung am Finanzierungsinstrument „Sicherheitsmaßnahmen für Europa“ (SAFE) angenommen. Die Kommission kann nun auf der Grundlage des vom Rat erteilten Mandats Verhandlungen im Namen der EU aufnehmen. Sobald die Abkommen unterzeichnet sind, bedürfen sie der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

[Pressemitteilung des Rates vom 18.09.2025](#)

Digitaler Euro: Umfrage „Gratis, einfach und sicher – Was Verbraucher vom digitalen Euro erwarten“

Eine aktuelle Verbrauchermfrage der European Consumer Organisation vom 25.09.2025 hat sich damit beschäftigt, was Verbraucher vom digitalen Euro erwarten. Befragt wurden über 10 Tsd. Erwachsene und Jugendliche aus zehn Ländern der Eurozone. Laut Umfrage sei Bekanntheit des digitalen Euro hoch (58 % der Erwachsenen, 49 % der Jugendlichen), doch nur wenige fühlen sich tatsächlich gut informiert (11 % der Erwachsenen, 9 % der Jugendlichen). Besonders wichtig seien den Befragten Sicherheit und Zuverlässigkeit (55 %), einfache Nutzung (53 %), geringe oder keine Gebühren (49 %), Rückerstattungen bei Betrug (44 %), Schutz der Privatsphäre (42 %) sowie eine möglichst breite Akzeptanz (36 %). Die größte Sorge gilt Cyberangriffen und Online-Betrug (82 % der Erwachsenen, 77 % der Jugendlichen). Mehr als die Hälfte (55 %) hatte bereits Probleme beim digitalen Bezahlen, rund ein Fünftel war in den letzten fünf Jahren von Betrugsfällen betroffen (22 % der Erwachsenen, 18 % der Jugendlichen).

[Verbrauchermfrage der European Consumer Organisation](#)

Vereinfachung von EU-Recht: Änderungen am wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen

Die Kommission hat am 02.10.2025 ihre Vorschläge für gezielte Änderungen einiger EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung vorgestellt. Ziel ist es insbesondere, den Berichts- und Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten zu verringern, die Umsetzung von EU-Recht zu vereinfachen, überflüssige Verwaltungsanforderungen zu beseitigen und die finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, effizienter zu gestalten. Hierzu wurden folgende Rechtstexte vorgelegt: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1173/2011 und (EU) Nr. 473/2013 (COM(2025) 591 final), Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 472/2013 (COM(2025) 593 final) und Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 332/2002 (COM(2025) 595 final).

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.10.2025](#)

[Legislativvorschläge der Kommission](#)



ECON-Ausschuss: Dritter geldpolitischer Dialog des Jahres am 06.10.2025

Im Rahmen des dritten geldpolitischen Dialogs des Jahres am 06.10.2025 befragten die Abgeordneten des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, *Christine Lagarde*, über die internationale Rolle des Euros und die Auswirkungen einer sich veränderten US-Politik.

Die geopolitisch unruhigen Zeiten seien laut *Lagarde* auch eine Chance für den Euro, seine globale Position zu stärken. Eine Stärkung der Währung im internationalen Vergleich bringe entscheidende Vorteile mit sich. Um die Bedingungen für einen starken Euro zu schaffen, plädierte *Lagarde* für die Vertiefung des Binnenmarktes, die weitere Integration der Kapitalmärkte, den Abschluss neuer Handelsabkommen und die gemeinsame Finanzierung öffentlicher Güter. Mit diesen mutigen Schritten kann sich der Euro, neben seiner starken Rolle innerhalb Europas, zu einem „globalen Vertrauensanker“ entwickeln.

[Pressemitteilung des EP vom 07.10.2025](#)

Kommission veröffentlicht Liste der zurückgenommenen Legislativvorschläge

Die Kommission hat am 06.10.2025 im Amtsblatt der EU die Liste der Legislativvorschläge veröffentlicht, die sie zurückgenommen hat. Dazu gehören aus dem Zuständigkeits- und Interessensbereich des StMFH insbesondere folgende Rechtsakte:

- Vorschlag für eine Richtlinie über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (COM(2011) 714 final);
- Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung einer Fazilität des finanziellen Beistands für Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist (COM(2012) 336 final);
- Vorschlag für einen Beschluss über Maßnahmen zur schrittweisen Einrichtung einer einheitlichen Vertretung des Euro-Währungsgebiets im Internationalen Währungsfonds (COM(2015) 603 final);
- Vorschlag für eine Verordnung über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds (COM(2017) 827 final);
- Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf die Einführung der detaillierten technischen Maßnahmen für die Anwendung des endgültigen Mehrwertsteuersystems für die Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten (COM(2018) 329 final).

[Liste der Legislativvorschläge](#)

[Fortschrittsbericht](#)



HAUSHALT

Finnische Positionierung zum Mehrjährigen Finanzrahmen

Am 19.09.2025 hat Finnland seine Positionierung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 veröffentlicht. Das Land unterstützt den Kommissionsvorschlag mit Fokus auf europäische Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit, lehnt jedoch eine Erhöhung des Gesamtbudgets ab.

Finnland hält das Volumen für zu hoch. Es fordert eine Vereinfachung der Haushaltsstruktur, garantierte Agrarförderung und eine gezielte Verteidigungsfinanzierung, die insbesondere Länder an der östlichen EU-Außengrenze berücksichtigt.

Obwohl Finnland die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Kreditinstrumente ablehnt, zeigt es sich offen für flexible Finanzierungswege zur Stärkung der europäischen Sicherheit.

[Pressemitteilung vom 19.09.2025](#)

BUDG-Ausschuss: Debatte zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen

Am 23.09.2025 fand eine Sitzung des Haushaltsausschusses (BUDG) im Europäischen Parlament (EP) statt. Thema war der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR).

Vorgestellt wurde eine Analyse des Jacques-Delors-Instituts. Sie empfiehlt eine tiefgreifende Reform der MFR-Struktur mit erhöhter Flexibilität, die Chancen für gemeinsame Investitionen eröffnet. Zugleich birgt diese Reform jedoch Risiken für Governance und parlamentarische Kontrolle. Die Finanzierung stützt sich stark auf neue Eigenmittel, deren Realisierbarkeit mit Unsicherheiten verbunden ist.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde breite Kritik an den nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen geäußert, die das EP und den Europäischen Rechnungshof (EuRH) schwächen könnten. Zudem befürchteten die Abgeordneten Aushöhlung demokratischer Aufsicht zugunsten bilateraler Absprachen zwischen Kommission und Mitgliedstaaten und zweifelten an der Verlässlichkeit neuer Eigenmittel. Sie forderten mehr Flexibilität bei der Mittelvergabe, zugleich aber feste Standards und transparente Kontrolle, um Missbrauch zu vermeiden.

[Videoaufzeichnung der Sitzung](#)

EU-Haushalt 2026: Standpunkt des BUDG-Ausschusses

Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses (BUDG) im Europäischen Parlament haben am 06.10.2025 ihren Standpunkt zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2026 (Berichterstatter: *Andrzej Halicki* (EVP/POL) und *Matjaž Nemeč* (S&D/SLO)) verabschiedet.



Sie haben die vom Rat vorgenommenen Kürzungen i.H.v. 1,31 Mrd. € vollständig rückgängig gemacht und eine Aufstockung der Mittel um ca. 523 Mio. € für Programme und Politikbereiche beschlossen, die sie für wichtig halten (vor allem in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Vorsorge und Verteidigung), u. a.:

- Horizont Europa: + 60 Mio. €;
- Verkehrs- und Energienetze (Connecting Europe Facility - CEF): + 80 Mio. €;
- Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (European Agricultural Guarantee Fund - EAGF): + 30 Mio. €;
- Katastrophenschutzmechanismus (EU Civil Protection Mechanism): + 30 Mio. €;
- Militärische Mobilität: + 35 Mio. €;
- Instrument für Grenzmanagement und Visa (Border Management and Visa Instrument - BMVI): + 30 Mio. €.

[Pressemitteilung des EP vom 06.10.2025](#)

EuRH: Jahresberichte zum Haushaltsjahr 2024

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 09.10.2025 seine Jahresberichte zum Haushaltsjahr 2024 veröffentlicht. Zum sechsten Mal in Folge haben die Prüfer ein „versagtes Prüfungsurteil“ zu den EU-Ausgaben aus dem EU-Haushalt abgegeben: Die geschätzte Fehlerquote liegt bei 3,6 % (ca. 6 Mrd. €). Auch dieses Mal war sie erneut in erster Linie auf fehlerhafte Zahlungen bei den Ausgaben der EU-Kohäsionspolitik zurückzuführen (2024: 5,7 %; 2023: 9,3 %). Die Prüfer haben zudem ein „eingeschränktes“ Prüfungsurteil zu den ARF-Ausgaben vorgelegt und betont, dass die ARF-Ausgabenmodelle (Erreichung von vorab festgelegten „Etappenzielen“ oder „Zielwerten“) in Zukunft nur dann verwendet werden sollten, wenn sichergestellt wird, dass die Verantwortlichkeiten klar sind, dass die Finanzierung direkt mit messbaren Ergebnissen verknüpft ist und dass Zahlungen auf tatsächliche Kosten zurückgeführt werden können.

Der EuRH weist zudem auf die wachsenden Risiken durch die steigende Verschuldung hin und fordert, beim nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 mehr Gewicht auf Leistungsmessung, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu legen.

[Jahresberichte zum Haushalt 2024](#)

[Pressemitteilung des EuRH vom 09.10.2025](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 09.10.2025](#)

EU-Haushalt 2026: Standpunkt des BUDG-Ausschusses

Der Haushaltsausschuss (BUDG) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 13.10.2025 - in Ergänzung zu den am 06.10.2025 beschlossenen Zahlen - eine Entschließung (= Positionierung des EP) zum Entwurf des



Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2026 verabschiedet (Berichterstatter: *Andrzej Halicki* (EVP/POL) und *Matjaž Nemeč* (S&D/SLO)).

Das Plenum des EP wird voraussichtlich am 22.10.2025 über den EU-Haushalt 2026 abstimmen. Anschließend sollen die Verhandlungen mit dem Rat beginnen. Die erste Gesprächsrunde wird voraussichtlich am 04.11.2025 stattfinden.

[Pressemitteilung des EP vom 13.10.2025](#)

Kritik an Kommissionsvorschlag zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen wächst

Die zunehmende Kritik von Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) und der Regionen am Vorschlag der Kommission zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen setzt die Kommission weiter unter Druck.

In einem Schreiben an Kommissionspräsidentin *von der Leyen* vom 16.10.2025 erklärte die S&D-Fraktion im EP, dass sie den Vorschlag ablehne, EU-Mittel künftig in nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen zu bündeln. Die Verlagerung hin zu einer zentralisierten nationalen Planung, die die Beteiligung der Regionen und der Zivilgesellschaft schwäche, sei für die Fraktion inakzeptabel. Auch die EVP-Fraktion im EP kündigte an, sich der Haltung der Sozialdemokraten anzuschließen und den Plan vollständig abzulehnen, sollte die Kommission ihren Vorschlag bis November nicht überarbeiten.

Am 16.10.2025 sprach der Exekutiv-Vizepräsident der Kommission für Kohäsion und Reformen, *Raffaele Fitto*, vor Vertretern der Regionen sowie Mitgliedern des EP aus dem Regionalausschuss. Er betonte, die Kommission sei offen, einen Dialog über mögliche Verbesserungen der derzeitigen Vorschläge zu führen. Offiziell zeigt sich die Kommission bislang jedoch zurückhaltend. In ihrer Erklärung vom 16.10.2025 verwies sie darauf, dass derzeit konstruktive Gespräche mit dem EP und dem Rat geführt würden, in deren Rahmen die Ansichten der Mitgesetzgeber angehört und diskutiert werden. „In dieser Phase äußert sich die Kommission nicht zu einzelnen Bestandteilen des Vorschlags“, heißt es in der Erklärung.

[Brief an Präsidentin der Kommission](#)

[Pressemitteilung des AdR vom 16.10.2025](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 16.10.2025](#)

STEUERN

Plenum des Europäischen Parlaments: Aussprache zur Besteuerung großer digitaler Plattformen

In der Plenarsitzung am 10.09.2025 hat das Europäische Parlament über die Besteuerung großer digitaler Plattformen debattiert. Ein breiter Konsens bestand darin, dass diese Unternehmen ihren fairen Steuerbeitrag leisten müssen, anstatt Gewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern.

Während die Kommission weiterhin auf multilaterale Lösungen im Rahmen der OECD und G20 setzt, forderten viele Abgeordnete angesichts der US-Blockaden eine eigenständige europäische Digitalsteuer, um die



europäische Souveränität zu wahren und eine gerechtere Steuerverteilung zu erreichen. Einige Redner wiesen dabei auf die Risiken nationaler Alleingänge hin. Insgesamt wurde deutlich, dass Europa eine gemeinsame und entschlossene Strategie im Umgang mit großen digitalen Unternehmen benötigt, um Souveränität und Steuergerechtigkeit langfristig zu sichern.

[Videoaufzeichnung](#)

OECD: Bericht zu Steuerreformen 2025

Wie jedes Jahr hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 11.09.2024 ihren Bericht zu Steuerreformen veröffentlicht.

In Hinblick auf Deutschland stellt die OECD insbesondere fest, dass der Anteil von Einkommenssteuer und Sozialabgaben an den gesamten Steuereinnahmen 2022 bei über 60 % lag. Die Schwellenwerte für alle Steuerklassen wurden – mit Ausnahme der obersten – nach oben angepasst; zugleich wurde die Freigrenze für den Solidaritätszuschlag erhöht. Der Steuerfreibetrag wurde 2024 von 10.908 € auf 11.784 € angehoben, um der Inflation Rechnung zu tragen. Im OECD-Vergleich haben nur wenige Länder ihre Grundfreibeträge ausgeweitet. Im Land- und Forstwirtschaftssektor wurde in Deutschland zudem die Möglichkeit der Einkommensglättung erweitert: Bis 2028 können Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft gleichmäßig auf drei Jahre verteilt werden.

[OECD-Bericht](#)

Tabaksteuerrichtlinie: Klarstellung zu Snus und Nikotinbeutel

Die Kommission hat am 16.09.2025 bestätigt, dass die laufende Revision der Richtlinie über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabak und Tabakerzeugnisse (Tabaksteuerrichtlinie) keine Harmonisierung der Besteuerung von Snus, wohl aber von Nikotinbeutel vorsieht. Künftig sollen Nikotinbeutel damit unter die Richtlinie fallen und in die Berechnung der EU-Eigenmittel auf Grundlage der Verbrauchsteuern auf Tabak (Tobacco Excise Duty Own Resource - TEDOR) einbezogen werden.

[Schriftliche Antwort von Haushaltskommissar Piotr Serafin vom 16.09.2025](#)

BEFIT: Positionierung des Europäischen Parlaments im federführenden ECON-Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments hat sich am 24.09.2025 zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (Business in Europe: Framework for Income Taxation - BEFIT) positioniert (besonderes Gesetzgebungsverfahren – Anhörung).

Der Bericht (Berichterstellerin *Evelyn Regner* (S&D/AUT)) wurde mit 33 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten unterstützen insbesondere die Ziele des BEFIT-Vorschlags



und bekräftigt, dass eine weitere Harmonisierung der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage der Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts bei gleichzeitiger Wahrung nachhaltiger Steuereinnahmen in den Mitgliedstaaten förderlich ist.

Sie fügen aber hinzu, dass die vorliegende Richtlinie Vorschriften enthalten sollte, mit denen der Begriff der Betriebsstätte auf eine signifikante wirtschaftliche Präsenz ausgedehnt wird. Für Körperschaftsteuerzwecke wird also dann von einer Betriebsstätte ausgegangen, wenn eine signifikante wirtschaftliche Präsenz vorhanden ist, über die die Gesamtheit oder ein Teil einer Geschäftstätigkeit ausgeübt wird. Dabei gilt eine signifikante wirtschaftliche Präsenz in einem Mitgliedstaat in einem Steuerzeitraum als gegeben, wenn die Gesamteinnahmen einer BEFIT-Gruppe aus diesem Mitgliedstaat 1.000.000 € übersteigen.

Dies würde insbesondere sicherstellen, dass digitale Unternehmen Steuern in den Ländern zahlen, in denen sie effektiv Gewinne erzielen.

[Pressemitteilung des EP vom 24.09.2025](#)

[Kompromisstext des EP](#)

EU-Strategie zur Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter

Die Kommission hat am 24.09.2025 ihre Strategie zur Umsetzung des Pakets „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“ veröffentlicht. Die Strategie enthält Maßnahmen, mit denen Unternehmen und Mitgliedstaaten bei der praktischen Umsetzung der Aktualisierungen des EU-Mehrwertsteuerrahmens unterstützt werden sollen. Vorgesehen ist insbesondere ein Fahrplan mit wichtigen Aktionspunkten und Terminen, um eine koordinierte und wirksame Anwendung sicherzustellen.

Es wird erwartet, dass das Mehrwertsteuerpaket erhebliche wirtschaftliche Vorteile in Höhe von 172 - 214 Mrd. € bringen wird, darunter Einsparungen für Unternehmen von 51 Mrd. €.

[Pressemitteilung der Kommission vom 24.09.2025](#)

Ermächtigung der Kommission zu Verhandlungen bei den Vereinten Nationen über die internationale Zusammenarbeit in Steuersachen

Die Kommission hat am 29.09.2025 einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu den Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in Steuersachen vorgelegt. Darin wird die Kommission als Verhandlungsführerin der Union benannt und ermächtigt, im Namen der EU über das zweite der beiden ersten Protokolle über die Vermeidung und Beilegung von Steuerstreitigkeiten, das Teil des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen ist, zu verhandeln. Damit soll sichergestellt werden, dass die vereinbarten Bestimmungen nicht im Widerspruch zum EU-Recht stehen.

[Vorschlag der Kommission vom 29.09.2025](#)



Vorschlag zur Vereinfachung der Steuerarchitektur der EU

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat am 09.10.2025 eine Entschließung (= Positionierung des EP) zur Relevanz einfacher Steuervorschriften und der Steuerfragmentierung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit verabschiedet (499 Stimmen dafür, 66 dagegen bei 53 Enthaltungen). Der Initiativbericht (Berichterstatter: MdEP *Michalis Hadjipantela* (EVP/CYP)) enthält eine Reihe von Vorschlägen zur Vereinfachung der Steuerkonformität und zum Abbau administrativer Hürden im Binnenmarkt, wodurch die Kosten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen gesenkt werden sollen. Diese Vorschläge sollen in die laufenden Gesetzgebungsarbeiten einfließen, insbesondere in einen speziellen Vorschlag der Kommission zur Steuervereinfachung, der für Anfang 2026 erwartet wird.

Der Bericht fordert insbesondere die Kommission auf, eine europäische Steuerdatenplattform (EU Tax Data Hub) einzurichten, um den automatischen Austausch von Steuerinformationen zu verbessern und den Verwaltungsaufwand zu verringern. Außerdem wollen die Abgeordneten, dass die Steuererklärungsverfahren für Spar- und Anlagekonten vereinfacht werden, um Investitionen in die EU-Kapitalmärkte anzuregen.

[Entschließung des EP vom 09.10.2025](#)

FISC-Ausschuss: Abgeordnete diskutieren mit Experten über Digitalsteuer

Am 16.10.2025 organisierte der Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) des Europäischen Parlaments ein interparlamentarisches Treffen, um nationale und internationale Erfahrungen mit der digitalen Besteuerung zu diskutieren. Experten und Parlamentarier waren sich in der Frage einer Digitalsteuer uneinig. *Benjamin Angel* (GD TAXUD in der Kommission) fasste die aktuelle globale Situation zusammen: Während Fortschritte auf OECD-Ebene mit der Zwei-Säulen-Lösung insbesondere durch die US-Regierung blockiert werden, drängen einige Stimmen, insbesondere in Afrika, auf eine Lösung auf UN-Ebene. Einige Experten verteidigten die Vorzüge einer globalen Steuer auf die digitale Wirtschaft. *Cristina Enache*, Ökonomin bei der Tax Foundation Europe, wies hingegen darauf hin, dass Steuern auf digitale Dienste im Gegensatz zur Körperschaftsteuer auf Einnahmen und nicht auf Gewinne erhoben würden. „Die Rentabilität wird nicht berücksichtigt“, beklagte sie.

Einige Abgeordnete plädierten für die Einführung einer europäischen Steuer auf digitale Dienste, bis auf internationaler Ebene eine Einigung erzielt sei. Andere warnten, ein solcher isolierter Ansatz könne die EU-Volkswirtschaften im Wettbewerb benachteiligen.

[Pressemitteilung des EP vom 16.10.2025](#)

EU stärkt Zusammenarbeit mit der Schweiz im Steuerbereich

Am 20.10.2025 hat die Kommission mit der Schweiz ein Änderungsprotokoll zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch unterzeichnet. Dieses passt die bestehende Vereinbarung an den veränderten OECD-Standard an und stellt einen großen Schritt im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung dar.



Seit 2015 hat die EU-Vereinbarungen mit europäischen Drittstaaten bezüglich des gegenseitigen automatischen Austauschs von Finanzkonteninformationen im Rahmen des OECD Common Reporting Standard (CRS) getroffen. Ziel ist eine verbesserte internationale Steuerkooperation und Transparenz. Die EU und die Schweiz vereinbaren, den Informationsaustausch der Finanzkonten auf digitale Währungen und elektronisches Geld auszuweiten bei gleichzeitig strengeren Sorgfalts- und Berichtspflichten.

Das neue Protokoll schafft zusätzlich einen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit der EU und der Schweiz für die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Steuerforderungen.

Die Veränderungen werden planmäßig nach den jeweiligen Ratifikationsprozessen am 01.01.2026 in Kraft treten und international ein Beispiel für gerechte und transparente Steuerpraktiken darstellen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 20.10.2025](#)

[OECD Common Reporting Standard](#)

[Pressemitteilung der Schweiz](#)

BEAMTENRECHT

ETAF-Stellungnahme zur Evaluierung der EU-Whistleblower-Richtlinie

Die europäische Steuerberaterorganisation European Tax Adviser Federation (ETAF) hat am 17.09.2025 ihre Empfehlungen zur Evaluierung der Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden („Richtlinie über den Schutz von Hinweisgebern“ – sog. „Whistleblower-Richtlinie“), veröffentlicht.

ETAF sieht durch die Richtlinie eine Stärkung des ethischen Verhaltens von Unternehmen sowie einen präventiven Effekt. Der in der Richtlinie enthaltene Rechtsbegriff „Legal Professional Privilege“ (Schutz des Berufsgeheimnisses für rechtsberatende Berufe) werde jedoch laut Steuerberaterorganisation in den einigen Mitgliedstaaten unterschiedlich übersetzt. So beschränkt Deutschland die Ausnahme auf Rechtsanwälte („Anwaltsgeheimnis“), während Österreich auch Steuerberater und Wirtschaftsprüfer einschließt. Diese uneinheitliche Auslegung führt zu Rechtsunsicherheit und unterschiedlichem Schutz verschiedener Rechtsberufe innerhalb der EU. Deshalb fordert ETAF eine einheitliche und kohärente Auslegung und schlägt vor, den Begriff künftig durch „duty of confidentiality of the legal professions“ („Verschwiegenheitspflicht der Rechtsberufe“) zu ersetzen.

ETAF weist zudem auf das Problem der Bürokratiebelastung und Kosten hin: Die Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen verursacht erhebliche Verwaltungs- und IT-Kosten und belastet damit insbesondere mittelständische Unternehmen. Deshalb fordert ETAF eine Anhebung der Schwelle auf mindestens 100 Beschäftigte, um mittelständische Unternehmen zu entlasten.

[Pressemitteilung der ETAF vom 17.09.2025](#)

[ETAF-Empfehlungen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi

Die Kommission hat am 21.10.2025 ihr Arbeitsprogramm für 2026 angenommen (siehe hierzu auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Im Zuständigkeitsbereich des StMWi sind unter den neuen legislativen Initiativen unter anderem Rechtsakte zum öffentlichen Auftragswesen, zu Halbleitern, Produkten, Postdiensten, Energie, Risikokapitalfonds, Kartellrecht, Verteidigung sowie zu Technologien und Innovation vorgesehen. Darüber hinaus geht aus dem Arbeitsprogramm hervor, dass die Kommission bestehende Regelungen wie das Chips-Gesetz, die Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken, die Verordnung über Marktüberwachung und Konformität von Produkten, die Gruppenfreistellungsverordnung für Kraftfahrzeuge sowie die Verordnung über Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck evaluieren möchte.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Website zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2026](#)

EP und Rat erzielen politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 16.10.2025 eine politische Einigung zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 05.03.2024 (EB 03/24) zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) erzielt. EDIP zielt darauf ab, die Bereitschaft der EU-Verteidigungsindustrie zu verbessern und die Rüstungskooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, indem es die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis (EDTIB) und ihre Fähigkeit zur Anpassung an strukturelle Veränderungen stärkt. Außerdem soll die industrielle Verteidigungszusammenarbeit mit der Ukraine gefördert und einen Mechanismus für die Versorgungssicherheit mit Verteidigungsprodukten geschaffen werden (EB 05/25 und EB 07/25). EP und Rat einigten sich nun u.a. auf Zuschüsse in Höhe von 1,5 Mrd. € und darauf, dass die Kosten für Komponenten mit Ursprung außerhalb der EU und ihrer assoziierten Länder (EWR-Staaten) 35 % der geschätzten Kosten des Endprodukts nicht überschreiten dürfen. Mit der politischen Einigung wurde zudem die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für europäische Verteidigungsprojekte von gemeinsamem Interesse (EDPCIs), die Einrichtung eines Ukraine-Unterstützungsinstruments sowie die Schaffung eines EU-weiten Versorgungssicherheitsregime und eines europäischen Mechanismus für militärische Verkäufe vereinbart.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)



EP und Rat erzielen politische Einigung zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 23.09.2025 eine politische Einigung zum von der Kommission am 26.02.2025 (EB 03/25) vorgelegten Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen erzielt. Ziel ist es, zusätzliche öffentliche und private Investitionen zu mobilisieren. Die überarbeitete Verordnung soll dazu das Programm Invest EU stärken (u.a. Aufstockung der Invest EU-Garantie um 2,9 Mrd. €), die Attraktivität des Invest EU-Kompartiments der Mitgliedstaaten erhöhen und den Verwaltungsaufwand für Durchführungspartner, Finanzintermediäre und Endempfänger verringern (u.a. Reduktion der Häufigkeit und des Umfangs der Berichtspflichten der Durchführungspartner). Die politische Einigung muss nun noch vom EP und vom Rat formal bestätigt werden und wird anschließend im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

[Pressemitteilung des Rates](#)

"Omnibus"-Paket zur Nachhaltigkeit: JURI legt Standpunkt zu inhaltlichen Änderungen an Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten fest

Der Rechtsausschuss (JURI) des Europäischen Parlaments (EP) hat sich am 13.10.2025 zum Vorschlag der Kommission vom 26.02.2025 (EB 03/25) zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und der Sorgfaltspflichten (CSDDD) (Teile des sog. „Omnibus“-Pakets zur Nachhaltigkeit) positioniert und für die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen mit dem im Ausschuss angenommenen Bericht gestimmt. Der Standpunkt des EP sieht u. a. vor, die Schwellenwerte für die CSRD auf 1.000 Beschäftigte und 450 Mio. € Umsatz anzuheben. Für die CSDDD sollen Unternehmen erst ab 5.000 Beschäftigten und 1,5 Mrd. € Umsatz betroffen sein, wobei ein risikobasierter Ansatz verfolgt und die Pflicht zur Erstellung eines Übergangsplans beibehalten werden soll. Eine zivilrechtliche Haftung auf EU-Ebene wird abgelehnt. Nachdem das EP am 22.10.2025 das Mandat für die Verhandlungen abgelehnt hat, werden die Abgeordneten auf der kommenden Plenartagung am 13.11.2025 über Änderungsanträge zum Vorschlag abstimmen und ihren Standpunkt festlegen. Da der Rat seinen Standpunkt bereits am 23.06.2025 festgelegt hat (EB 07/25), können im Anschluss die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Ziel ist es, die Rechtsvorschriften bis Ende 2025 abzuschließen.

[Pressemitteilung des EP \(Positionierung des Rechtsausschusses\)](#)

[Pressemitteilung des EP \(Ablehnung des Mandats für Verhandlungen mit dem Rat\)](#)

EP legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen fest

Die Abgeordneten des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) haben am 23.09.2025 ihren Standpunkt zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 22.04.2025 (EB 05/25) zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen festgelegt. Außerdem beschlossen die Abgeordneten direkt Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen. Der Standpunkt des Europäischen Parlaments (EP) umfasst u.a.:



Finanzierung auch für kleinere und mittlere Unternehmen unter dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) mit einer Kofinanzierung von bis zu 100 %; Finanzierung auch von Projekten mit doppeltem Verwendungszweck (dual-use) im Rahmen von Horizont Europa und der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF); Unterstützung für die Integration der ukrainischen Verteidigungsindustrie und Verringerung der Abhängigkeit der EU von Drittstaaten; Aufnahme von Verteidigungs- und Sicherheitstechnologien als vierter strategischer Sektor in die Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP); Erweiterung der Definition von Verteidigungstechnologien; Erleichterungen für den Aufbau und Betrieb von KI-Fabriken und Gigafabriken für verteidigungsbezogene KI-Modelle sowie Bekämpfung der hybriden Bedrohung unter dem Programm „Digitales Europa“ (DEP). Nachdem der Rat seinen Standpunkt ebenso am 08.10.2025 festgelegt hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

EP legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der Messgeräte-Richtlinie im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie fest

Die Abgeordneten des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) haben am 25.09.2025 ihren Standpunkt zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 29.11.2024 (EB 01/25) zur Änderung der Messgeräte-Richtlinie im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie mit 40 Stimmen bei einer Gegenstimme und null Enthaltungen festgelegt. Mit 40 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und null Enthaltungen beschlossen die Abgeordneten außerdem, direkt Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen; das gesamte Europäische Parlament (EP) wurde auf der folgenden Plenartagung über diese Entscheidung informiert. Der Standpunkt des EP zielt darauf ab, die grundlegenden Anforderungen für diese messtechnischen Geräte zu modernisieren, mit einem Schwerpunkt auf Digitalisierung und technologischer Neutralität. Nachdem der Rat seinen Standpunkt ebenso am 08.10.2025 festgelegt hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

Rat legt Standpunkt zum „Omnibus“-Paket zu kleinen Midcaps fest

Der Rat hat sich am 25.09.2025 zu vier der fünf im Rahmen des „Omnibus“-Pakets zu kleinen Midcaps (SMCs) vorgelegten Legislativvorschlägen positioniert. Die Verordnung und Richtlinie zur Digitalisierung und Anpassung gemeinsamer Spezifikationen zielen darauf ab, die Verpflichtungen der Wirtschaftsakteure im Rahmen von 20 anderen Richtlinien zur Produktgesetzgebung im Rahmen der Binnenmarktvorschriften zu rationalisieren und zu digitalisieren. Dies umfasst u. a. die Abschaffung papierbasierter Anforderungen; die Digitalisierung der EU-Konformitätserklärung; die Bereitstellung digitaler Gebrauchsanweisungen; die Einführung gemeinsamer Spezifikationen. Die Verordnung und Richtlinie zur Ausdehnung bestimmter Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf SMCs wiederum sieht die Einführung der neuen



Unternehmens-Kategorie SMCs vor. Unterstützungsmaßnahmen, die bisher KMU vorbehalten sind, sollen auf SMCs ausgeweitet werden. Der Standpunkt des Rates umfasst u. a. die Anhebung der Schwellenwerte für SMCs; die Klarstellungen digital verfügbarer Informationen inkl. den „digitalen Kontakt“; die Verfügbarkeit von Sicherheitsinformationen in Papierform; die Angleichung gemeinsamer Spezifikationen und die Verlängerung der Umsetzungsfrist. Sobald das Europäische Parlament seinen Standpunkt festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen fest

Der Rat hat sich am 08.10.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 22.04.2025 (EB 05/25) zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen positioniert. Der Verordnungsvorschlag sieht Änderungen an fünf EU-Finanzierungsprogrammen vor: dem Programm „Digitales Europa“, Horizont Europa, dem Europäischen Verteidigungsfonds, der Fazilität „Connecting Europe“ sowie der Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP). Der Standpunkt des Rates sieht u.a. die Anpassung der Förderfähigkeitsregeln für Aktivitäten mit doppeltem Verwendungszweck und Verteidigungsanwendungen im Rahmen von „Horizont Europa“ vor, um die Kohärenz mit anderen EU-Instrumenten im Bereich der Verteidigungsindustrie zu gewährleisten. Nachdem das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt bereits am 23.09.2025 festgelegt hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Es wird eine politische Einigung noch vor Jahresende angestrebt.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der Messgeräterichtlinie im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie fest

Der Rat hat sich am 08.10.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 29.11.2024 (EB 01/25) zur Änderung der Messgeräterichtlinie im Hinblick auf Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgas-Zapfsäulen, Strom- und Gaszähler sowie Messgeräte für thermische Energie positioniert. Der Verordnungsvorschlag zielt darauf ab, den Einsatz neuer grüner und digitaler Technologien zu fördern. Der Standpunkt des Rates umfasst u.a. klare Anforderungen an die Anzeige der Messergebnisse, eine Harmonisierung der Konformitätsbewertungskriterien für Energieumwandlungsgeräte, eine Erweiterung des Anwendungsbereichs von Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge und (geänderte) Bestimmungen zum Übergangszeitraum.



Nachdem das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt bereits am 25.09.2025 festgelegt hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kommission initiiert Konsultation zur Überarbeitung der Normungsverordnung

Die Kommission hat am 24.09.2025 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Normungsverordnung initiiert. Die Initiative ist Teil der am 21.05.2025 vorgelegten Binnenmarktstrategie. Die Konsultation soll dazu beitragen, künftige politische Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Normungssystems und zur Wahrung der Führungsrolle Europas bei der Entwicklung hochwertiger, vertrauenswürdiger Normen zu gestalten. Die überarbeitete Verordnung soll den Normungsprozess beschleunigen, besser auf die politischen Erfordernisse reagieren und inklusiver werden, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und Start-up-Unternehmen. Die Vorlage des Vorschlags durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 17.12.2025.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Konsultation zur Bewertung der Geoblocking-Verordnung

Die Kommission hat am 06.10.2025 eine Konsultation zur Bewertung der Geoblocking-Verordnung eingeleitet. Mit der seit Dezember 2018 geltenden Verordnung soll gewährleistet werden, dass Einzelpersonen und Unternehmen besseren Zugang zu Waren und Dienstleistungen erhalten – ohne ungerechtfertigtes Geoblocking oder andere Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Niederlassung. Im Zuge der Bewertung soll geprüft werden, ob die mit der Verordnung angestrebten Ziele erreicht wurden. Ihre Veröffentlichung in Form eines Berichts ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 29.12.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Sondierung zu einer neuen Verordnung über Zustelldienstleistungen

Die Kommission hat am 06.10.2025 eine Sondierung zu einer neuen Verordnung über Zustelldienstleistungen eingeleitet, die die Richtlinie über Postdienste und die Verordnung über grenzüberschreitende Paketzustelldienste ersetzen soll. Die Initiative ist Teil der am 21.05.2025 (EB 06/25) vorgelegten Binnenmarktstrategie. Die neue Verordnung soll bezahlbare Lieferungen in der EU sichern, fairen Wettbewerb fördern und den Verbraucherschutz stärken.



Die Vorlage des Vorschlags durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 14.11.2025.

[Zur Sondierung](#)

Kommission legt Zulassungsvorschriften für vermögenswertereferenzierte Token fest

Die Kommission hat am 15.09.2025 zwei Sekundärrechtsakte veröffentlicht, die die Verordnung über Märkte für Kryptowerte (Markets in Crypto-Assets Regulation – MiCAR) präzisieren: (i) Delegierte Verordnung 2025/1125 vom 05.06.2025 zur Präzisierung der Informationen in einem Antrag auf Zulassung zum öffentlichen Angebot vermögenswertereferenzierter Token oder ihre Zulassung zum Handel; (ii) Durchführungsverordnung 2025/1126 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf die Festlegung von Standardformularen, Mustertexten und Verfahren für die in den Antrag auf Zulassung zum öffentlichen Angebot vermögenswertereferenzierter Token und ihre Zulassung zum Handel aufzunehmenden Informationen. Die neuen Vorschriften traten am 05.10.2025 in Kraft.

[Zur delegierten Verordnung](#)

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission veröffentlicht delegierte Verordnung zur Änderung der bisherigen delegierten Verordnung zur Ergänzung von europäischen Marktinfrastrukturen

Die Kommission hat am 25.09.2025 die delegierte Verordnung vom 11.06.2025 veröffentlicht, die die bisherige delegierte Verordnung der Kommission vom 28.05.2013 zur Ergänzung der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR) im Hinblick auf die Arbeitsweise und das Management von Kollegien für zentrale Gegenparteien ändert. Die delegierte Verordnung führt eine gemeinsame Leitung der Kollegien ein, stärkt die Rolle der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und erweitert die Pflichten zur Informationsweitergabe. Die Anpassungen sollen die Koordination der Aufsicht verbessern und die Stabilität des europäischen Finanzsystems stärken.

[Zur delegierten Verordnung](#)

Kommission nimmt delegierten Rechtsakt zur Festlegung der Einzelheiten zu den Anforderungen an aktive Konten, über die bestimmte Gegenparteien bei einer zentralen Gegenpartei in der EU verfügen müssen, an

Die Kommission hat am 17.10.2025 einen delegierten Rechtsakt zur Festlegung der Einzelheiten zu den Anforderungen an aktive Konten angenommen, über die bestimmte Gegenparteien bei einer zentralen Gegenpartei (CCP) in der EU nach den jüngsten Änderungen der Europäischen Marktinfrastrukturverordnung (EMIR 3; EB 02/24) verfügen müssen. CCPs stehen zwischen den beiden Gegenparteien eines Derivatekontrakts und steuern das Ausfallrisiko. EMIR 3 adressiert Risiken für die Finanzstabilität durch



übermäßige Engagements gegenüber systemrelevanten Drittstaaten-CCPs, indem über die Anforderungen an aktive Konten bestimmte Gegenparteien verpflichtet werden, eine Reihe wichtiger Derivatgeschäfte in der EU zu clearen. Der delegierte Rechtsakt konkretisiert, wie diese Anforderungen umzusetzen und durch die zuständigen Behörden durchzusetzen sind. Er wird nun dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt, die drei Monate Zeit haben, um ihn zu prüfen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Bewertung zur Mitteilung über die beihilferechtliche Würdigung staatlicher Darlehensgarantien

Die Kommission hat am 13.10.2025 ihre Bewertung zu ihrer Mitteilung vom 20.06.2008 über die Anwendung der Vorschriften zur Genehmigung staatlicher Beihilfen des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften („Garantiemitteilung“) veröffentlicht. Die Garantiemitteilung zeigt auf, wie die Kommission staatliche Garantien für Darlehen und andere Finanzinstrumente beurteilt. In der Bewertung kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass die Garantiemitteilung nach wie vor relevant ist, aber im Hinblick auf die Ermittlung der Beihilfebeträge, die Weitergabe von Risikominderungsvorteile, die Komplexität für kleine und mittlere Unternehmen und Unstimmigkeiten im Rechtsrahmen Spielraum für Verbesserungen besteht. Die Kommission beabsichtigt, im 1. Quartal 2026 eine Überarbeitung der Garantiemitteilung einzuleiten, um die in der Bewertung festgestellten Verbesserungsbedarfe anzugehen. Die Interessenträger sollen dann die Möglichkeit haben, im Rahmen einer Aufforderung zur Stellungnahme ihre Standpunkte darzulegen. Die Überarbeitung soll bis Juni 2027 abgeschlossen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Bewertung](#)

Kommission veröffentlicht Bewertung der EU-Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen

Die Kommission hat am 14.10.2025 ihre Bewertung der EU-Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen aus dem Jahr 2014 (Richtlinie über die Vergabe von Konzessionen, Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Richtlinie über die Vergabe von Aufträgen durch Versorgungsunternehmen) veröffentlicht. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass deren Ziele nur teilweise erreicht wurden. Die Umsetzung führte zu mehr Transparenz und Fortschritten bei umweltfreundlicher, sozialer und innovativer Beschaffung, jedoch auch zu höherer Komplexität, uneinheitlichem Wettbewerb und weiterhin begrenzter grenzüberschreitender Beteiligung. Die Bewertung ist der erste Schritt zur Überarbeitung der Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Bewertung](#)



Kommission veröffentlicht Liste der zurückgenommenen Legislativvorschläge

Die Kommission hat am 06.10.2025 im Amtsblatt der EU die Liste der Legislativvorschläge veröffentlicht, die sie im Einklang mit ihrem Arbeitsprogramm für 2025 (EB 02/25) zurückgenommen hat. Dazu gehören aus dem Zuständigkeits- und Interessensbereich des StMWi im Besonderen: (i) Richtlinie über Kreditdienstleister, Kreditkäufer und die Verwertung von Sicherheiten; (ii) Verordnung über staatsanleihebesicherte Wertpapiere; (iii) Verordnung über standardessenzielle Patente (SEP); (iv) ePrivacy-Verordnung.

[Zur Liste der zurückgenommenen Vorschläge](#)

Kommission legt Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz und Empfehlung zur Einführung von Spar- und Investitionskonten vor

Die Kommission hat am 30.09.2025 eine Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz und eine Empfehlung zur Einführung von Spar- und Investitionskonten (SIAs) vorgelegt. Beides ist Teil der am 19.03.2025 vorgelegten Strategie für eine Spar- und Investitionsunion. Die Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz umfasst u.a. das Zusammenbringen von Stakeholdern. Außerdem sollen eine EU-weite Kampagne zur finanziellen Bildung durchgeführt und die Mitgliedstaaten ermutigt werden, bestehende EU-Finanzierungsinstrumente zu nutzen, um Initiativen und Forschung im Bereich der finanziellen Bildung zu unterstützen. Um den Fortschritt beim Niveau der finanziellen Bildung zu verfolgen, sollen Umfragen durchgeführt werden. Die SIAs sollen von zugelassenen Finanzdienstleistern angeboten und EU-weit eingeführt werden. Ziel ist es, die Investitionskultur von Privatanlegern an Kapitalmärkten zu fördern. SIAs sollen folgende Merkmale aufweisen: Vielfalt der Anbieter, Einfachheit, Flexibilität, breite Investitionsmöglichkeiten, steuerliche Anreize und vereinfachte Besteuerung. Die Anleger sollen von höheren Renditen profitieren und gleichzeitig die volle Kontrolle über die Investitionen behalten. Indem Ersparnisse in produktivere Investitionen umgeschichtet werden, soll ein Beitrag zur Finanzierung von Unternehmen entstehen, was wiederum das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht zweite Ausschreibung für strategische Projekte im Rahmen des CRMA

Die Kommission hat am 25.09.2025 die zweite Ausschreibung für strategische Projekte im Rahmen des Critical Raw Materials Act (CRMA) veröffentlicht. Die Ausschreibung baut auf dem Erfolg der ersten Runde auf, bei der 60 Projekte ausgewählt wurden. Eingereicht werden können Projekte für alle 17 strategischen Rohstoffe, sofern sie technisch machbar sind, die Versorgungssicherheit erhöhen und nachhaltig umgesetzt werden können. Interessierte Unternehmen und Organisationen können sich bis zum 15.01.2026 um 12:00 Uhr bewerben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsches Biomasse-Paket

Die Kommission hat am 18.09.2025 das deutsche Biomasse-Paket genehmigt. Daraus ergeben sich geänderte Förderbedingungen. Einerseits wird das Ausschreibungsvolumen für Biomasse und Biogas um 7,9 Mrd. € erhöht. Andererseits wird eine spezielle Quote für Biomasseanlagen mit bestehendem Anschluss an ein Wärmenetz eingeführt. Außerdem werden die Stunden der Stromerzeugung aus Biogas, die für eine Förderung in Betracht kommen, begrenzt und der Zeitrahmen für die Umstellung alter Anlagen auf die neue Förderung für Biomasse verkürzt. Zudem werden die Zahlungen für flexible Stromerzeugung erhöht. Die neuen Förderbedingungen sollen voraussichtlich bei der nächsten Biomasse-Ausschreibung der Bundesnetzagentur am 01.10.2025 angewendet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme der UVEX-Gruppe durch Warburg Pincus

Die Kommission hat am 18.09.2025 nach der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der alleinigen Kontrolle über die UVEX WINTER HOLDING GmbH & Co. KG sowie die UVEX WINTER HOLDING Management GmbH („UVEX-Gruppe“) mit Sitz in Fürth durch die US-amerikanische Warburg Pincus LLC genehmigt. Die Transaktion betrifft vor allem die Herstellung und den Vertrieb von persönlicher Schutzausrüstung und Sicherheitsprodukten, insbesondere im Bereich Sport. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die angemeldete Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die beteiligten Unternehmen weder auf denselben noch auf vertikal verbundenen Märkten tätig sind. Die Prüfung erfolgte im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von FIAMM durch AURELIUS

Die Kommission hat am 16.10.2025 nach der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der alleinigen Kontrolle über FIAMM Energy Technology S.p.A. aus Italien durch die AURELIUS-Gruppe mit u.a. Sitz in München genehmigt. Die Übernahme betrifft hauptsächlich die Entwicklung, Herstellung, den Verkauf und den Vertrieb von Blei-Säure-Batterien. Nach eingehender Prüfung kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass die angemeldete Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die beteiligten Unternehmen weder auf denselben Märkten noch auf vertikal miteinander verbundenen Märkten tätig sind. Die Prüfung erfolgte im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von SPN durch ERGO

Die Kommission hat am 21.10.2025 nach der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über die SPN Service Partner Netzwerk GmbH (SPN) mit Sitz in München durch die ERGO Versicherung AG (ERGO) mit Sitz in Düsseldorf genehmigt. Die Transaktion betrifft hauptsächlich den Kraftfahrzeugversicherungsmarkt. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die geplante Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da das Gemeinschaftsunternehmen nur in geringem Umfang im Europäischen Wirtschaftsraum tätig ist und die Marktpositionen der Unternehmen nach der geplanten Transaktion begrenzt sind. Die Prüfung erfolgte im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommissionspräsidentin zieht Zwischenbilanz zur Wettbewerbsfähigkeit ein Jahr nach Draghi-Bericht

Am 16.09.2025 eröffnete die Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* die Konferenz „Der Draghi-Bericht: ein Jahr später“ mit einer Grundsatzrede zur Umsetzung der Empfehlungen des Berichts. Sie würdigte *Mario Draghi* für dessen richtungsweisende Analyse zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit und betonte, dass die Kommission seit Beginn ihres neuen Mandats konkrete Maßnahmen ergriffen habe, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Zu den zentralen Initiativen zählen der „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“, Investitionen in KI-Gigafabriken, ein neuer Rahmen für staatliche Beihilfen, ein Aktionsplan für erschwingliche Energie sowie maßgeschneiderte Strategien für Schlüsselindustrien wie Automobil, Stahl und Chemie. Besonders hervorgehoben wurde der neue Wettbewerbsfähigkeitsfonds mit einem Volumen von 400 Mrd. €, der Investitionen und Innovationen fördern soll. *Von der Leyen* nannte aber auch Herausforderungen wie die unvollständige Integration des Binnenmarkts und die hohe Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und kündigte Maßnahmen zur besseren Vernetzung der Energieinfrastruktur an. Sie erklärte, dass die Kommission, strategische Rohstoffprojekte fördert und auf Kreislaufwirtschaft setzt, um die Abhängigkeit von Drittstaaten zu verringern. Abschließend rief *von der Leyen* zu entschlossenem, geeintem Handeln auf.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-Verkehrsminister unterzeichnen gemeinsame Erklärung zur Beschleunigung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur für schwere Nutzfahrzeuge

Am 16.09.2025 haben die Verkehrsministerinnen und -minister von neun Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, mit der sie den Ausbau der Ladeinfrastruktur für schwere Nutzfahrzeuge beschleunigen wollen. Ziel der Initiative für saubere Transportwege (Clean Transport Corridor Initiative) ist es, die verkehrsbedingten Emissionen im Straßengüterverkehr nachhaltig zu senken und den Übergang zu klimafreundlicher Mobilität voranzutreiben. Der EU-Kommissar für Verkehr und Tourismus, *Apostolos Tzitzikostas* erklärt, dass bei der Initiative zunächst zwei transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V),



der Skandinavien-Mittelmeer-Korridor und der Nordsee-Ostsee-Korridor als Pilotprojekte für den Aufbau einer leistungsfähigen Ladeinfrastruktur dienen sollen.

Mit der Initiative soll eine engere Zusammenarbeit und die Überwindung zentraler Herausforderungen wie langwierige Genehmigungsverfahren, Standortmangel, fragmentierte Finanzierung und Netzkapazitätsprobleme erzielt werden. Die Kommission will gemeinsam mit den beteiligten Mitgliedstaaten einen konkreten Fahrplan zur Umsetzung erarbeiten. Langfristig soll die Initiative auf weitere TEN-V ausgeweitet werden, um europaweit die Voraussetzungen für einen klimafreundlichen Straßengüterverkehr zu schaffen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Wettbewerbsfähigkeitsrat: u.a. Austausch zu Vereinfachungsmaßnahmen und zur Binnenmarktstrategie

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie) diskutierte am 29.09.2025 u.a. über den Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF) als zentrales Element des EU-Haushalts für 2028-2034. Die meisten Ministerinnen und Minister riefen zur zügigen Umsetzung des ECF auf und forderten, dass die Mitgliedstaaten umfassend in die Beschlussfassung einbezogen, die Bedürfnisse der Unternehmen und Investoren berücksichtigt und kleinen und mittleren Unternehmen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Darüber hinaus wurden Vereinfachungsmaßnahmen und der Omnibus-Ansatz besprochen. Das Ziel solle ein vereinfachtes, transparentes und effizienteres Verfahren unter Inbezugnahme der Mitgliedstaaten, Unternehmen und Investoren sein, was den Verwaltungsaufwand verringert. Hierbei solle ein Gleichgewicht zwischen Rechtsvorschriften und Verwaltungslasten für Unternehmen geschaffen werden.

Im Rahmen der Binnenmarktstrategie sollen z.B. digitale Initiativen zur Senkung des Verwaltungsaufwands eingeleitet werden. Darüber hinaus hat der Wettbewerbsfähigkeitsrat (Forschung) am 30.09.2025 u.a. die Schlussfolgerung zur Bedeutung von Forschung und Innovation für die EU-Start-up- und Scale-up-Strategie angenommen (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates \(Binnenmarkt und Industrie\)](#)

[Pressemitteilung des Rates \(Forschung\)](#)

EFRAG initiiert Umfrage zur Marktakzeptanz des VSME von KMU

Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hat am 02.10.2025 eine Umfrage zur Marktakzeptanz des freiwilligen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von kleinen und mittleren Unternehmen ((KMU), „Voluntary Sustainability Reporting Standard for SMEs“, VSME) eingeleitet. Sie möchte den aktuellen Wissensstand zum und die Verwendung des VSME bewerten, der am 30.07.2025 von der Kommission vorgestellt wurde (EB 08/25).



Die EFRAG möchte auch die Akzeptanz bei Anwendern wie Finanzinstituten, Handelspartnern und Akteuren der Lieferkette messen, die den VSME als Quelle für Nachhaltigkeitsdaten heranziehen können. Ziel der Umfrage ist es, Hindernisse zu identifizieren und Chancen, die eine breitere Anwendung des Standards in ganz Europa fördern könnten. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 10.11.2025.

[Zur Umfrage](#)

EU und Vereinigtes Königreich bekräftigen ihren Wunsch nach Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen und Regulierung

Die EU und das Vereinigte Königreich (UK) haben in einem am 02.10.2025 veröffentlichten Policy Paper die Bedeutung eines intensiven und strukturierten Dialogs zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen und Regulierung bekräftigt. Die Veröffentlichung folgte auf die vierte Sitzung des EU-UK Financial Regulatory Forum, die am Vortag in Brüssel stattfand.

Insbesondere vereinbarten die Partner, ihre Gespräche über die Reform der Verbriefungsrahmen fortzusetzen und ihre jeweiligen Verfahren zur Umsetzung der beschleunigten Abwicklung von Börsentransaktionen nach dem „T+1“-Verfahren mit Stichtag 11.10.2027 (EB 06/25) zu koordinieren.

[Zum Policy Paper](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zum Gesetz über fortgeschrittene Werkstoffe

Die Kommission hat am 21.10.2025 eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zum angekündigten Gesetz über fortgeschrittene Werkstoffe eingeleitet. Die Initiative ist Teil des am 29.01.2025 (EB 02/25) vorgelegten Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit. Ziel der geplanten Verordnung ist es, einen strategischen Rahmen für die Entwicklung, den Einsatz und die Produktion fortgeschrittener Werkstoffe zu schaffen. Der Vorschlag wird für das 4. Quartal 2026 erwartet und soll den gesamten Forschungs- und Innovationszyklus – von der Konzeption über die Entwicklung bis hin zur Herstellung und Markteinführung – unterstützen.

Dabei sollen zentrale Herausforderungen adressiert werden, etwa die lange Zeitspanne von der Idee bis zur Kommerzialisierung sowie der Ausbau der Produktionskapazitäten in der EU. Die Verordnung soll zudem regulatorische Prozesse straffen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und zur Förderung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft beitragen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 13.01.2026.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Sondierung und zur öffentlichen Konsultation](#)



AUßENWIRTSCHAFT

EU und Indonesien schließen Verhandlungen über CEPA und IPA ab

Die EU und Indonesien haben am 23.09.2025 die Verhandlungen über das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) und das Investitionsschutzabkommen (IPA) abgeschlossen. CEPA und IPA schaffen eine Freihandelszone mit einem Markt von über 700 Mio. Verbrauchern. Konkret sollen Einfuhrzölle für 98,5 % der Güter abgeschafft und Verfahren für Warenausfuhren nach Indonesien vereinfacht werden – gleichzeitig wird der Zugang zum EU-Markt durch Quoten eingeschränkt. Außerdem können Dienstleistungen zukünftig von den Unternehmen direkt in Indonesien erbracht werden und Investitionen in Indonesien sollen ermöglicht werden. Geistiges Eigentum von Unternehmen soll geschützt und Instrumente zur Bekämpfung gefälschter Produkte eingeführt werden. Die Kommission wird die Abkommen in Kürze veröffentlichen und dem Rat für die Unterzeichnung, sowie dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorlegen. Nach der Unterzeichnung der Abkommen durch die EU und Indonesien, sowie der Ratifizierung durch Indonesien können CEPA und IPA in Kraft treten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite zu CEPA und IPA](#)

Unterzeichnung des überarbeiteten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Marokko

Am 03.10.2025 haben die Kommission und das Königreich Marokko das überarbeitete Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Marokko unterzeichnet. Zuvor erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) das ursprüngliche Abkommen zwischen der EU und Marokko am 04.10.2024 für nichtig, da er der Auffassung war, dass die Bevölkerung der Westsahara vor Abschluss des Abkommens nicht konsultiert worden war. Der EuGH gewährte eine einjährige Übergangsfrist bis 04.10.2025 zur Korrektur des Abkommens, bevor die Bestimmungen (u.a. Zollvergünstigungen auf marokkanische Produkte) außer Kraft treten. Das überarbeitete Abkommen soll das Gebiet der Westsahara in die bestehenden Handelsregelungen zwischen der EU und Marokko besser einbeziehen, indem ein neues Kennzeichnungssystem für Produkte aus der Westsahara eingeführt wird. Künftig müssen Ursprungsnachweise und Produktkennzeichnungen die Produktionsregionen Dakhla und Laayoune klar ausweisen. Die Zustimmung des Rates und des Europäischen Parlaments für den finalen Abschluss steht noch aus. Bis dahin gilt das Abkommen seit dem 03.10.2025 vorläufig.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Rat nimmt Beschluss zur weiteren Zollliberalisierung zwischen der EU und der Ukraine an

Der Rat hat am 13.10.2025 einen Beschluss über den Standpunkt der EU im Assoziationsausschuss in der Zusammensetzung „Handel“ mit der Ukraine hinsichtlich der Senkung oder Abschaffung von Zöllen für eine Reihe von Agrar- und Lebensmittelprodukten wie Milchprodukte, frisches Obst und Gemüse, Fleisch und



Fleischzubereitungen angenommen. Der Standpunkt der EU umfasst u. a. eine Verbesserung des Handels zwischen der EU und der Ukraine, einen Marktzugang der Ukraine in Abhängigkeit ihrer Angleichung an die EU-Produktionsstandards, einen Schutzmechanismus für bestimmte EU-Agrarsektoren, einen eingeschränkten Marktzugang für die sensibelsten Produkte und die vollständige Liberalisierung nur für bestimmte nicht sensible Produkte. Im nächsten Schritt ist es am Assoziationsausschuss EU-Ukraine in der Zusammensetzung „Handel“, den Beschluss über die Senkung und Abschaffung von Zöllen im Rahmen des Überprüfungsprozesses gemäß Art. 29(4) des Abkommens anzunehmen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat nimmt Beschluss zur weiteren Zollliberalisierung zwischen der EU und der Republik Moldau an

Der Rat hat am 18.09.2025 den Beschluss über den Standpunkt der EU im Assoziationsausschuss in der Zusammensetzung „Handel“ mit der Republik Moldau hinsichtlich der Senkung und Abschaffung von Zöllen angenommen (EB 08/25). Im nächsten Schritt ist es am Assoziationsausschuss EU-Moldau in der Zusammensetzung „Handel“, den Beschluss über die Senkung und Abschaffung von Zöllen im Rahmen des Überprüfungsprozesses gemäß Art. 147(4) des Abkommens anzunehmen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Japan und EU bekräftigen Engagement für stärkere wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit

Bei einem Treffen zwischen dem japanischen Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, *Yoji Muto* und *Stéphane Séjourné*, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission für Wohlstand und Industriestrategie am 16.09.2025 wurde die wirtschaftliche und industrielle Partnerschaft zwischen der EU und Japan weiter vertieft. Im Zentrum des Gesprächs stand die Wettbewerbsallianz, welche im Zuge des 30. EU-Japan-Gipfels am 23.07.2025 startete. Beide Seiten begrüßten deren Fortschritte ausdrücklich. Besonders hervorgehoben wurden die in dem Zuge neu geschlossene Absichtserklärungen und Kooperationsvereinbarungen zwischen führenden japanischen und europäischen Organisationen in strategischen Technologiebereichen. Angesichts globaler Herausforderungen im Handel und in der Sicherheit vereinbarten die Gesprächspartner, die Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen wie kritischen Rohstoffen, Batterien und Biotechnologie weiter auszubauen. Beide Seiten bekräftigten ihr gemeinsames Bekenntnis zu einer regelbasierten, freien und fairen Wirtschaftsordnung. Sie unterstrichen die Absicht, den beim Gipfel vereinbarten erweiterten hochrangigen Wirtschaftsdialog so bald wie möglich einzuberufen.

[Gemeinsame Pressemitteilung von Japans Wirtschaftsminister Yoji Muto und EU-Kommissionsvizepräsident Stéphane Séjourné](#)



Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Stärkung des Schutzes für EU-Landwirte im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens vor

Die Kommission hat am 08.10.2025 den Verordnungsvorschlag zur Umsetzung der bilateralen Schutzklausel des Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur („EU-Mercosur Partnership Agreement“, EMPA) und des Interimsabkommens („Interim Trade Agreement“, ITA) zwischen der EU und dem Mercosur über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorgelegt. Die Initiative ist Teil des am 03.09.2025 vorgelegten Kommissionsvorschlags zur Unterzeichnung und zum Abschluss des EMPA (EB 08/25). Die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen sollen den EU-Landwirten über die mit dem Mercosur für Einfuhren in sensiblen Sektoren vereinbarten Kontingente hinaus zusätzliche Sicherheit bieten. Im unwahrscheinlichen Fall eines unvorhergesehenen und schädlichen Anstiegs der Einfuhren aus dem Mercosur oder eines unangemessenen Preisverfalls für EU-Erzeuger würden rasche und wirksame Schutzmaßnahmen greifen. Im nächsten Schritt werden sich jeweils das Europäische Parlament und der Rat mit dem Verordnungsvorschlag befassen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission legt Verordnungsvorschlag zur Bewältigung der negativen Auswirkungen der weltweiten Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union vor

Die Kommission hat am 07.10.2025 einen Verordnungsvorschlag zur Bewältigung der negativen Auswirkungen der weltweiten Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union vorgelegt. Die Initiative ist Teil des am 19.03.2025 vorgelegten EU-Aktionsplans für Stahl und Metalle (EB 04/25) und umfasst folgende Maßnahmen: Begrenzung der zollfreien Einfuhrmengen auf 18,3 Mio. t pro Jahr, Verdopplung des Zollsatzes für Mengen außerhalb des Kontingents auf 50 % und Verbesserung der Rückverfolgbarkeit auf den Stahlmärkten durch Einführung einer Schmelz- und Gussanforderung, um Umgehungen zu verhindern. Nach Erhalt eines Mandats des Rates soll die Kommission zügig Verhandlungen mit den betroffenen Handelspartnern der EU aufnehmen, um ihnen länderspezifische Kontingente anzubieten. Die Ausfuhren aus Norwegen, Island und Liechtenstein sollen keinen Zollkontingenten oder Zöllen unterliegen. Der Vorschlag soll die Schutzmaßnahmen für Stahl ersetzen, die im Juni 2026 auslaufen werden. Im nächsten Schritt werden sich jeweils das Europäische Parlament und der Rat mit dem Verordnungsvorschlag befassen. Zudem veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zum Verordnungsvorschlag. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 11.12.2025.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)



Kommission korrigiert eine Reihe von EU-Ausgleichs- und Antidumpingzöllen auf Biodiesel aus Argentinien, China, Indonesien und den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Kommission hat am 15.09.2025 Korrekturen zu fünf Handelsschutzverordnungen betreffend Biodiesel veröffentlicht. Für vier dieser Verordnungen – die amerikanische, indonesische und argentinische Produkte betreffen – fügt die Kommission KN-/TARIC-Codes für nachhaltige Flugkraftstoffe (SAF) hinzu. Sie stellte fest, dass trotz der Aufnahme dieser Kraftstoffe in die Verordnungen die entsprechenden Codes nicht in den Text aufgenommen wurden und die Zölle daher nicht korrekt erhoben wurden. Im Falle Chinas fügt die Kommission ebenfalls KN-/TARIC-Codes hinzu, jedoch nur, um den Fluss nachhaltiger Flugkraftstoffe zu kontrollieren. Es steht derzeit nicht zur Debatte, diese Produkte mit Antidumpingzöllen zu belegen. Die Korrekturen stehen nicht im Zusammenhang mit der Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) vom 22.08.2025, die die EU-Ausgleichszölle auf indonesischen Biodiesel in Frage gestellt hat (EB 08/25).

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1868 \(Argentinien\)](#)

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1866 \(China\)](#)

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1883 \(Indonesien\)](#)

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1861 \(Vereinigte Staaten von Amerika - Antidumpingzoll\)](#)

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1869 \(Vereinigte Staaten von Amerika - Ausgleichszoll\)](#)

Kommission führt endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Glyoxylsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China ein

Die Kommission hat am 23.09.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1901 vom 22.09.2025 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Glyoxylsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Es handelt sich um einen chemischen Bestandteil, der in pharmazeutischen Produkten, Düngemitteln und Kosmetika verwendet wird. Ein vorläufiger Antidumpingzoll wurde bereits im März 2025 verhängt (EB 04/25). Der endgültige Zollsatz liegt zwischen 29,2 % und 124,9 % des Netto-Grenzpreises.

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1901](#)

Kommission führt endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Kettenplatten aus Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China ein

Die Kommission hat am 20.10.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/2081 vom 17.10.2025 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Kettenplatten aus Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Der endgültige Zollsatz beträgt 62,5 %.

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2081](#)



Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren bestimmter kaltgewalzter Flachstahlerzeugnisse mit Ursprung in Indien, Japan, Taiwan, der Türkei und Vietnam ein

Die Kommission hat am 18.09.2025 eine Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter kaltgewalzter Flachstahlerzeugnisse mit Ursprung in Indien, Japan, Taiwan, der Türkei und Vietnam veröffentlicht. Die Beschwerde kam von europäischen Stahlherstellern, vertreten durch Eurofer. Diese argumentieren, dass Billigimporte aus den genannten Ländern den europäischen Markt schädigen. Die Kommission sieht ausreichende Belege und startete daher das Verfahren.

[Zur Bekanntmachung C/2025/6246](#)

Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Alkylphosphonsäuren mit Ursprung in der Volksrepublik China ein

Die Kommission hat am 18.09.2025 eine Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter Alkylphosphonsäuren und ihrer Natriumsalze mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Die Chemikalien werden insbesondere in Reinigungsmitteln eingesetzt. Auslöser war eine Beschwerde des deutschen Unternehmens Lanxess, das vermutet, die chinesische Produktion sei staatlich subventioniert. In Anbetracht der vorgelegten Beweise und da bereits Antidumpingzölle auf bestimmte chinesische Alkylphosphatester, die ein verwandtes Produkt sind, bestehen, sieht die Kommission ausreichend Gründe für die Untersuchung.

[Zur Bekanntmachung C/2025/6237](#)

Kommission verlängert Antidumpingzoll auf gegossene Rohrformstücke, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke aus China und Thailand

Die Kommission hat am 19.09.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1890 vom 18.09.2025 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von gegossenen Rohrformstücken, Rohrverschlussstücken und Rohrverbindungsstücken, mit Gewinde, aus Temperguss und aus Gusseisen mit Kugelgranit, mit Ursprung in der Volksrepublik China und Thailand veröffentlicht. Die Maßnahme, die ursprünglich 2013 eingeführt wurde, bleibt aufgrund einer erneuten Überprüfung und nach Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bestehen. Die Zollsätze betragen weiterhin 24,6 bis 57,8 % für China und 14,9 bis 15,5 % für Thailand.

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1890](#)



Kommission verlängert Antidumpingzoll auf bestimmte Keramikprodukte mit Ursprung in der Volksrepublik China

Die Kommission hat am 08.10.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1981 vom 07.10.2025 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Geschirr und anderen Artikeln aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Die Maßnahme, die ursprünglich 2012 eingeführt wurde, bleibt aufgrund einer erneuten Überprüfung für fünf weitere Jahre bestehen. Die Zollsätze betragen weiterhin zwischen 13,1 % und 36,1 %, je nach Unternehmen.

[Zur Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1981](#)

EU legt Berufung gegen Welthandelsorganisations-Entscheidung zur Aufhebung ihrer Ausgleichszölle auf indonesischen Biodiesel ein

Die EU hat am 26.09.2025 ihre Entscheidung bekannt gegeben, gegen die Entscheidung des Panels der Welthandelsorganisation (WTO) vom 22.08.2025 (EB 08/25) zur Aufhebung ihrer Ausgleichszölle auf indonesischen Biodiesel Berufung einzulegen. Während Indonesien bedauerte, dass die EU beschlossen hat, vor einem nicht funktionsfähigen Berufungsgremium Berufung einzulegen, erinnerte die EU daran, dass sie Indonesien eingeladen hatte, sich der Mehrparteien-Interimsvereinbarung (MPIA) anzuschließen, damit beide Parteien trotz der Blockade der Ernennungen für das Berufungsgremium ihr Recht auf eine verbindliche Beilegung von Handelsstreitigkeiten wahren können. Angesichts der anhaltenden Uneinigkeit unter den WTO-Mitgliedern hinsichtlich der Besetzung der freien Stellen im Berufungsgremium gibt es derzeit keine Berufungsinstanz, die sich mit der Berufung in der Streitigkeit über die von der EU auf Einfuhren von Biodiesel aus Indonesien erhobenen Ausgleichszölle befassen könnte.

[Pressemitteilung der WTO](#)

WTO-Panel beanstandet EU-Ausgleichszoll auf bestimmte indonesische Stahlerzeugnisse

Ein Panel der Welthandelsorganisation (WTO) hat am 02.10.2025 entschieden, dass der von der Kommission im Jahr 2022 verhängte Ausgleichszoll auf kaltgewalzte Flacherzeugnisse aus nicht rostendem Stahl aus Indonesien nicht vollständig mit den WTO-Regeln vereinbar ist. Das Panel stellte fest, dass die Kommission bestimmte Beihilfen, die dem indonesischen Stahlsektor gewährt wurden, fälschlicherweise der indonesischen Regierung zugeordnet und als unfaire Subventionen eingestuft hat. Zudem ging sie irrtümlich davon aus, dass sämtliche Nickelminen, die die indonesische Stahlindustrie beliefern, staatlich betrieben werden. Während das Panel einige Argumente Indonesiens zur Vorgehensweise der Kommission bei der Untersuchung zurückwies, vertrat es zugleich die Auffassung, dass Indonesien die Möglichkeit hätte erhalten müssen, die Einstufung der Befreiung bestimmter Rohstoffe von Einfuhrzöllen als Subventionen zu prüfen. Vor diesem Hintergrund ist die Kommission nun aufgefordert, ihre Maßnahme anzupassen – entweder durch eine Überprüfung der Untersuchung oder durch Aufhebung des Ausgleichszolls. Neben dem Ausgleichszoll hatte Indonesien auch



den von der Kommission im Jahr 2021 verhängten Antidumpingzoll auf dieselben Produkte angefochten. In diesem Fall folgte das Panel den Argumenten Indonesiens jedoch nicht.

[Zum Bericht des WTO-Panels](#)

Kommission aktualisiert Liste der Ausfuhrkontrollen unterliegenden Güter mit doppeltem Verwendungszweck

Die Kommission hat am 08.09.2025 eine delegierte Verordnung zur Aktualisierung der Liste der Güter mit doppeltem Verwendungszweck angenommen, die den Verpflichtungen im Rahmen der multilateralen Ausfuhrkontrollregelungen (Wassenaar-Abkommen, Raketentechnologie-Kontrollregime, Australische Gruppe und Gruppe der nuklearen Zulieferer) entspricht. Mit der Aktualisierung werden Kontrollen für sensible neue Technologien eingeführt, darunter Quantentechnologien, Halbleiter, Hochleistungsrechner, Hochtemperaturbeschichtungen, additive Fertigung und Peptidsynthese. Die neuen Technologien, die in jedem Mitgliedstaat Kontrollen unterliegen müssen, sind in Anhang I der delegierten Verordnung aufgeführt.

[Zur delegierten Verordnung](#)

Kommission veröffentlicht fünften Jahresbericht für FDI

Die Kommission hat am 14.10.2025 den fünften Jahresbericht für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (FDI) in der EU veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die Zahl der Mitteilungen an dem sog. Kooperationsmechanismus im Vergleich zu 2021, dem ersten vollständigen Jahr seines Bestehens, um 15 % gestiegen ist. 2024 wurden 477 Investitionen gemeldet, von denen nur 8 % einer eingehenden Bewertung des Sicherheitsrisikos bedurften. Ende 2024 verfügten 24 Mitgliedstaaten über nationale Rechtsvorschriften zur Überprüfung FDI. Die Kommission legte am 24.01.2024 einen Verordnungsvorschlag vor, der die festgestellten Mängel der Verordnung vom 19.03.2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung von FDI in der Union beheben soll. Der Vorschlag wird derzeit in den Trilog-Verhandlungen mit dem Rat und dem Europäischen Parlament beraten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Informeller Rat der EU-Handelsminister über die Zukunft der Handelsbeziehungen Europas

Der informelle Rat der EU-Handelsministerinnen und -minister diskutierte bei seinem Treffen am 14.10.2025 über die Zukunft der Handelsbeziehungen Europas. Dominiert wurden die Gespräche von dem enormen Druck auf das internationale regelbasierte Handelssystem und die jüngsten Herausforderungen für die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Hinzu kommen die verschärften chinesischen Exportkontrollen, die vor allem in der europäischen Technologie- und Autoindustrie zu Problemen führen. All diese Entwicklungen erfordern gemäß den Handelsministern eine entschlossene, aber koordinierte europäische Reaktion. Handelsbeziehungen zu verschiedenen Partnern weltweit sollen ausgebaut und gestärkt, sowie



bilaterale Handelsabkommen der EU vorangetrieben werden. Außerdem soll die von der Kommission angekündigte Initiative zur wirtschaftlichen Sicherheit dazu beitragen, die Verwundbarkeit der EU zu verringern und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, um damit den Herausforderungen für das internationale Handelssystem entgegenzuwirken.

[Pressemitteilung des Rates](#)

ENERGIE

Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren fest

Die Ausschüsse für internationalen Handel (INTA) und für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments (EP) haben sich am 16.10.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 17.06.2025 (EB 06/25) über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren positioniert und für die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen mit dem in den Ausschüssen angenommenen Bericht gestimmt. Der Standpunkt des EP geht über den Kommissionsvorschlag hinaus und sieht u.a. ein Verbot russischer Gasimporte für neue Verträge ab dem 01.01.2026 und für bestehende kurzfristige und langfristige Lieferverträge ab dem 17.06.2026 bzw. 01.01.2027 vor. Außerdem soll die vorübergehende Speicherung von Erdgas russischen Ursprungs in EU-Anlagen ab dem 01.01.2026 verboten werden. Betreiber sollen bei den Zollbehörden strengere und detailliertere Nachweise über das Produktionsland des Gases vorlegen. Ölimporte sowie Importe von Erdölprodukten aus russischem Rohöl sollen bis zum 01.01.2026 eingestellt werden. Herkunftsnachweise für Ölpipelines, eine vierteljährliche Prüfung und eine von der Kommission verwaltete Liste von LNG-Terminals sollen eingeführt werden. Die Überprüfungsklausel, die es der Kommission erlaubt hätte, das Importverbot vorübergehend auszusetzen, soll gestrichen werden. Nachdem das Mandat des EP zur Aufnahme der Verhandlungen in der darauffolgenden Plenartagung nicht abgelehnt wurde und der Rat sich am 20.10.2025 positioniert hat (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

Rat legt Standpunkt zum Verordnungsvorschlag über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren fest

Der Rat hat sich am 20.10.2025 zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 17.06.2025 (EB 06/25) über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren und eine bessere Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten positioniert. Der Vorschlag sieht ein rechtsverbindliches Importverbot ab dem 01.01.2028 vor – eine Frist, die der Rat im Gegensatz zum Europäischen Parlament (EP, siehe weiteren Beitrag in diesem EB) beibehält. Der Ratsstandpunkt enthält Übergangsregelungen für neue und kurzfristige Lieferverträge ab 2026 sowie Vereinfachungen bei Zoll- und Genehmigungsverfahren für nicht-russisches,



insbesondere für Einfuhren aus Ländern, die bestimmte Kriterien erfüllen. Mitgliedstaaten, die keine russischen Gasimporte mehr erhalten, sollen von der Pflicht zur Vorlage nationaler Diversifizierungspläne ausgenommen werden; Staaten mit fortbestehenden Ölimporten müssen entsprechende Pläne vorlegen. Weitere Elemente betreffen den Informationsaustausch zwischen Behörden, eine Überprüfung der Umsetzung nach zwei Jahren sowie Kriterien für eine vorübergehende Aussetzung des Importverbots bei Versorgungskrisen. Nachdem sich die EP-Ausschüsse für internationalen Handel (INTA) und für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) bereits am 16.10.2025 positioniert haben und das EP-Mandat in der darauffolgenden Plenartagung nicht abgelehnt wurde (siehe weiteren Beitrag in diesem EB), können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kommission initiiert Konsultation betreffend einen EU-Rahmen für die Berechnung des Treibhauspotenzials von Neubauten

Die Kommission hat am 03.10.2025 eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung von Anhang III der überarbeiteten Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) hinsichtlich des Unionsrahmens für die nationale Berechnung des Treibhauspotenzials über den gesamten Lebenszyklus initiiert. Gemäß Art. 7 Abs. 3 der überarbeiteten EPBD muss die Kommission einen EU-Rahmen schaffen, damit Fachleute das Treibhauspotenzial neuer Gebäude über deren gesamten Lebenszyklus berechnen können. Die Anforderung, das Lebenszyklus-Treibhauspotenzial zu berechnen, gilt ab 2028 für große neue Gebäude und ab 2030 für alle neuen Gebäude. Ziel ist es, die nationalen Werte für das Lebenszyklus-Treibhauspotenzial neuer Gebäude vergleichbar zu machen. Die Annahme der delegierten Verordnung ist für das 4. Quartal 2025 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 31.10.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Konsultation zu CO₂-Märkten und -Infrastruktur

Die Kommission hat am 06.10.2025 eine öffentliche Konsultation zu den geplanten Rechtsvorschriften und der geplanten Folgenabschätzung zu CO₂-Märkten und -Infrastruktur in der EU eingeleitet. Ziel der Konsultation ist es, Rückmeldungen für eine künftige Gesetzgebung zu erhalten, mit der der Aufbau wettbewerbsfähiger CO₂-Märkte und einer leistungsfähigen Transportinfrastruktur innerhalb der EU unterstützt werden soll. Die Initiative baut unter anderem auf der Mitteilung zum Klimaziel 2040 auf, die die Bedeutung von CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung (CCUS) insbesondere für emissionsintensive Sektoren betont. Die Kommission plant die Vorlage eines Verordnungsvorschlags für das 3. Quartal 2026. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 09.01.2026.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)



Kommission beschließt überarbeitete Finanzierungsregeln für ACER

Die Kommission hat am 11.09.2025 einen Beschluss vom 08.09.2025 über die an die Agentur der EU für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zu entrichtenden Gebühren für ihre Aufgaben gemäß der Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (REMIT) veröffentlicht. Gemäß der REMIT ist die ACER berechtigt, von Unternehmen, die REMIT-Daten melden, Gebühren zu erheben, um ihre Überwachungstätigkeiten zu finanzieren. Der Beschluss der Kommission soll sicherstellen, dass die ACER über die notwendigen Ressourcen verfügt, um den seit 2021 beobachteten jährlichen Anstieg der Datenmeldungen um 47 % zu überwachen, und führt damit zu einer erheblichen Erhöhung der Gebühren. Die überarbeiteten Finanzierungsregeln sind am 15.09.2025 in Kraft getreten.

[Zum Beschluss der Kommission](#)

Kommission legt sieben Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise fest

Die Kommission hat am 21.10.2025 sieben Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise festgelegt, die auf dem am 26.02.2025 vorgelegten Aktionsplan für erschwingliche Energie (EB 03/25) aufbauen und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollen: (i) Staatliche Beihilfen (CISAF): vollständige Nutzung zur Unterstützung energieintensiver Industrien; Leitlinien sollen bis Jahresende folgen. (ii) EU-Kohäsionsfonds: Investitionen in Netze und Speicher über überarbeitete Programme bis Jahresende. (iii) Stromabnahmeverträge (PPA): Förderung durch Finanzinstitutionen; Pilotprogramm über 500 Mio. € gestartet. (iv) Genehmigungsverfahren: zügige Umsetzung der überarbeiteten Richtlinie für erneuerbare Energien (RED III); zusätzliche Maßnahmen im Netzpaket geplant. (v) Netzausbau: Verbesserung grenzüberschreitender Leitungen; Initiative „Energieautobahnen“ angekündigt. (vi) Gasversorgung: Ausbau der Partnerschaften; Bedarfserhebung in Südosteuropa geplant. (vii) Energiebesteuerung: Empfehlungen zur Senkung, insbesondere für Industrie und schutzbedürftige Verbraucher.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Beschreibung des Pilotprogramms zur Förderung von PPA](#)

Gemeinsame Initiative von Kommission und EIB zur Förderung der Energieeffizienz in KMU

Die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) verkündeten am 11.09.2025 die gemeinsame Initiative „Energieeffizienz für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“. Ziel ist es, die Energieeffizienz von KMU in der EU zu verbessern. Bis 2027 sollen über 65 Mrd. € mobilisiert werden, um mehr als 350.000 Unternehmen zu unterstützen. Die Maßnahmen sollen den CO₂-Ausstoß senken und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der KMU stärken und stehen damit im Einklang mit dem Clean Industrial Deal und dem Aktionsplan für bezahlbare Energie. Im Rahmen der Initiative soll eine zentrale Anlaufstelle für Energieeffizienz für KMU eingeführt werden, die das gesamte Kreditangebot der EIB-Gruppe enthält. Außerdem wird eine Investitionsplattformen eingerichtet, die speziell auf Energieeffizienzprojekte von KMU ausgerichtet ist. Neben



der Projektfinanzierung soll die Plattform die Investorenbasis verbreitern und wichtiges Kapital für das europäische Energieeffizienz-Ökosystem anziehen. Die Unterstützung durch die Kommission umfasst Garantien aus dem EU-Haushalt, die im Rahmen des Investitionsprogramms "InvestEU" und des Umweltprogramms „L'Instrument Financier pour l'Environnement“ (LIFE) angeboten werden. Die Kommission setzt außerdem eine Arbeitsgruppe ein, um Hindernisse zu beseitigen und Finanzierungslösungen zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der KMU zugeschnitten sind.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommissionspräsidentin bekräftigt auf Weltgipfel zu erneuerbaren Energien Engagement der EU für die grüne Transformation

Am 22.09.2025 bekräftigte die Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* beim Weltgipfel für erneuerbare Energien im Rahmen der UN-Generalversammlung und der Climate Week in New York das Engagement der EU für die grüne Transformation. Sie hob die Verdoppelung der Produktion erneuerbarer Energien in Europa hervor und betonte deren Sicherheit und Bezahlbarkeit, insbesondere im Kontext der Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs. Zudem verwies sie auf das EU-Programm Global Gateway, das Investitionen in die Energiewende in Drittstaaten fördert. Gleichzeitig bekräftigte die Kommission in einem gemeinsamen Schreiben mit weiteren internationalen Akteuren die Notwendigkeit einer fairen und gerechten Energiewende, die weltweite Unterschiede durch Investitionen und Finanzhilfen überbrücken soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Rede der Kommissionspräsidentin](#)

EU-Strommarkt von stündlichen auf 15-minütige Handelsintervalle umgestellt

Der EU-Strommarkt wurde am 30.09.2025 für den nächsten Tag von stündlichen auf 15-minütige Handelsintervalle umgestellt. Diese Umstellung ist in der Verordnung vom 05.09.2019 über den Elektrizitätsbinnenmarkt vorgesehen und betrifft sowohl den Day-Ahead- als auch den Intraday-Markt. Die 15-minütige Markteinheit ist Teil des sogenannten Single Day-Ahead Coupling (SDAC), dem System, das die Day-Ahead-Strommärkte aller EU-Mitgliedstaaten miteinander verbindet. Mit der neuen Taktung werden Strompreise nun alle 15 Minuten berechnet. Dadurch spiegeln sich die erwartete Erzeugung und der erwartete Verbrauch deutlicher in den Preisen wider. Dies soll das europäische Stromsystem flexibler, zuverlässiger und bereit für den wachsenden Anteil erneuerbarer Energien machen. Eine genauere Prognose von Angebot und Nachfrage sowie eine erleichterte Integration erneuerbarer Quellen sollen dazu beitragen, die Klima- und Energieziele der EU effizienter zu erreichen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Europäische Industrieallianz für kleine modulare Reaktoren veröffentlicht strategischen Aktionsplan

Im Anschluss an ihre zweite Generalversammlung am 01.09.2025 (EB 08/25) hat die europäische Industrieallianz für kleine modulare Kernreaktoren (SMR) am 12.09.2025 ihren strategischen Aktionsplan veröffentlicht. Darin werden die für die nächsten fünf Jahre geplanten Aktivitäten zur Förderung des Einsatzes von SMR in Europa detailliert beschrieben. Der Plan umfasst zehn konkrete Maßnahmen, die auf die wichtigsten Herausforderungen abzielen, wie z. B. die Marktnachfrage nach SMR über die Stromerzeugung hinaus, die Erschließung finanzieller Möglichkeiten und die Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum strategischen Aktionsplan](#)

Europäisches Parlament veröffentlicht Studie zur Methode zur Bewertung der Einsparungen an Treibhausgasemissionen durch kohlenstoffarme Brennstoffe

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments hat am 11.09.2025 eine Studie zur Methode der Bewertung der Einsparungen an Treibhausgasemissionen durch kohlenstoffarme Brennstoffe veröffentlicht. Demnach schafft die von der Kommission am 08.07.2025 angenommene delegierte Verordnung einen harmonisierten, transparenten Rahmen, in dem Kraftstoffe technologieoffen definiert werden. Sie sei für einen funktionierenden Wasserstoffmarkt unerlässlich, schaffe jedoch weder Nachfrage noch finanzielle Anreize. Die Erreichung der Emissionsminderungsziele hänge von einer zuverlässigen Messung und Berichterstattung der Methanemissionen ab.

[Zur Studie](#)

Energierat: u.a. Austausch zur Elektrifizierung und zur Energieversorgungssicherheit und -resilienz in der Ukraine und Moldau

Bei der Sitzung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie am 20.10.2025 haben sich die Energieministerinnen und -minister zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 17.06.2025 (EB 06/25) über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren und eine bessere Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten positioniert (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Zudem diskutierten die Minister die Rolle der Elektrifizierung für einen wettbewerbsfähigen und sauberen Übergang in der EU. Im Fokus standen Chancen, Herausforderungen und das Potenzial zur Dekarbonisierung in Schlüsselbranchen. Dabei wurde erörtert, welche Sektoren das größte Potential hierfür bieten und wie die EU geeignete Anreize für die Elektrifizierung der Industrie schaffen und zugleich Unternehmen genügend Flexibilität lassen kann, um auf Preissignale und Nachfragen zu reagieren. Dies soll in einen Aktionsplan der Kommission, der vsl. Anfang 2026 erscheinen wird, einfließen. Zudem tauschten sich die Minister über die Energiesicherheit und die Integration der Ukraine und Moldaus in den EU-Energiemarkt aus.

[Pressemitteilung des Rates](#)



ACER veröffentlicht Stellungnahme zum "Bidding Zone Review" des ENTSO-E

Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) hat am 18.09.2025 eine Stellungnahme zu dem am 28.04.2025 (EB 05/25) vom Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) vorgelegten Bericht zur Gebotszonenprüfung („Bidding Zone Review“) veröffentlicht. Darin kommt die ACER zu dem Schluss, dass der Bericht des ENTSO-E im Großen und Ganzen mit dem rechtlichen und regulatorischen Rahmen der EU übereinstimmt, jedoch die Vorteile einer Neugestaltung der europäischen Stromgebotszonen erheblich unterschätzt. Die ACER schätzt die Vorteile einer Teilung der deutsch-luxemburgischen und der niederländischen Strompreiszone auf 450 bis 540 Mio. € pro Jahr, was 70 % über der Einschätzung der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) liegt. Während die Stellungnahme der ACER nicht als Empfehlung für die Entscheidungen der Mitgliedstaaten zur Änderung der derzeitigen Gebotszonen gedacht sei, müssen diese Entscheidungen bis zum 28.10.2025 (sechs Monate nach Veröffentlichung des ENTSO-E-Berichts) getroffen werden. Möchten einzelne Mitgliedstaaten ihre Gebotszonenkonfiguration ändern, ohne dass eine einstimmige Einigung zwischen den betroffenen Parteien erzielt wird, hat wiederum die Kommission (nach Konsultation der ACER) sechs Monate Zeit, um eine Entscheidung zu treffen.

[Pressemitteilung von ACER](#)

Mögliche Teilung der deutschen Strompreiszone: EuG hebt Entscheidung der ACER auf

Das Europäische Gericht (EuG) hat am 01.10.2025 in den verbundenen Rechtssachen T-600/23 (Klage der Bundesnetzagentur vom 28.09.2023) und T-612/23 (Klage der Bundesrepublik Deutschland vom 28.09.2023, EB 01/24) die Entscheidung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) vom 07.07.2023 aufgehoben. Gegenstand der aufgehobenen Entscheidung war die Methodik zur Berechnung der Day-Ahead- und Intraday-Cross-Zonal-Kapazitäten innerhalb der Core Capacity Calculation Region (CORE). Nach Auffassung des Gerichts war es nicht gerechtfertigt, dass ACER neue Anforderungen, wie beispielsweise eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, in die Methodik zur Berechnung der Kapazität eines internen Netzelements einführte, das erheblich vom Handel zwischen Zonen innerhalb der CORE-Region betroffen ist. Der Streit um die Methodik stand im Zusammenhang mit der Diskussion über eine mögliche Teilung der deutschen Strompreiszone, deren Umsetzung weitreichende Auswirkungen auf die Strompreise und die energiepolitische Steuerung in einzelnen Bundesländern hätte.

[Pressemitteilung von ACER](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäisches Parlament und Rat bestätigen politische Einigung zu Verordnungsvorschlag zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

Am 23.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments die zum Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik aus Kunststoffgranulat („Pellet-Verordnung“) im April 2025 erzielte vorläufige politische Einigung angenommen. Eine Abstimmung erfolgte nicht, da zuvor keine Änderungs- oder Ablehnungsanträge gestellt worden waren (Verfahren in zweiter Lesung). Der Rat hatte die Einigung bereits am 22.09.2025 förmlich bestätigt. Die neue Verordnung wird nun ausgefertigt und im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten. Die neue Verordnung muss dann nach einer Übergangszeit von zwei Jahren nach ihrem Inkrafttreten angewandt werden (für den Seeverkehr nach drei Jahren).

[Pressemitteilung EP](#)

[Pressemitteilung Rat](#)

Europäisches Parlament und Rat bestätigen politische Einigung zu Bodenüberwachungsgesetz

Am 23.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments die im April 2025 erzielte vorläufige politische Einigung zum Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz („Bodenüberwachungsgesetz“) angenommen. Drei zuvor eingereichte Ablehnungsanträge waren mit 341 Nein-Stimmen zu 220 Ja-Stimmen und bei 10 Enthaltungen abgelehnt worden. Am 29.09.2025 hatte bereits der Rat das Trilogergebnis formell bestätigt. Ziel des Bodenüberwachungsgesetzes ist es, bis 2050 gesunde Böden in der EU zu erreichen. Dafür werden insbesondere die Überwachung und Bewertung des Gesundheitszustands der Böden durch die Mitgliedstaaten vorgesehen. Es folgen nun die Ausfertigung und Veröffentlichung im Amtsblatt der EU. Die Mitgliedstaaten haben nach dem Inkrafttreten der Richtlinie drei Jahre Zeit für die Umsetzung in nationales Recht.

[Pressemitteilung EP](#)

[Pressemitteilung Rat](#)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV

Am 21.10.2025 hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2026 sowie einen ersten Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung für das Jahr 2025 vorgelegt (siehe hierzu Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB). Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV sind insbesondere die Ankündigung neuer Gesetzgebungsinitiativen in den Bereichen Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft. Im Rahmen des Gesetzgebungspakets „Klima für das kommende Jahrzehnt“ sollen die nationalen Ziele und Flexibilitäten im



Rahmen der EU-Klimapolitik überarbeitet und das EU-Emissionshandelssystem für den Seeverkehr, den Luftverkehr und für ortsfeste Anlagen, einschließlich der entsprechenden Marktstabilitätsreserve, aktualisiert werden, außerdem ist die Veröffentlichung eines integrierten europäischen Rahmens für Klimaresilienz geplant. Im Bereich Kreislaufwirtschaft kündigt die Kommission die Vorlage eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes an. Angekündigt wird auch, dass die Kommission einige Vorschläge zurückziehen bzw. aufheben will, darunter auch einen Vorschlag für eine Verordnung über einen Monitoringrahmen für widerstandsfähige europäische Wälder.

In dem Bericht über Vereinfachung wird insbesondere die Vorlage eines Omnibus-Pakets im Bereich Umwelt noch im Jahr 2025 angekündigt.

[Pressemitteilung](#)

Tagung des Umweltrats am 21.10.2025

Am 21.10.2025 fand die Tagung des Umweltrats unter dänischer Präsidentschaft statt. Für die Kommission nahmen Umweltkommissarin *Jessika Roswall*, Klimakommissar *Wopke Hoekstra* und der Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten *Costas Kadis* teil. Deutschland wurde durch Bundesumweltminister *Carsten Schneider* vertreten. Die Umweltministerinnen und -minister beschlossen in nicht-öffentlicher Sitzung Ratschlussfolgerungen zur Vorbereitung auf die UN-Klimakonferenz COP 30. Ferner wurden Ratschlussfolgerungen zur Wasserresilienz-Strategie verabschiedet. Es fand ein Gedankenaustausch zum Europäischen Meerespakt statt und die Kommission stellte den jährlichen Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung vor. Außerdem tauschten sich die Umweltministerinnen und -minister insbesondere zur EU-Entwaldungsverordnung, über die Notwendigkeit einer Modernisierung der EU-Chemikalienverordnung REACH (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) und zur Berücksichtigung der Umweltagenda im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) aus. Die Kommission kündigte einen Vorschlag betreffend das Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (ETS2) an und informierte über verschiedene internationale Tagungen.

[Pressemitteilung](#)

Umweltausschuss des Europäischen Parlaments und Rat auf Botschaferebene bestätigen politische Einigung zu novellierten Schadstofflisten bezüglich oberirdischer Gewässer und Grundwasser

Am 20.10.2025 hat der Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) die am 23.09.2025 zwischen den Verhandlungsführern von Rat und EP erzielte vorläufige politische Einigung zur Aufnahme verschiedener prioritärer Stoffe in die Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG), die Grundwasserrichtlinie (Richtlinie 2006/118/EG) und die Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik (Richtlinie 2008/105/EG) mit 61 Ja-Stimmen zu 16-Nein-Stimmen und bei 7 Enthaltungen förmlich bestätigt. Der Rat auf Botschaferebene (AStV I) hatte der Einigung



bereits am 08.10.2025 zugestimmt. Ziel ist es, die Qualität von Grund- und Oberflächenwasser in der EU zu verbessern. Insbesondere sollen in die Schadstofflisten bei Grundwasser Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), bestimmte Arzneimittel und industrielle Substanzen aufgenommen werden. Bei Oberflächengewässern soll die Summe der bisher vorgeschlagenen 24 PFAS-Stoffe um Trifluoressigsäure ergänzt werden. Außerdem sollen verschiedene Arzneimittel, Industriechemikalien und Pestizide aufgenommen werden. Für Pestizide in Oberflächengewässern wird ein Summenstandard von 0,2 µg/l eingeführt.

In einem nächsten Schritt wird der Rat auf Ministerebene die Einigung förmlich annehmen und damit seine Position in erster Lesung festlegen. Anschließend wird diese vom EP in zweiter Lesung bestätigt, bevor die neue Richtlinie von der Kommission im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten und muss von den Mitgliedstaaten bis zum 21.12.2027 in nationales Recht umgesetzt werden.

[Abstimmungsergebnis ENVI](#)

[Pressemitteilung politische Einigung \(Rat\)](#)

[Pressemitteilung politische Einigung \(EP\)](#)

Konsultationen zum Schiffsrecycling veröffentlicht

Am 20.10.2025 hat die Kommission zwei Konsultationen zum Schiffsrecycling veröffentlicht. Es sollen das Format der Recyclingbescheinigung und das Format der Bescheinigung über das Inventar von Gefahrstoffen aktualisiert werden, sodass Schiffseigner ihren Verpflichtungen künftig mit einer einzelnen Bescheinigung nachkommen können. Stellungnahmen zu den beiden Konsultationen sind bis zum 17.11.2025 möglich. Die Annahme der beiden Durchführungsbeschlüsse durch die Kommission ist zeitnah geplant.

[Konsultation Recyclingfähigkeitsbescheinigung](#)

[Konsultation Gefahrstoffbescheinigung](#)

Copernicus-Klimabericht vermeldet einen überdurchschnittlich warmen September

Am 09.10.2025 hat das EU-Erdbeobachtungsprogramm Copernicus seinen monatlichen Klimabericht veröffentlicht. Der satellitengestützte Informationsdienst der EU-Kommission ordnet den September 2025 global als drittwärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen ein. Er liegt mit einer durchschnittlichen Oberflächen-Lufttemperatur von 16,11°C um 0,66°C über dem Durchschnitt der Jahre 1991 - 2020 für September und wird nur von den Vergleichsmonaten in den Jahren 2023 und 2024 noch übertroffen. Auch die Wasser-Oberflächentemperatur erreichte mit 20,72°C ihren dritthöchsten Wert. Die arktische Meereisausdehnung lag 11,5 % unter dem Durchschnitt und liegt damit im ungefähren Durchschnitt der Jahre seit 2007. Das Niederschlagsbild ist laut Copernicus über den Kontinent hinweg uneinheitlich – während West- und Zentraleuropa sowie der Großteil Skandinaviens eher mehr Niederschlag erfuhren, fiel unterdurchschnittlich viel Regen in großen Teilen der iberischen Halbinsel, auf dem Balkan und in der Ukraine, Belarus und



Westrussland. Dort war der Monat überdurchschnittlich trocken und warm im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1991 - 2020.

[Pressemitteilung](#)

Kommission initiiert Konsultation zu CO₂-Märkten und -Infrastruktur

Am 06.10.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu einer geplanten Initiative zur Errichtung eines Marktes zur CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung in der EU veröffentlicht. Die Einführung eines solchen industriellen CO₂-Managements sei notwendig, um die Klimaziele der EU für 2050 zu erreichen. Es sollen mit der geplanten Verordnung wettbewerbsfähige Märkte und eine Transportinfrastruktur für CO₂ geschaffen werden. Stellungnahmen zu der Konsultation sind bis zum 09.01.2026 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2026 geplant (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zur Umwelt in Europa 2025

Am 29.09.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) den Bericht zur Umwelt in Europa 2025 veröffentlicht, der den Zustand der Umwelt in Europa als besorgniserregend bezeichnet. Fortschritte wurden zwar bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der Luftverschmutzung, wie auch beim Recycling und der Ressourceneffizienz erzielt. Als dringende Herausforderungen werden aber der Verlust der Biodiversität und von Ökosystemen bezeichnet. Hier seien weitere Verschlechterungen abzusehen. Auch die Folgen des Klimawandels - genannt werden Hochwasser, Trockenheit und Waldbrände - stellen laut EEA eine dringliche Herausforderung dar. Sie gefährdeten die Sicherheit, die öffentliche Gesundheit, Ökosysteme, die Lebensmittelsicherheit, die Infrastruktur und die Wirtschaft. Es sei ein Wandel der Produktions- und Konsummuster erforderlich, um eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und hohe Lebensqualität aufrechtzuerhalten. Dafür wird die Intensivierung der Umsetzung der im Rahmen des Europäischen Green Deal beschlossenen Maßnahmen gefordert. Diese stünden im Einklang mit den Prioritäten des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit. Bezüglich Deutschlands kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass eine Beschleunigung in den Bereichen Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs und Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien, Verwendung von kreislauffähigen Materialien und Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus erforderlich sei. Bei der Gesamtabfallmenge und den klimabedingten wirtschaftlichen Verlusten gehe der Trend in die falsche Richtung. Die EEA ist verpflichtet, alle fünf Jahre einen Bericht über den Zustand der Umwelt in Europa vorzulegen. Grundlage des Berichts sind Daten aus 38 Ländern.

[Pressemitteilung](#)



Nitratausschuss stimmt Einsatz von RENURE-Düngemitteln zu

Am 19.09.2025 hat der Nitratausschuss, bestehend aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten, dem Vorschlag der Europäischen Kommission zum Einsatz von RENURE-Düngemitteln zugestimmt. RENURE steht für „Recovered Nitrogen from Manure“ und bezeichnet aus behandeltem Güllematerial gewonnene Düngemittel, die qualitativ mit mineralischem Stickstoffdünger vergleichbar, jedoch umweltfreundlicher sind. Die Zustimmung erlaubt es den Mitgliedstaaten, RENURE-Dünger oberhalb der bislang geltenden Grenzwerte der Nitratrichtlinie einzusetzen. Dies soll den Ersatz chemischer Dünger fördern, die Kosten für Landwirte senken und die strategische Autonomie der EU-Landwirtschaft stärken, während gleichzeitig Wasser- und Umweltschutz gewährleistet bleiben. Sofern weder das Europäische Parlament noch der Rat vor Ablauf der dreimonatigen Prüffrist den Vorschlag ablehnen, kann die Kommission die Anpassung der Nitratrichtlinie offiziell verabschieden. Die Umsetzung erfolgt durch die Mitgliedstaaten. Umweltkommissarin *Jessika Roswall* betonte die Vorteile für eine effiziente Nährstoffnutzung und den Umweltschutz.

[Pressemitteilung](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV

Am 21.10.2025 hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2026 sowie einen ersten Überblicksbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung für das Jahr 2025 vorgelegt (siehe hierzu Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB). Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV sind insbesondere die Ankündigung neuer Gesetzgebungsiniciativen im Bereich der Produktsicherheit, namentlich eines Europäischen Produktgesetzes, mit dem der neue Rechtsrahmen für Produkte und die Regelungen zur Marktüberwachung und Produktkonformität aktualisiert werden sollen, und die Vorlage eines Gesetzes über digitale Fairness. Die Kommission kündigt zudem eine nicht-legislative „Nutztier-Strategie“ an, die sich auch auf Bereiche des Tierwohls erstrecken soll. Ferner sind Evaluierungen und Eignungsprüfungen, z. B. zur Marktüberwachungs-, der Kosmetik- und der Biozidverordnung, des Rechtsrahmens für die Tabakkontrolle und des Tiergesundheitsrechts geplant. Auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit soll evaluiert werden. Angekündigt wird auch, dass die Kommission einige Vorschläge zurückziehen bzw. aufheben will, darunter u.a. ein Richtlinienvorschlag über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Exposition gegenüber Karzinogenen, Mutagenen oder reproduktionstoxischen Stoffen bei der Arbeit (Kodifizierung) und ein Vorschlag für einen Ratsbeschluss zur Vorlage eines Vorschlags zur Aufnahme weiterer Chemikalien in die Anlagen des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe.

In dem Bericht über Vereinfachung werden insbesondere die Vorlage von Omnibus-Paketen im Bereich der Digitalgesetzgebung und der Nahrungsmittelsicherheit noch im Jahr 2025 angekündigt.

[Pressemitteilung](#)



Konsultation zur Aktualisierung der Liste von Drittstaaten mit Einfuhrerlaubnis für Tiere und Waren veröffentlicht

Am 13.10.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Aktualisierung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/405 veröffentlicht. Diese legt die Drittländer oder Drittlandsgebiete fest, aus denen die Einfuhr bestimmter für den menschlichen Verzehr bestimmter Tiere und Waren in die EU zulässig ist. Es soll insbesondere die Liste bezüglich Sendungen von frischem Fleisch von Nutzkühen und von frischem Fleisch von wildlebenden Hasenartigen, die keine Nebenprodukte der Schlachtung enthalten, angepasst werden. Stellungnahmen zu der Konsultation sind bis zum 10.11.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah geplant.

[Konsultation](#)

Konsultation zur Aktualisierung der Bedingungen für Notschlachtungen veröffentlicht

Am 03.10.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Aktualisierung der Verordnung mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (Verordnung (EG) Nr. 853/2004) begonnen. Insbesondere soll dabei konkretisiert werden, in welchen Fällen das Fleisch eines Huftieres, das aus einer Notschlachtung außerhalb des Schlachthofes hervorgegangen ist, für den Verzehr durch Menschen freigegeben werden kann. Ziel des Vorschlags ist es, die geltenden Regeln innerhalb der EU zu vereinheitlichen und gleichzeitig die geltenden Tierwohlvorschriften der Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport (Verordnung (EG) 1/2005) weiter zu sichern. Stellungnahmen zu der Konsultation sind bis zum 31.10.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal des Jahres 2026 geplant.

[Konsultation](#)

Konsultation zur Überarbeitung des Tierschutzrechts veröffentlicht

Am 19.09.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung des Tierschutzrechts veröffentlicht. Ziel ist ein hohes, einheitliches Tierwohlniveau, fairer Wettbewerb für Landwirte und ein geringerer Verwaltungsaufwand. Geprüft werden insbes. die schrittweise Abschaffung der Käfighaltung mit Übergangsfristen, der Einsatz digitaler Tierwohlintikatoren zur besseren Überwachung, die Angleichung der Einfuhrstandards für Tiere und tierische Produkte sowie das Auslaufen der Tötung männlicher Eintagsküken. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 12.12.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2026 geplant.

[Konsultation](#)



Plenum des Europäischen Parlaments und Rat auf Botschafterebene billigen „Stop-the-clock“ der Änderung der CLP-Verordnung

Am 23.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments mit 441 Ja-Stimmen zu 108 Nein-Stimmen und bei 11 Enthaltungen den Vorschlag der Kommission zur Verschiebung des Inkrafttretens der überarbeiteten CLP-Verordnung (Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, geändert durch Verordnung (EU) 2024/2865), („Stop-the-clock“) gebilligt. Im Europäischen Parlament war das Dringlichkeitsverfahren angewendet worden. Zuvor hatte bereits am 24.09.2025 der Rat auf Botschafterebene den Kommissionsvorschlag gebilligt - die formelle Bestätigung durch den Rat steht aber noch aus. Der Vorschlag sieht vor, das Inkrafttreten der geänderten Verordnung um zwei Jahre auf den 01.01.2028 nach hinten zu verschieben. Außerdem werden die Fristen für die Neukennzeichnung, die verbindlichen Formatierungsanforderungen, die Werbung, den Fernabsatz und die Kennzeichnung von Zapfsäulen geändert. Der Kommissionsvorschlag ist Teil des im Juli 2025 veröffentlichten Chemie-Omnibusses (VI. Omnibus-Paket) der Kommission, mit dem sie neben Änderungen der CLP-Verordnung auch Anpassungen der Kosmetik- und der Düngemittel- Verordnung vorgeschlagen hat.

[Pressemitteilung EP](#)

[Pressemitteilung Rat](#)

Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt politische Einigung zum Gesetzgebungspaket „Ein Stoff, eine Bewertung“

Am 21.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments die im Juni 2025 erzielte vorläufige politische Einigung zum sog. „OSOA-Paket“ (Gesetzgebungspaket „One Substance, One Assessment“ / „Ein Stoff, eine Bewertung“) bestätigt. Mit diesem soll die Bewertung von Chemikalien vereinheitlicht, der Zugang zu Informationen über Chemikalien vereinfacht und die Wissensbasis über Chemikalien und deren Risiken verbessert werden. Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Einrichtung einer gemeinsamen Datenplattform für Chemikalien (COM(2023) 779 final) wurde mit 471 Ja-Stimmen zu 123-Nein-Stimmen und bei 48 Enthaltungen angenommen, der Vorschlag für eine Verordnung über die Neuzuweisung wissenschaftlicher und technischer Aufgaben und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Agenturen der Union im Bereich Chemikalien (COM(2023) 783 final) mit 469 Ja-Stimmen zu 126-Nein-Stimmen und bei 50 Enthaltungen und der Vorschlag für eine Richtlinie über die Neuzuweisung wissenschaftlicher und technischer Aufgaben an die Europäische Chemikalienagentur (COM(2023) 781 final) mit 477 Ja-Stimmen zu 93-Nein-Stimmen und bei 76 Enthaltungen.

Die formelle Bestätigung durch den Rat steht noch aus. Anschließend an diese erfolgt die Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union durch die Kommission. Die Gesetzgebungsakte treten 20 Tage später in Kraft.

[Pressemitteilung](#)



Europäisches Parlament beschließt Initiativbericht zum Neuen Rechtsrahmen

Am 21.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) den Initiativbericht des Berichterstatters MdEP *David Cormand* (Die Grünen/EFA, FRA), der Änderungen am Neuen Rechtsrahmen (NLF) vorschlägt, mit 505 Ja-Stimmen, bei 62 Gegenstimmen und 47 Enthaltungen beschlossen. Mit der Überarbeitung des NLF sollen laut Initiativbericht schwerpunktmäßig nachhaltige Geschäftsmodelle und Konsumgewohnheiten mit Fokus auf die Kreislaufwirtschaft gefördert werden. Der Digitale Produktpass soll schrittweise für alle relevanten Produktarten eingeführt werden, auch für Gebrauchsgüter. Er soll bestehende Konformitätserklärungen ersetzen und CE-Kennzeichnungsinformationen integrieren. Hersteller sollen durch den NLF im Einklang mit der Ökodesign-Verordnung verpflichtet werden, je nach Produktart die Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Wartungsdienstleistungen über einen längeren Zeitraum sicherzustellen. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit Fast-Fashion sollen angegangen werden, insbesondere werden robustere Konformitätsbewertungen und verbesserte Durchsetzungsinstrumente gefordert. Die Kapazitäten der Marktüberwachungsbehörden sollen gestärkt und die Koordination zwischen ihnen verbessert werden. Es wird die Einrichtung einer EU-Marktüberwachungsbehörde ins Spiel gebracht. Initiativberichte des EP entfalten keine Berücksichtigungspflicht für die Kommission.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zum Vorschlag für eine Grundverordnung für die Europäische Chemikalienagentur veröffentlicht

Am 07.10.2025 hat die Kommission eine Konsultation zu einer geplanten Grundverordnung über die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlicht. Die neue Verordnung soll das bestehende Regelwerk, das die Funktionsweise der ECHA ordnet, vereinfachen und mit Blick auf die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, die Überprüfung der EU-Chemikalienverordnung REACH (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) im Jahr 2017 und den Sonderbericht 22/2020 des Europäischen Rechnungshofs anpassen. Die Kommission geht davon aus, dass die ECHA mit den kommenden Regelungen der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit stetig mehr Kompetenzen erhalten wird und hält deshalb eine Neustrukturierung ihrer Gliederungen für nötig, um Ineffizienzen zu verhindern. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 02.12.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah geplant.

[Konsultation](#)

Kommission beschränkt Verwendung von PFAS in Feuerlöschschäumen

Am 03.10.2025 hat die Kommission Maßnahmen zur Beschränkung der Verwendung von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) in Feuerlöschschäumen angenommen. Bei PFAS handelt es sich um künstlich hergestellte und in der Umwelt nur sehr langsam abbaubare Chemikalien, die sich in der



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 09/2025 vom 29.10.2025**



Nahrungskette anreichern und die menschliche Gesundheit und die Umwelt schädigen können. Die Beschränkung erfolgt durch Verordnung (EU) 2025/1988, die die EU-Chemikalienverordnung REACH (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) entsprechend anpasst. Es ist vorgesehen, dass ab dem 23.10.2030 in Feuerlöschschäumen PFAS in einer Konzentration von mindestens 1 mg/l für die Summe aller PFAS weder in Verkehr gebracht, noch verwendet werden dürfen. Es sind aber Ausnahmen und je nach Sektor, Verwendungsart und -zweck verschiedene Übergangsfristen zwischen zehn Monaten und zehn Jahren vorgesehen, um eine zuverlässige Ersetzung durch sichere Alternativen sicherzustellen. Der Beschränkung vorausgegangen waren fachliche Stellungnahmen der Ausschüsse RAC und SEAC der Europäischen Chemikalienagentur. Laut Kommission sind Feuerlöschschäume eine der Hauptursachen für den Eintrag von PFAS in die Umwelt; ohne die Beschränkung würden weiterhin jährlich rund 470 t der Chemikalien freigesetzt werden.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS

Tagung Agrarrat, 22./23.09.2025, Brüssel

Die EU-Agrarminister trafen sich am 22./23.09.2025 unter dänischer Präsidentschaft und tauschten sich über nachfolgende Themen aus. Die Kommission wurde durch Agrarkommissar *Christophe Hansen*, Fischereikommissar *Kostas Kadis*, Tierwohlkommissar *Olivér Várhelyi* und Umweltkommissarin *Jessika Roswall* vertreten. Für Deutschland nahm Staatssekretär *Markus Schick* teil.

Die Kommission informierte die Ministerinnen und Minister über die aktuellen Handelsströme mit Agrarlebensmitteln, die laufenden Verhandlungen über bilaterale Freihandelsabkommen, die jüngsten Entwicklungen auf multilateraler Ebene und den Agrarlebensmittelhandel mit den wichtigsten Handelspartnern der EU. Europäische Landwirte bleiben auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig, wobei der EU-Handelsüberschuss bei Agrarlebensmitteln im vergangenen Jahr fast 64 Mrd. € betrug. Von Bedeutung seien künftig die Diversifizierung des Handels und die Erschließung neuer Märkte für den Agrarsektor der EU. Insbesondere eine Reihe von Abkommen, die derzeit ausgehandelt oder abgeschlossen werden, z. B. mit dem Mercosur, Mexiko, den Vereinigten Staaten, der Ukraine und Indonesien, einschließlich damit zusammenhängender Schutzmaßnahmen für sensible Sektoren, sowie die Handelsbeziehungen zu China, wurden diskutiert.

Die Kommission legte ihre Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2027 vor und eröffnete dazu eine erste Aussprache. Unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates, die von den Landwirtschaftsministern im Dezember 2024 gebilligt wurden, forderten in der Aussprache eine Reihe von Ministern insbesondere eine separate und unabhängige GAP, die zwei Säulen mit einem angemessenen und separaten Haushalt umfasst. Viele Mitgliedstaaten betrachteten die im Kommissionsvorschlag vorgesehenen Finanzmittel für die Landwirtschaft als unzureichend und äußerten zudem Bedenken hinsichtlich der Komplexität der Regelungen. Gleichzeitig wurden jedoch auch positive Aspekte hervorgehoben, darunter eine größere Flexibilität, Vereinfachungen, Maßnahmen zum Generationswechsel sowie Zahlungen zur Erfüllung nationaler Anforderungen. Zudem erläuterte der Vorsitz seinen Schwerpunkt bei künftigen Beratungen zur GAP, der insbesondere bei der grünen Architektur, dem Thema Ernährungssicherheit und Innovationen liege.

Der Rat behandelte ebenfalls einige Themen im Fischereibereich – darunter die Umsetzung der EU-Unterstützung für die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP), den Europäischen Meerespakt und die Meeres- und Aquakulturpolitik der EU nach 2027. Unter Sonstiges tauschten sich die Ministerinnen und Minister unter anderem über die Krise im europäischen Weinmarkt, das Kormoran-Management, die EU Wasserresilienzstrategie, Grundstoffe im Pflanzenschutz und die Afrikanische Schweinepest aus. Der nächste Agrarrat findet am 27./28.10.2025 unter dänischer Präsidentschaft statt.

[Pressemitteilung](#)

[Verordnung über die GAP nach 2027](#)



Kommission legt Strategie für den Generationenwechsel in der Landwirtschaft vor

Die Kommission hat am 21.10.2025 die „Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft“ vorgelegt, in der ein klarer Fahrplan zur Unterstützung von Junglandwirten und zur Anwerbung von mehr Menschen für die Landwirtschaft dargelegt wird. Die Strategie zielt darauf ab, den Anteil der Junglandwirte in der EU bis 2040 von derzeit 12 % auf 24 % zu verdoppeln und damit die Ernährungssicherheit sowie die Zukunft ländlicher Räume langfristig zu sichern. Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten, künftig rund 6 % ihrer Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Förderung des Generationswechsels in der Landwirtschaft einzusetzen – doppelt so viel wie bisher. Bis 2028 sollen sie nationale Strategien vorlegen.

Die Strategie reagiert auf zentrale Belastungen der Branche wie eine alternde Erwerbsbevölkerung, schrumpfende Bevölkerungszahlen in ländlichen Regionen, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen sowie strukturelle Einstiegshürden für junge Menschen. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, benennt die Kommission fünf Handlungsfelder mit konkreten Leitinitiativen:

Um den Zugang zu Land zu vereinfachen sowie die Transparenz und Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen zu verbessern, plant die Kommission den Aufbau einer Europäischen Bodenbeobachtungsstelle.

Im Bereich Finanzierung ist ein verpflichtendes „Starterpaket“ in der nächsten GAP mit einem Pauschalbetrag von bis zu 300.000 € vorgesehen. Darüber hinaus sollen künftig mehr Fördermittel (mindestens 6%) zur Unterstützung junger Landwirte eingesetzt werden. Außerdem ist eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) vorgesehen, um Garantieregelungen und Zinszuschüsse zu ermöglichen.

Im Bildungsbereich soll beispielsweise das Erasmus-Programm für Jungunternehmer künftig auch jungen Landwirten offenstehen, um den internationalen Austausch und die Diversifizierung ihrer Tätigkeiten zu fördern.

Die Lebensqualität im ländlichen Raum soll verbessert werden – mit besonderem Fokus auf der Beteiligung von Jugendlichen und Frauen. Zudem ist eine Kofinanzierung von „*Farm Relief Services*“ vorgesehen, um bei Krankheit, Pflege oder Urlaub Entlastung zu schaffen.

Um das Thema Betriebsnachfolge zu verbessern, sollen Erbfolgethemen in das Europäische Semester integriert werden und Reformen in den Bereichen Rente, Besteuerung und Landmobilität stattfinden.

Die Strategie soll auf mehreren Ebenen umgesetzt werden – über die aktuelle und künftige GAP ebenso wie über ergänzende EU-Politiken sowie nationale und regionale Maßnahmen in Bereichen wie Landzugang, Besteuerung, Bildung und Altersvorsorge. Ihre erfolgreiche Umsetzung setzt ein koordiniertes Engagement aller politischen Ebenen voraus. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, nationale Strategien zur Förderung des Generationswechsels zu entwickeln und regelmäßig über Fortschritte zu berichten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft](#)

[Rede Kommissar Hansen](#)



Kommission schlägt gezielte Maßnahmen zur fristgerechten Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung vor

Am 21.10.2025 hat die Kommission einen Vorschlag zur rechtzeitigen und praktikablen Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist, die Wirksamkeit der Verordnung sicherzustellen und gleichzeitig die administrativen Belastungen für Unternehmen zu reduzieren.

Die Änderungsverordnung der Kommission umfasst folgende Elemente:

Die nachgelagerte Lieferkette muss keine eigenen Sorgfaltserklärungen mehr abgeben. So wird für die gesamte Lieferkette nur eine Einreichung im IT-System der EUDR an der Markteintrittsstelle erforderlich sein – inklusive der Vorhaltung und Weitergabe der Referenznummer.

Klein- und Kleinstprimärproduzenten in Niedrigrisikoländern müssen keine Sorgfaltserklärungen abgeben, sondern sich nur einmalig registrieren (mit Geodaten oder Postleitzahl). Sofern Daten bereits staatlich vorliegen und nutzbar gemacht werden können, kann auf die Registrierung ganz verzichtet werden.

Die Kommission schlägt auch Übergangsfristen vor, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten und das IT-System zu stärken. Das heißt, die Verpflichtungen gelten für Klein- und Kleinstprimärproduzenten erst ab Ende 2026 (statt Mitte 2026). Für große und mittlere Unternehmen bleibt es beim 30.12.2025. Allerdings werden bei diesen Unternehmen Kontrollen und Sanktionen erst ab Mitte 2026 durchgeführt.

Einzelne Evaluierungspflichten werden aufgehoben. Stattdessen ist eine Gesamtüberprüfung bis 30.06.2030 vorgesehen.

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat werden nun den Vorschlag der Kommission erörtern. Sie müssten die gezielte Änderung der EU-Entwaldungsverordnung förmlich annehmen, bevor sie in Kraft treten kann. Die Kommission fordert das EP und den Rat auf, den Vorschlag für einen verlängerten Durchführungszeitraum bis Ende 2025 zügig anzunehmen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Vorschlag zur Änderung der EUDR](#)

Umweltkommissarin Roswall kündigt erneute Verschiebung der EUDR um ein Jahr an und signalisiert mögliche Vereinfachung

Am 23.09.2025 gab EU-Umweltkommissarin *Jessika Roswall* am Rande der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) in Brüssel bekannt, dass die Kommission die In-Anwendung-Setzung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) um ein weiteres Jahr, also auf Dezember 2026, verschieben werde. Sie erwähnte ebenfalls, dass die Kommission auch an einer Vereinfachung arbeite, ohne diese Punkte näher zu erläutern.

Jessika Roswall äußerte sich am Rande des Rates gegenüber Journalisten und erklärte, dass sie trotz der Bemühungen der Kommission zur Vereinfachung der EUDR-Verordnung nicht davon ausgehe, dass deren



Anwendung bis Ende des Jahres ohne Beeinträchtigungen für Unternehmen möglich sei. Man brauche insbesondere Zeit, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Informationslast im IT-System zu bewältigen. Die Kommission habe dem Rat sowie dem Europäischen Parlament (EP) eine Mitteilung übermittelt, in der eine weitere Verschiebung um zwölf Monate vorgeschlagen wird.

Des Weiteren deutete *Jessika Roswall* erstmals an, dass die Kommission bereits seit Längerem an einer Vereinfachung verschiedener Elemente der EUDR arbeitet. Dabei ließ sie offen, ob auch inhaltliche Anpassungen der Entwaldungsvorschriften möglich wären.

Die ursprünglich für den 30.12.2024 geplante Anwendung der Verordnung wurde bereits im letzten Jahr von der Kommission um zwölf Monate verschoben, um Unternehmen und Handelspartnern mehr Vorbereitungszeit für die neuen Anforderungen zu geben. Anfang 2025 sprach sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für eine weitere Verschiebung aus, bis bestimmte Regelungen überarbeitet sind.

[Pressemitteilung EP](#)

EU-Parlament verabschiedet Mandat zur Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette

Am 08.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) seine Position zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 2013/1308, 2021/2115 und 2021/2116 zur Stärkung der Position Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette in erster Lesung mit 532 Ja-Stimmen bei 78 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen angenommen. Die Abstimmung erfolgte im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens.

Ziel der vorgeschlagenen Änderungen ist es, die Verhandlungsposition von Landwirten gegenüber anderen Akteuren der Lebensmittelversorgungskette zu verbessern und ihnen faire Bedingungen zu sichern.

Das vom EP für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten angenommene Mandat schlägt mehrere Änderungen vor:

Künftig sollen Lieferverträge verpflichtend schriftlich abgeschlossen werden, wobei Mitgliedstaaten auf Antrag sektorvertretender Organisationen Ausnahmen zulassen können. Der Schwellenwert für nicht verpflichtende Verträge wird von 10.000 € (Vorschlag der Kommission) auf 4.000 € gesenkt. Die Abgeordneten lehnen Erzeugerorganisationen für den ökologischen Landbau ab, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen Produktionsmodellen zu vermeiden.

Die Abgeordneten fordern klare Kriterien für Begriffe wie „fair“ oder „gerecht“, die auch den Beitrag zur ländlichen Entwicklung und zur Förderung landwirtschaftlicher Organisationen berücksichtigen sollen. Die Bezeichnung „kurze Lieferkette“ soll ausschließlich für EU-Erzeugnisse gelten, die mit wenigen Zwischenhändlern oder über kurze Distanzen bzw. Zeiträume vermarktet werden.

Importierte Lebens- und Futtermittel dürfen nur eingeführt werden, wenn ihre Pestizidrückstände die EU-Grenzwerte nicht überschreiten. Bei öffentlichen Vergabeverfahren sollen vorrangig landwirtschaftliche



Erzeugnisse aus der EU, insbesondere regionale und saisonale Produkte mit Herkunftsbezeichnung, berücksichtigt werden.

Zudem wird eine neue Definition von Fleisch eingeführt: Als Fleisch gelten nur „zum Verzehr geeignete Teile von Tieren“. Begriffe wie Steak, Schnitzel oder Burger sollen ausschließlich echten Fleischprodukten vorbehalten sein. Zellkultivierte Alternativen bzw. Fleischersatzprodukte sollen diese Bezeichnungen nach Ansicht der Abgeordneten nicht verwenden dürfen.

Der vom EP angenommene Text wurde zur Vorbereitung der interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen. Die Verhandlungen mit dem Rat über den endgültigen Gesetzestext sollen Mitte Oktober beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Angenommener Text](#)

[Verfahrensdossier 2024/0319\(COD\)](#)

Kommission legt nationale Mindestzuweisungen für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027 vor

Am 17.09.2025 hat die Kommission die nationalen Mindestzuweisungen für die Einkommensstützung im Rahmen ihrer Vorschläge für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) vorgelegt.

Für Deutschland sind rund 33,1 Mrd. € vorgesehen. Die Zuweisung basiert auf dem jeweiligen Anteil der Mitgliedstaaten an den gesamten GAP-Mitteln für das Jahr 2027 – dem letzten Jahr des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens.

Dabei wird auch die sogenannte externe Konvergenz berücksichtigt – also der schrittweise Ausgleich der Direktzahlungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, mit dem langfristig eine gerechtere Verteilung der Agrarfördermittel erreicht werden soll.

[Pressemitteilung](#)

[Factsheet: Die GAP im Rahmen des Nationalen und Regionalen Partnerschaftsfonds 2028 - 2034](#)

EU-Parlament lehnt Waldmonitoring-Verordnung in Plenarabstimmung ab

Am 21.10.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) mehrheitlich für den Antrag auf Zurückweisung des Kommissionsvorschlags der Waldmonitoring-Verordnung mit 370 Ja-Stimmen bei 264 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen gestimmt. Damit wurde der Berichtsentwurf des EP zur Waldmonitoring-Verordnung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der beiden Berichterstatter, den Berichtsentwurf zur weiteren Beratung in den ENVI-AGRI-Ausschuss zurückzuverweisen, fand mit 261 Ja-Stimmen bei 358 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen keine Mehrheit. Damit ist die erste Lesung formal abgeschlossen.



Die Kommission hatte den Vorschlag in ihrem „Arbeitsprogramm 2026“, das ebenfalls am 21.10.2025 erschien, bereits zurückgezogen. Dies ist im Arbeitsprogramm 2026 – Annexes auf Seite 28 aufgeführt.

[Abstimmung](#)

[Pressemitteilung Arbeitsprogramm 2026](#)

[Arbeitsprogramm 2026](#)

[Arbeitsprogramm 2026 - Annexes](#)

Kommission veröffentlicht Sondierung zum geplanten Lebensmittel- und Futtermittel-Omnibus

Am 16.09.2025 hat die Kommission eine Sondierung gestartet, um Rückmeldungen zur geplanten Vereinfachung des EU-Rechts im Bereich Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit im Rahmen des Omnibus-Vereinfachungspaket einzuholen. Ziel des Paketes ist es, unnötigen Verwaltungsaufwand zu verringern und gleichzeitig hohe Standards für die Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln, die Gesundheit von Mensch und Tier sowie den Umweltschutz aufrechtzuerhalten.

Vorgesehen sind Vereinfachungen und Klarstellungen in Bereichen wie Pflanzenschutzmittel, Biozidprodukte, Futtermittelzusatzstoffe, Lebensmittelhygiene, amtliche Kontrollen und Tierwohl. Insbesondere soll der Zugang zum EU-Markt für biologische Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel beschleunigt werden.

Der Vorschlag ist Teil der von der Kommission angekündigten Vision für Landwirtschaft und Ernährung. In deren Rahmen sollen die Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit der Lebensmittel- und Futtermittelsysteme der EU gestärkt, der EU-Rechtsrahmen gestrafft und der Verwaltungsaufwand um 25 % für Unternehmen bzw. um 35 % für kleine und mittlere Unternehmen reduziert werden. Konkret umfasst die Initiative Änderungen an 13 EU-Verordnungen und zwei Richtlinien.

Die Kommission begrüßt insbesondere Beiträge von Landwirten, Unternehmen des Lebensmittel- und Futtermittelsektors, Behörden der Mitgliedstaaten, Nichtregierungsorganisationen sowie Forschungseinrichtungen und Hochschulen.

Rückmeldungen sind bis zum 14.10.2025 möglich.

[Pressemitteilung](#)

[Sondierung](#)

Bekanntgabe der Gewinner des EU-Bio-Preises - Radis&Bona eG aus Regensburg ausgezeichnet

Die Kommission hat am 23.09.2025 anlässlich des EU-Bio-Tages die Gewinner des diesjährigen EU-Bio-Preises bekannt gegeben.

Sieben Auszeichnungen in sechs Kategorien würdigten wichtige Akteure entlang der Bio-Wertschöpfungskette. Preisträger sind Landwirte, kleine und mittelständische Unternehmen, Einzelhändler, Restaurants, Städte und



Regionen. Mit ihren innovativen, nachhaltigen und inspirierenden Projekten wurden die Gewinner für ihren Beitrag im Bio-Sektor ausgezeichnet.

Im Rahmen seiner Eröffnungsrede betonte der Kommissar für Landwirtschaft und Ernährung, *Christophe Hansen*, die herausragenden Leistungen der Gewinner. Sie würden alle drei Säulen der Nachhaltigkeit vereinen: Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und soziales Engagement.

Die jährliche Verleihung des EU-Bio-Preises findet bereits zum vierten Mal statt und wurde 2022 im Rahmen des „Aktionsplans für die ökologische/biologische Produktion in der EU“ ins Leben gerufen. Auch im neuen Vorschlag zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bekräftigt die EU ihr klares Bekenntnis zum ökologischen Landbau und wird diesen weiterhin gezielt und umfassend fördern.

Der genossenschaftliche Hofladen Radis&Bona eG aus Regensburg wurde in der Kategorie fünf „Bester Bio-Lebensmittelhändler“ mit dem EU-Bio-Preis ausgezeichnet. Dieser Preis würdigt kleine und mittelständische Unternehmen, die sich für den Verkauf von Bio-Produkten engagieren und wird vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vergeben. Der genossenschaftliche Hofladen in Regensburg macht heimische Bio-Produkte für jedermann zugänglich. Mit einem umfassenden Bio-Sortiment, das überwiegend aus einem Umkreis von rund 80 km stammt, bringt Radis&Bona eG lokale Landwirte und Verbraucher zusammen. Lieferanten können selbst Mitglied der Genossenschaft werden und sich dadurch aktiv an der Preisgestaltung beteiligen. Betrieben mit grüner Energie und ohne Verpackungsmüll, dient der Hofladen als Modell für ein faires, transparentes und konsequent regionales Lebensmittelsystem.

[Presseartikel](#)

[Kategorien und Auszeichnungen](#)

Agrar- und Lebensmittelhandel bleibt im Juni 2025 trotz steigender Preise robust

Am 24.09.2025 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht zum Agrar- und Lebensmittelhandel mit Blick auf die Entwicklungen im Juni 2025. Der Bericht zeigt, dass der Agrar- und Lebensmittelhandel in der EU trotz steigender Preise robust geblieben ist. Der Gesamthandelsüberschuss erholte sich und betrug im Juni 3,8 Mrd. €. Im ersten Halbjahr 2025 blieb der Überschuss jedoch aufgrund gestiegener Einfuhrkosten unter dem Vorjahresniveau (- 10,9 Mrd. €, - 33 %).

Die EU-Agrar- und Lebensmittelexporte erreichten im Juni 2025 einen Wert von 19,1 Mrd. €. Zwar ist im Vergleich zum Mai ein leichter Rückgang (- 4 %) zu verzeichnen, jedoch liegt der Wert immer noch 2 % über dem Vorjahresniveau (Juni 2024). Zwischen Januar und Juni beliefen sich die kumulierten Ausfuhren auf 118,7 Mrd. €. Dagegen gingen aufgrund einer geringen Getreidenachfrage die Exporte nach China um 670 Mio. € sowie nach Thailand um 242 Mio. € zurück.

Kakao- und Kaffeeprodukte blieben weiterhin wichtige Wachstumstreiber: So stiegen die Ausfuhren von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen um 1,8 Mrd. € (+ 38 %). Dieser Anstieg ist vor allem auf eine nahezu Verdoppelung der Preise für Kakaomasse, Kakaobutter und Kakaopulver sowie einen Preisanstieg um 30 % bei Kaffee



zurückzuführen. Auch die Ausfuhren von Schokolade und Süßwaren legten deutlich zu (+ 1 Mrd. €, + 20 %), wie auch – trotz geringerer Mengen – die Ausfuhren von Milcherzeugnissen (+ 635 Mio. €, + 7 %). Unterdessen gingen die Getreideausfuhren in der ersten Jahreshälfte aufgrund eines Mengenrückgangs um 1,5 Mrd. € (- 22 %) zurück. Auch die Ausfuhren von nicht essbaren Waren verzeichneten einen Rückgang um 12 %, was vor allem auf niedrigere Pflanzenfaserpreise zurückzuführen war.

Im Juni beliefen sich die Agrar- und Lebensmitteleinfuhren der EU auf 15,3 Mrd. €. Das entspricht zwar einem Rückgang von 10 % gegenüber dem Vormonat, liegt jedoch immer noch 15 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Zwischen Januar und Juni beliefen sich die Gesamtimporte auf 96,8 Mrd. €. Die größten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr verzeichneten Côte d'Ivoire (+ 2 Mrd. €, + 66 %, hauptsächlich bei Kakao), Kanada (+ 1,2 Mrd. €, + 101 %, hauptsächlich bei Getreide und Raps), China (+ 946 Mio. €, + 22 %) und Brasilien (+ 838 Mio. €, + 10 %). Dagegen sanken die Importe aus der Ukraine um 891 Mio. € (- 13 %) und Russland um 566 Mio. € (- 73 %). Die Einfuhr von Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen stieg um 8,1 Mrd. € (+ 60 %), während die Einfuhr von Obst und Nüssen um 2,3 Mrd. € (+ 18 %) sowie von Süßwaren und Schokolade um 433 Mio. € (+ 36 %) zulegten. Nicht essbare Güter stiegen um 492 Mio. € (+ 10 %), Geflügel und Eier um 356 Mio. € (+ 30 %). Demgegenüber sank der Import von Zucker und Isoglukose um 332 Mio. € (- 32 %).

[Pressemitteilung](#)

[Bericht](#)

Konsultation zur Modernisierung der EU-Rechtsvorschriften zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Tieren im Haltungsbetrieb

Die Kommission hat am 19.09.2025 eine öffentliche Konsultation gestartet, um Rückmeldungen zur Modernisierung der EU-Rechtsvorschriften zum Schutz des Tierwohls bei bestimmten Tieren im Haltungsbetrieb einzuholen.

Die geplante Überarbeitung der geltenden EU-Tierschutzvorschriften geht auf das Mandatsschreiben an Kommissar Várhelyi zurück und erfolgt im Rahmen der im Februar verabschiedeten „Vision für Landwirtschaft und Ernährung“. Darin hat sich die Kommission verpflichtet, in Fragen des Tierschutzes eng mit Landwirten, dem Lebensmittelsektor und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

Ziel der Initiative ist es, ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts im Hinblick auf Tierwohlstandards sicherzustellen, die bestehenden Vorschriften zu modernisieren und auf die Europäische Bürgerinitiative „Schluss mit der Käfighaltung“ angemessen zu reagieren.

Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine schrittweise Abschaffung der Käfighaltung, die Festlegung von Tierwohlindikatoren, die Überarbeitung von auf den Tierschutz zielenden Einfuhrbestimmungen sowie die schrittweise Einstellung der Tötung männlicher Eintagsküken im Legehennensektor.



Landwirte, Bürger, Unternehmen, nationale und regionale Behörden, Nichtregierungsorganisationen und andere Interessierte sind aufgerufen, ihre Meinungen bis zum 12.12.2025 zu teilen.

[Konsultation](#)

[Mandatsschreiben](#)

Rückmeldung über den Verordnungsentwurf zur Aufnahme weiterer unzulässiger Beistoffe in Anhang III der Pflanzenschutzmittelverordnung

Die Kommission hat am 19.09.25 die Rückmeldung über den Verordnungsentwurf zur Aufnahme weiterer unzulässiger Beistoffe in Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittelverordnung) geöffnet.

In Anhang III der Pflanzenschutzmittelverordnung sind Beistoffe aufgeführt, die nicht als Bestandteil eines Pflanzenschutzmittels zugelassen werden dürfen. Grund für die Nichtzulassung sind deren schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch oder Tier, das Grundwasser sowie die Umwelt.

Der vorliegende Entwurf sieht die Aufnahme von 14 weiteren Beistoffen vor, die unter anderem als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden. Die Mitgliedstaaten werden im Rahmen des Verordnungsvorschlages verpflichtet, bestehende Zulassungen für Pflanzenschutzmittel und Zusatzstoffe, die diese Beistoffe enthalten, innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung zu widerrufen oder anzupassen. Die Auswahl der 14 als unzulässig eingestuften Beistoffe basiert auf den in der Verordnung (EU) 2023/574 festgelegten Kriterien.

Kommentare zum Rechtsakt können bis zum 17.10.2025 eingereicht werden.

[Rückmeldung](#)

Kommission schlägt Aufschub bei elektronischen Pflanzenschutzaufzeichnungen vor

Am 01.10.2025 hat die Kommission einen Vorschlag zur Verschiebung der Pflicht zur elektronischen Dokumentation von Pflanzenschutzmitteln veröffentlicht. Gemäß Art. 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/564 müssen Aufzeichnungen über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln spätestens 30 Tage nach dem Einsatz in ein maschinenlesbares elektronisches Format übertragen werden. Diese Verpflichtung soll ursprünglich ab dem 01.01.2026 gelten.

Da mehrere Mitgliedstaaten mehr Zeit für die Vorbereitung und die notwendigen Schulungen benötigen – insbesondere für kleinere Betriebe, ältere Landwirte und den nichtlandwirtschaftlichen Bereich – hat die Kommission einen Entwurf vorgelegt, der eine Verschiebung auf den 01.01.2027 ermöglicht. Die Umsetzung liegt dabei in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten.

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2023/564](#)

[Änderungsentwurf](#)



Rückmeldung zur Neueinstufung der Infektion mit dem Virus der Blauzungenkrankheit

Die Kommission hat am 23.09.2025 eine Rückmeldung zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 hinsichtlich einer Neueinstufung der Infektion mit dem Virus der Blauzungenkrankheit (BTV) geöffnet.

Bisher war eine Infektion mit BTV den Seuchenkategorien C, D und E zugeordnet. Aufgrund gesteigener Persistenz, Häufigkeit und Ausbreitung des Virus soll die Seuche künftig nur noch den Kategorien D und E zugeordnet werden. Die für die Seuchenkategorie C vorgesehenen Präventions- und Kontrollmaßnahmen haben sich angesichts der neuen epidemiologischen Situation als nicht durchsetzbar und ineffektiv erwiesen.

Mit der geplanten Neueinstufung werden Anzahl und Umfang der anzuwendenden Maßnahmen reduziert. Künftig beschränken sich diese auf die Verbringung von Wiederkäuern zwischen den Mitgliedstaaten. Auf EU-Ebene liegt der Fokus verstärkt auf einem risikobasierten Management. Ziel ist eine Vereinfachung des Rechtsrahmens für die Prävention und Kontrolle der Krankheit.

Kommentare zum Rechtsakt können bis zum 21.10.2025 eingereicht werden.

[Rückmeldung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Arbeitsprogramm der Kommission für 2026: Schwerpunkte im Bereich des StMAS

Im Arbeitsprogramm der Kommission, das am 21.10.2025 veröffentlicht wurde, gibt es einen starken Fokus auf den Arbeits- und Sozialbereich.

Es soll ein Paket zur fairen Arbeitskräftemobilität geben, das verschiedene Gesetzgebungsvorschläge beinhalten soll. Es werde erstens einen Vorschlag zum Europäischen Sozialversicherungsausweis enthalten. Zweitens soll das Mandat der Europäischen Arbeitsbehörde gestärkt werden. Und drittens soll es eine Initiative für die Portabilität von Kompetenzen beinhalten.

Ein weiterer Gesetzgebungsakt soll mit dem Gesetz über hochwertige Arbeitsplätze kommen.

Darüber hinaus sieht die Kommission einige bedeutende Strategien vor. Zu Beginn des Jahres sollen die Strategie für Generationengerechtigkeit sowie die Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter von 2026 - 2030 veröffentlicht werden. Schließlich werden die erste Strategie zur Armutsbekämpfung und die aktualisierte Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen folgen.

[Mitteilung der Kommission](#)

Besuch von Staatsministerin *Ulrike Scharf* bei Kommissionsvizepräsidentin *Roxana Mînzatu* in Brüssel

Im Rahmen ihrer Brüsselreise am 16./17.09.2025 traf sich die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales und weitere stellvertretende Ministerpräsidentin, *Ulrike Scharf*, mit der Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und Sozialkommissarin, *Roxana Mînzatu*, in Brüssel.

Sie sprachen u. a. über den Europäischen Sozialfonds (ESF). Dieser soll in Zukunft Teil eines größeren Fonds werden, der auch die Mittel für Kohäsion und Gemeinsame Agrarpolitik beinhaltet.

Staatsministerin *Scharf*, die aktuell auch Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz ist, warnte davor, dass die Mittel für den ESF und damit für Soziales geringer werden. Denn über die Verwendung werde entsprechend dem Vorschlag der Kommission nur noch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission verhandelt, also ohne notwendige Beteiligung der Bundesländer.

Der ESF unterstützt vor allem Menschen mit Vermittlungshemmnissen und Qualifizierungsbedarf auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Mit 230 Mio. € von 2021 - 2027 ist der ESF das größte bayerische Arbeitsmarktprogramm.

[Pressemitteilung des StMAS](#)



Ergebnisse des EPSCO-Rates am 17.10.2025

Am 17.10.2025 tagte der EPSCO-Rat in der Konstellation Beschäftigung und Soziales.

Der Rat billigte die Ratsschlussfolgerungen über Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Darin geht es vor allem um die Früherkennung und Prävention von Gewalt; diese Themen sollen auch Teil der Gleichstellungsstrategie (siehe oben beim Arbeitsprogramm der Kommission) werden. Auch die Sensibilisierung und Aufklärung in der gesamten Bevölkerung und die Betonung der Verantwortung von Außenstehenden sind bedeutende Schwerpunkte. Schließlich soll die Datenerhebung zur Häufigkeit und zu den Folgen geschlechtsspezifischer Gewalt verbessert werden und die Weiterbildung von Fachkräften (z. B. im Gesundheits- und Sozialwesen) zur Früherkennung und Unterstützung Betroffener in den Fokus genommen werden.

Auch die Ratsschlussfolgerungen zur sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderungen durch die Förderung einer selbstbestimmten Lebensführung wurde gebilligt. Schwerpunkte darin sind der Zugang zu bezahlbaren, personenzentrierten Unterstützungsdiensten sowie die Zugänglichkeit zu allgemeinen Dienstleistungen. Auch die Verbesserung der Verfügbarkeit von inklusivem Wohnraum und die Förderung barrierefreier Informations- und Kommunikationstechnologien sowie digitaler Kompetenzen sind Teil der Ratsschlussfolgerungen.

Der Rat hatte einen Gedankenaustausch zur Bekämpfung von Hass, Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTIQ+-Personen, in dem es um nationale Praktiken und mögliche EU-Maßnahmen zur Förderung sicherer, offener Lebensbedingungen für LGBTIQ+-Personen ging.

[Mitteilung des Rates](#)

Ausschuss für Verbraucherschutz im Europäischen Parlament fordert Mindestalter für Social Media

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) im Europäischen Parlament (EP) formulierte in der Ausschusssitzung am 16.10.2025 eine Forderung an die Kommission, ein Mindestalter für die Nutzung von Social Media im Wege eines Legislativaktes einzuführen. Bloße Empfehlungen genügen aus Sicht der Abgeordneten nicht.

Das Plenum soll dazu in der Sitzungswoche vom 24.11.2025 - 27.11.2025 abstimmen.

Konkret wird gefordert, dass eine schnelle Durchsetzung des Digital Services Act (DSA) und ein Verbot schädlicher Praktiken wie suchtvorstärkendes Design erfolgt.

Es solle ein EU-weit einheitliches Mindestalter von 16 Jahren für den Zugang zu sozialen Medien, Video-Sharing-Plattformen und KI-basierten Begleit-Apps eingeführt werden. Mit Zustimmung der Eltern solle das Nutzungsalter bei 13 Jahren liegen.

Außerdem sollen Regeln gegen manipulative Technologien und Praktiken, z. B. gezielte Werbung, Influencer-Marketing, etc., eingeführt werden.



Dabei spielt auch die technische Seite eine Rolle. Zur Verbesserung der Altersverifikation einigten sich die Digitalministerinnen und -minister von 25 Mitgliedstaaten darauf, ein EU-weit einheitliches System zur Altersverifikation einführen zu wollen.

Zeitgleich untersucht die Kommission gerade die Altersverifikationssysteme von Snapchat, YouTube, Google und Apple im Rahmen des DSA. (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)

[Jutland Declaration](#)

Porto Social Forum 2025: Wesentliche Ergebnisse

Beim Porto Social Forum handelt es sich um einen zweitägigen Austausch, bei dem die sozialen Stakeholder auf europäischer Ebene zusammenkommen, um über die Zukunft des Sozialen Europa zu sprechen. Es fand dieses Jahr am 18./19.09.2025 statt. Den Schwerpunkt bildeten die hochwertigen Arbeitsplätze und die Europäische Säule Sozialer Rechte.

Teilgenommen haben u. a. der portugiesische Premierminister, *Luís Montenegro*, die portugiesische Arbeitsministerin, *Maria do Rosario Palma Ramalho*, der Präsident des Europäischen Rates, *António Costa*, und die Vizepräsidentin der Kommission, *Roxana Mînzatu*.

Eine gemeinsame Schlusserklärung konnte nicht erreicht werden. Die portugiesische Regierung legte aber Schlussfolgerungen vor, die offenblieben und nun noch geändert werden können.

Die Hauptfrage war, inwiefern qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und geringerer Arbeitslosigkeit beitragen können.

Hochwertige Arbeitsplätze müssten nach Ansicht aller Teilnehmenden gewisse Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören ein faires Einkommen, das Wohlbefinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Entwicklungschancen sowie die Motivation für den Beruf.

Die Arbeitgeberseite sieht hingegen die Stärkung des Wettbewerbs als wichtige Maßnahme an, um solche Arbeitsplätze überhaupt zu schaffen.

Zum Abschluss betonte *Mînzatu* nochmal, dass hochwertige Arbeitsplätze eine Chance seien, Armut zu verhindern und den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl von Fairness zu vermitteln. Wenn das fehlt, habe die EU weiterhin mit Vertrauensverlusten zu kämpfen.

[Mitteilung](#)

Verkündung der neuen LGBTIQ+-Strategie der Kommission

Die Kommission hat am 08.10.2025 die neue LGBTIQ+-Strategie 2026 - 2030 vorgestellt, die auf der ersten Strategie von 2020-2025 aufbaut und die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen in allen Politikbereichen der



EU weiter vorantreiben soll. Ziel ist es, ein Europa zu schaffen, in dem alle Menschen sicher leben können, unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Trotz zunehmender gesellschaftlicher Akzeptanz erfahren LGBTIQ+-Personen weiterhin Diskriminierung, Hass und Gewalt. Die Strategie sieht daher umfassende Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt, zur Stärkung der Gleichberechtigung und zur Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz vor.

Als Basis für die Schaffung der Strategie diente u. a. der Gleichstellungsbericht der Agentur der EU für Grundrechte (European Union Agency for Fundamental Rights - FRA).

Die neue Strategie beinhaltet drei Säulen mit Zielvorgaben.

Zu den Säulen gehören der Schutz der LGBTIQ+ Community und ihrer Angehörigen, die Stärkung (Empowerment) und das Engagement.

In der Strategie wird das Verbot schädlicher Praktiken, z. B. Konversionstherapien, zu einem vordergründigen Ziel erklärt. Ebenso wichtig seien das Verbot von Hetze und Hass gegen Personen aus der LGBTIQ+ Community im Internet sowie der Schutz vor tätlichen Angriffen. Die Kommission zielt darauf ab, Hasskriminalität im Netz EU-weit unter Strafe zu stellen und will die Instrumente, welche die Gesetzgebung bietet, erforschen.

Im nächsten Jahr will die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf veröffentlichen.

Für 2027 ist eine Studie zur Diskriminierung im Bereich Wohnen geplant.

Auch bei der Anerkennung von Elternschaft will die Kommission die Mitgliedstaaten unterstützen.

Die Kommission möchte außerdem durch die Finanzierung von Programmen die Sichtbarkeit erhöhen und so mehr Bewusstsein und Möglichkeiten für die LGTBIQ+ Community eröffnen.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf, eigene nationale Strategien zur LGBTIQ+ Gleichstellung zu entwickeln und plant eine Zwischenbewertung der Maßnahmen im Jahr 2028.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Bericht der Kommission zum europäischen Arbeitsmarkt

Der europäische Arbeitsmarkt blieb 2024 trotz schwächerem Beschäftigungswachstum stabil. Die Arbeitslosenquote verharrte auf niedrigem Niveau, während die Löhne im Schnitt um 2,7 % stiegen und in den meisten EU-Staaten wieder über dem Vorkrisenniveau liegen. Dennoch arbeitet rund ein Fünftel der Beschäftigten in niedrig bezahlten Jobs. Die Kommission sieht in höheren Mindestlöhnen und gezielten Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung wichtige Hebel, um Einkommen und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Programme wie die Mindestlohnrichtlinie und die geplante „Quality Jobs Roadmap“ sollen faire Löhne, Weiterbildung und Innovation fördern. Gleichzeitig bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Besonders die Lage der Mittelschicht bleibt angespannt, da das Einkommen in keinem



entsprechenden Verhältnis zu den hohen Lebenshaltungskosten steht. Die Kommission betont daher die Bedeutung sozialer Investitionen, um Kaufkraft und soziale Stabilität in Europa langfristig zu stärken.

[Pressemitteilung](#)

Arbeitskräftemangel: Potenzial unterrepräsentierter Personengruppen

Am 15.09.2025 stellte die Kommission einen Bericht zur Beschäftigung und sozialen Entwicklung in Europa 2025 vor, der den Titel „Employment and social developments in Europe 2025 - Unlocking the potential of people: promoting higher employment in the EU“ (ESDS) trägt.

Der Bericht hebt hervor, dass ein Fünftel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also rund 51 Mio. Personen, dem EU- Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Dazu gehören vor allem Frauen, ältere Menschen über 55, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderung. Die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt würde auch dazu beitragen, das Ziel der EU einer Beschäftigungsquote von 78 % bis 2030 zu erreichen. Gleichzeitig würde dies den sozialen Zusammenhalt verbessern, den Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel zu mildern und das Ziel der EU zur Verringerung der Armut bis 2030 unterstützen.

Der Bericht stellt auch fest, dass im Jahr 2024 in der EU 1,8 Mio. Arbeitsplätze mehr geschaffen wurden als im Vorjahr. Damit stieg die Beschäftigungsquote auf 75,8 %. Die Arbeitslosenquote lag bei einem historischen Tief von 5,9 %.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der EU liegt 10 Prozentpunkte unter der von Männern. Das liege insbesondere an mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten und unbezahlten Betreuungsaufgaben. Mehr Betreuungsangebote für Kinder könnten in einigen Mitgliedstaaten die Erwerbsbeteiligung von Frauen um 30 % steigern.

Bei älteren Menschen im Alter von 55 bis 64 Jahren fehle oft die Flexibilität am Arbeitsplatz oder es lägen Hindernisse durch Ruhestandsregelungen vor.

Menschen mit Migrationshintergrund könnten mittels entsprechender Berufsanerkennung dem Arbeitsmarkt und dort vor allem gefährdeten Branchen leichter zur Verfügung stehen.

Die Quote der erwerbstätigen Menschen mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter lag im Jahr 2024 bei 56,4 %. Im Vergleich dazu waren 84 % der Menschen ohne Behinderungen erwerbstätig. Der Bericht nennt insbesondere Quotenregelungen oder Antidiskriminierungsmaßnahmen als Möglichkeit, diesen Problemen zu begegnen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



PES-Netzwerk verabschiedet Stellungnahme zum neuen Aktionsplan für die Europäische Säule Sozialer Rechte

Am 18.09.2025 hat das PES-Netzwerk ein Positionspapier zum neuen Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte verabschiedet. Dieses betont die Notwendigkeit systemischer Ansätze, um die Beschäftigungsziele der EU bis 2030 zu erreichen. Dabei sollen EU-Mittel (insb. aus dem Europäischen Sozialfonds Plus) weiterhin eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Aktionsplans spielen. Das Netzwerk fordert, dass im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen durch zweckgebundene Mittel ein Engagement für Beschäftigung und Qualifikationen vorgesehen wird, wobei soziale Investitionen Vorrang haben, und die Nachhaltigkeit des Wohlfahrtsstaates berücksichtigt werden sollten. Zudem wird das Potenzial strategischer Partnerschaften in Schlüsselbereichen der Industriepolitik hervorgehoben, um Engpässe und den Bedarf an Weiterbildung und Umschulung zu antizipieren.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION

Jährlicher Fortschrittsbericht „Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung“ von Kommissar *Olivér Várhelyi*

Der am 21.10.2025 veröffentlichte jährliche Fortschrittsbericht „Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung“ von Kommissar *Olivér Várhelyi* über den Zeitraum vom 01.01.2025 - 31.07.2025 zeigt, dass die EU-Kommission im Gesundheitsbereich gezielt auf Vereinfachung, Digitalisierung und Innovation setzt, um die Systeme effizienter und bürgernäher zu gestalten, ohne die hohen Standards für Patientensicherheit und Gesundheitsschutz zu gefährden. Die Kommission wird die Dialoge mit den Mitgliedstaaten und Stakeholdern fortsetzen, weitere Vereinfachungspotenziale identifizieren und die Digitalisierung sowie die Umsetzung neuer Regelungen weiter vorantreiben. Besonderes Augenmerk liegt auf der Überarbeitung der Medizinprodukte-Regulierung und der weiteren Entwicklung des Europäischen Gesundheitsdatenraums.

[Fortschrittsbericht](#)

Kommission startet Leitinitiative für mehr Nutzung von KI im Gesundheitswesen

Am 21.10.2025 hat die Kommission COMPASS-AI gestartet, eine neue Leitinitiative, um die sichere und wirksame Nutzung von KI im Gesundheitswesen zu fördern.

Es soll eine Expertengemeinschaft eingerichtet werden, die die verantwortungsvollen und wirksamen Innovationen im Gesundheitswesen vorantreibt und die Einführung von KI im Gesundheitswesen in Europa fördert. Kommissar *Olivér Várhelyi* betonte, dass KI das Potenzial habe, die Gesundheitsversorgung grundlegend zu verändern, personalisierte Behandlungen zu ermöglichen und die Gesundheitsergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Die Initiative knüpft an zentrale Prioritäten der EU wie den Europäischen Raum für Gesundheitsdaten an und wird durch das kommende Biotech-Gesetz ergänzt, das eine entscheidende Rolle spielen soll.

COMPASS-AI konzentriert sich auf zwei Schwerpunktbereiche: die Verbesserung der Krebsbehandlung sowie die Gesundheitsversorgung in abgelegenen Regionen. Geplant ist die Einrichtung einer interaktiven digitalen Plattform, die den Austausch bewährter Verfahren erleichtert und Wissen zwischen Krankenhäusern, Fachgesellschaften und EU-Projekten bündelt. Die Initiative ist Teil der umfassenden KI-Strategie der EU, die den Einsatz von KI in Schlüsselindustrien und im öffentlichen Sektor beschleunigen soll.

[Kommission – Leitinitiative für Nutzung von KI im Gesundheitswesen](#)



Kommissar Várhelyi zum zentralen europäischen Zulassungsverfahren von Arzneimitteln

Anlässlich des 30. Jahrestages der ersten europäischen zentralisierten Zulassung eines Arzneimittels am 20.10.2025 betonte Kommissar *Olivér Várhelyi* die entscheidende Rolle des zentralen Zulassungsverfahrens von Medikamenten für die europäische Gesundheitspolitik und die Wettbewerbsfähigkeit der Pharmaindustrie. Die zentrale europäische Zulassung ermöglicht es Unternehmen, Arzneimittel über ein einziges Verfahren in allen Mitgliedstaaten verfügbar zu machen. Dadurch profitieren Patienten von schnellerem und gerechterem Zugang, während die Industrie Effizienz und Vorhersehbarkeit gewinnt.

Mit Blick auf die Zukunft weist *Várhelyi* darauf hin, dass die EU ihre Regeln an die digitale Transformation und neue Technologien anpassen muss, um im globalen Wettbewerb weiterhin führend zu bleiben. Die Reform der EU-Pharmagesetzgebung, die Verabschiedung des Critical Medicines Acts, sowie ein Vorschlag für ein Biotech-Gesetz sind zentrale Prioritäten. Ziel ist es, den Zugang zu sicheren und innovativen Therapien weiter zu beschleunigen und gleichzeitig höchste Standards für Sicherheit und Vertrauen zu gewährleisten und die Wirtschaft zu stärken.

[Kommission - Pressemitteilung](#)

Kommission verabschiedet Vorschriften für gemeinsame klinische Bewertungen gemäß der HTA-Verordnung

Die Kommission hat am 17.10.2025 eine Durchführungsverordnung verabschiedet, in der die Vorschriften für gemeinsame klinische Bewertungen (Joint Clinical Assessments, JCAs) von Medizinprodukten und In-vitro-Diagnostika festgelegt sind. Damit ist der letzte Schritt zur Umsetzung der Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (Health Technology Assessment, HTA) getan, die im Januar 2025 in Kraft getreten ist.

Die neuen Vorschriften legen die Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen der HTA-Koordinierungsgruppe, der Kommission, Benannten Stellen und Expertengremien sowie Leitlinien für die Einbeziehung von Patienten, klinischen Experten und Entwicklern von Gesundheitstechnologien fest. Außerdem werden Formate und Vorlagen für die Einreichung von Nachweisen und Bewertungsberichten festgelegt, um EU-weit für Einheitlichkeit und Transparenz zu sorgen.

Derzeit laufen neun JCA für neue Krebsmedikamente und fortschrittliche Therapien sowie die erste gemeinsame wissenschaftliche Konsultation, die Entwicklern frühzeitige Beratung bietet. Mit diesem Durchführungsrechtsakt vervollständigt die EU den Rahmen, der erforderlich ist, um die Bewertung von Gesundheitstechnologien in allen Mitgliedstaaten besser zu koordinieren, evidenzbasierter und effizienter zu gestalten.

[Kommission - Bewertung von Gesundheitstechnologien](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/2086](#)



Weltgesundheitsorganisation fordert strengere Alkoholpolitik zur Eindämmung von Krebserkrankungen in Europa

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am 14.10.2025 gemeinsam mit der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) einen neuen Bericht veröffentlicht, der eine strengere Alkoholpolitik in Europa fordert.

Danach können Maßnahmen wie höhere Steuern, Verkaufsbeschränkungen und Werbeverbote den Alkoholkonsum deutlich senken und damit die Zahl alkoholbedingter Krebserkrankungen reduzieren. Die EU ist weltweit die Region mit dem höchsten Alkoholkonsum. Allein im Jahr 2020 wurden 111.300 neue Krebsfälle auf Alkohol zurückgeführt, darunter vor allem Darm- (36.900), Brust- (24.200) und Mundhöhlenkrebs (12.400). Fast 70 % der Fälle waren Männer. Die WHO weist darauf hin, dass alkoholische Getränke seit Jahrzehnten als krebserregend für den Menschen eingestuft sind.

„Die Länder der EU zahlen einen zu hohen Preis für Alkohol in Form von vermeidbaren Krebserkrankungen und zerbrochenen Familien“, sagte Dr. *Gundo Weiler*, Direktor für Prävention und Gesundheitsförderung bei der WHO/Europa. Die Organisation betont, dass strengere Alkoholrichtlinien Tausende von Menschenleben retten und die Gesundheitskosten erheblich senken könnten.

[WHO - Pressemitteilung](#)

EU-Kommissare *Lahbib* und *Várhelyi* beim World Health Summit in Berlin

Auf dem World Health Summit (WHS) am 13.10.2025 in Berlin betonten die EU-Kommissare *Hadja Lahbib* (EU-Kommissarin für Krisenvorsorge und Gleichstellung) und *Olivér Várhelyi* (Kommissar für Gesundheit und Tierwohl) die zentrale Rolle der EU für die globale Gesundheit.

Lahbib hielt zunächst eine Rede im WHO Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence bei der Einweihung des neuen, von der Kommission finanzierten, Systems Epidemic Intelligence from Open Sources (EIOS v.2) und des Prototyps des entscheidungsunterstützenden Pandemiesimulators. In ihrer Rede sagte sie, dass der neue Pandemie-Simulator Entscheidungsträgern helfen werde, schnellere, intelligentere und lebensrettende Entscheidungen zu treffen. Die Kommissarin kündigte eine neue Initiative für globale Resilienz im Gesundheitsbereich an und unterstrich die Bedeutung von Vertrauen in Wissenschaft und gemeinsamer Verantwortung.

EU-Kommissar *Olivér Várhelyi* hat in Berlin beim WHS über die Herausforderungen der europäischen Gesundheitssysteme gesprochen. Während seines Besuchs traf er zudem mit Bundesgesundheitsministerin *Nina Warken* und Bundeslandwirtschaftsminister *Alois Rainer* zusammen, um gemeinsame Prioritäten wie Gesundheitsinnovation und Prävention, die Wettbewerbsfähigkeit des Gesundheits- und Agrar- und Lebensmittelsektors in Europa und die Tiergesundheit zu erörtern. Der Kommissar diskutierte mit Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Bundestages und besuchte die Charité Berlin. Am Dienstagnachmittag reiste *Várhelyi* weiter nach Thüringen zur Carl Zeiss AG in Jena. Zu seinem Besuch in Jena erklärte *Várhelyi*: „Angesichts des wachsenden internationalen Wettbewerbs, insbesondere aus China, und der sich wandelnden



geopolitischen Dynamik müssen wir mehr tun, um europäische Medizintechnikunternehmen zu unterstützen und ihnen Innovationen und Wachstum hierzulande zu erleichtern. Aus diesem Grund werde ich Ende dieses Jahres eine Überarbeitung der Medizinprodukteverordnung vorschlagen, um Innovationswege zu modernisieren, Kontrollen vorhersehbarer und effizienter zu gestalten und sicherzustellen, dass Europa für europäische Patientinnen und Patienten weltweit führend bei sicheren, erschwinglichen und hochmodernen Medizintechnologien bleibt.“

[World Health Summit](#)

Kommission und Europäische Investitionsbank stellen bis zu 95 Mio. € für Impfstofffabrik in Ruanda bereit

Am 13.10.2025 haben die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) gemeinsam mit BioNTech den Bau einer mRNA-Impfstofffabrik in Kigali, Ruanda, angekündigt. Das Projekt wird durch einen Zuschuss der Kommission in Höhe von 35 Mio. € sowie ein mögliches EIB-Darlehen von bis zu 60 Mio. € finanziert.

Die neue Anlage soll künftig Impfstoffe gegen Malaria, Tuberkulose, HIV und Mpox (Affenpocken) herstellen, sobald die entsprechenden Entwicklungen und Zulassungen vorliegen. Die Initiative wird zusätzlich von der Coalition for Epidemic Preparedness Innovation (CEPI) unterstützt und ist Teil der EU-Global-Gateway-Strategie. Sie trägt außerdem zur Umsetzung des Ziels der Afrikanischen Union bei, bis 2040 60 % der Impfstoffe auf dem afrikanischen Kontinent zu produzieren.

[EIB und Kommission - Pressemitteilung](#)

Statement des Gesundheitskommissars zum Welttag für psychische Gesundheit

Zum Welttag für psychische Gesundheit am 10.10.2025 erinnert Kommissar *Olivér Várhelyi* an die Wichtigkeit der psychischen Gesundheit für unser individuelles Wohlbefinden und für eine widerstandsfähige Gesellschaft.

Besonders die mentale Gesundheit von Kindern und jungen Menschen sollen im Fokus stehen. Mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert, wirken sich laut *Várhelyi* digitale Belastungen und globale Herausforderungen zunehmend auf junge Menschen aus. Die EU unterstützt darum mit fast 1,3 Mrd. € insgesamt 20 Initiativen, die sich auf Kinder und Jugendliche konzentrieren.

Das diesjährige Motto „Zugang zu Diensten in Katastrophen und Notlagen“ unterstreicht die Bedeutung der psychischen Gesundheitsversorgung in Krisenzeiten. Jedoch erlebt nahezu einer von drei medizinischen Fachkräften selbst Symptome einer psychischen Krankheit, wie aus einer aktuellen Studie der WHO hervorgeht.

Über das EU4Health-Programm fördert die EU Investitionen in Personal, Prävention und bessere Arbeitsbedingungen für medizinische Fachkräfte, damit auch jene Unterstützung erhalten, die für andere da



sind. So sieht *Várhelyi* die Investitionen von heute als eine Vorbereitung auf die Herausforderungen von Morgen.

[Kommission - Pressemitteilung](#)

[WHO Europa - Mitteilung](#)

Weltgesundheitsorganisation: Weltweit höchster Tabakkonsum in Europa

Am 06.10.2025 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Zahlen zum weltweiten Tabakkonsum veröffentlicht. Während der globale Tabakkonsum insgesamt rückläufig ist, bleibt Europa mit einer Verbreitung von 24,1 % unter Erwachsenen ab 15 Jahren, die Region mit dem weltweit höchsten Konsum und überholt damit Südostasien. Europäische Frauen haben mit 17,4 % die weltweit höchste Prävalenz. Der Bericht, der erstmals auch Daten zum Vaping erfasst, hebt „alarmierende“ Trends beim Konsum unter Jugendlichen hervor, 4,6 % der Europäer sowie 4,8 % der US-Amerikaner nutzen Vapes. Während der weltweite Tabakkonsum, der 1,2 Mrd. Menschen betrifft, rückläufig ist, verläuft der Rückgang in Europa langsam, von 35 % im Jahr 2000 auf 24 % im Jahr 2020. In Südostasien hingegen sank der Konsum im gleichen Zeitraum deutlich stärker, von 54 % auf 23 %. WHO-Generaldirektor *Tedros Adhanom Ghebreyesus* lobte die bisherigen Maßnahmen zur Tabakkontrolle, warnte jedoch vor der aggressiven Vermarktung von Nikotinprodukten an Jugendliche durch die Tabakindustrie und forderte strengere politische Maßnahmen. Gesundheitskommissar *Olivér Várhelyi* strebt eine Angleichung der Besteuerung von Vapes an die von Tabakprodukten an. Steuerkommissar *Wopke Hoekstra*, der Vapes als schädlich für Jugendliche bezeichnet, plant eine Ausweitung der Tabaksteuerrichtlinie.

[WHO - Bericht](#)

Kommission unterzeichnet gemeinsamen Beschaffungsvertrag für COVID-19 Impfstoffe

Am 03.10.2025 hat die Kommission auf Antrag von 14 teilnehmenden Ländern einen Rahmenvertrag zur gemeinsamen Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen mit dem Pharmaunternehmen HIPRA unterzeichnet.

Ziel des Vertrages ist die Vorsorge und der Schutz der Bürger vor der Gefahr von COVID-19 für die Wintersaison 2025/26.

Die teilnehmenden Länder können bei Bedarf bis zu 4 Mio. Dosen des proteinbasierten COVID-19-Impfstoffs Bimervax®, angepasst an die LP.8.1 Variante, bestellen. Es besteht keine Mindestabnahmeverpflichtung.

Der Vertrag hat eine Laufzeit von bis zu zwei Jahren und die Impfstoffe werden rechtzeitig zur aktuellen Impfsaison geliefert. Das Impfstoff-Portfolio der Mitgliedstaaten wird durch den Beschaffungsvertrag diversifiziert, da proteinbasierte Impfstoffe zusätzlich zu den bereits verfügbaren mRNA-Impfstoffen angeboten werden. Die HIPRA's Impfstoffe generieren Immunität gegen die LP.8.1 variante und Kreuzprotektion gegen andere aufkommende Sublinien wie NB.1.8.1 und XFG.



Zudem wird laut Kommission die strategische Autonomie Europas gestärkt, da Forschung, Entwicklung und Produktion des Impfstoffs von HIPRA vollständig in Europa angesiedelt sind und die Lieferkette verkürzt wird. Die Beschaffung nutzt die „Gemeinsame Beschaffungsvereinbarung“ (Joint Procurement Agreement), einen EU-weiten Mechanismus zur gemeinsamen, freiwilligen und flexiblen Beschaffung medizinischer Gegenmaßnahmen. Stand April 2025 haben 38 Länder diese Vereinbarung unterzeichnet.

[Kommission - Mitteilung](#)

Sondierung: Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan der Union für Gesundheitskrisen

Die Kommission hat am 01.10.2015 einen Aufruf zur Einreichung von Beiträgen zu ihrem zukünftigen Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan für Gesundheitskrisen veröffentlicht.

Ziel des Plans ist es, die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten im Falle grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren zu stärken. Er soll die nationalen Präventions-, Vorsorge- und Reaktionspläne ergänzen sowie Synergien zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und den einschlägigen Agenturen oder Einrichtungen der EU ermöglichen. Rückmeldungen sind noch bis zum 29.10.2025 möglich.

[Präventions-, Vorsorge- und Reaktionsplan der Union für Gesundheitskrisen](#)

Herz-Kreislauf-Erkrankungen Ursache für meisten Todesfälle in EU-Regionen

EUROSTAT veröffentlichte am 29.09.2025 Kennzahlen zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen in der EU. Demnach stellen Herzinfarkte, Herzkrankheiten, Bluthochdruckerkrankungen und Erkrankungen des Lungenkreislaufs, weiterhin eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen in der EU dar. Im Jahr 2022 waren diese Krankheiten für 32,4 % aller Todesfälle in der EU verantwortlich. In 78,5 % der Regionen (186 von 237) innerhalb der EU stellten sie die führende Todesursache dar. Besonders auffällig ist, dass es 18 Regionen gab, in denen Herz-Kreislauf-Erkrankungen mindestens die Hälfte aller Todesfälle ausmachten. Die höchsten Anteile wurden in Bulgarien und Rumänien verzeichnet, wo in allen Regionen mehr als 50 % der Todesfälle auf diese Krankheiten zurückzuführen waren.

Am anderen Ende der Skala lagen zehn Regionen in Frankreich, in denen Herz-Kreislauf-Erkrankungen weniger als ein Fünftel aller Todesfälle verursachten. Die niedrigsten Werte wurden in Martinique (18,3 %), Provence-Alpes-Côte d'Azur (18,7 %) und der Hauptstadtregion Île-de-France (18,9 %) gemessen.

Deutschland hat durchschnittlich einen Wert von ca. 34 % und liegt damit über dem EU-Durchschnitt von 32,4 %.

[Eurostat](#)

Kommission legt Bericht zum Thema „Kultur und Gesundheit“ vor

Die EU hebt in ihrem am 29.09.2025 erschienenen Bericht „Culture and Health“ die zentrale Rolle von Kultur und Kunst für die Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden hervor. Der Bericht zeigt anhand zahlreicher



Beispiele aus EU-finanzierten Programmen wie Creative Europe, Erasmus+, Horizon 2020 und Horizon Europe, dass kulturelle Aktivitäten weit über den ästhetischen Wert hinausgehen: Sie tragen zur psychischen Gesundheit, sozialen Integration und Lebensqualität bei.

Die vorgestellten Projekte verbinden Disziplinen, die traditionell getrennt betrachtet werden, von Kunst und Psychologie über Musiktherapie für Alzheimer-Patienten bis hin zur Bedeutung von Architektur in der Psychiatrie. Diese interdisziplinären Ansätze schaffen Synergien, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar verbessern.

Der Bericht unterstreicht das Engagement der EU, Kultur als strategisches Instrument für die öffentliche Gesundheit zu nutzen.

[EU-Veröffentlichung](#)

Kommission: Bericht der DG SANTE über die Rolle der Gesundheitssysteme bei der Verringerung von Armut und Ungleichheit

Der am 26.09.2025 veröffentlichte Bericht der Kommission untersucht den umverteilenden Effekt des öffentlichen Gesundheitswesens in der EU anhand von EUROMOD – einem Steuer-Nutzen-Mikrosimulationsmodell. Empirisch analysiert wird die Folgenabschätzung von Steuer- und Sozialleistungsreformen. Im Ergebnis seien Gesundheits-Sachleistungen zentral bei der Verringerung von Ungleichheit und Armut. Sie senken den Gini-Index in den Mitgliedstaaten um 1,5 bis 4,5 Punkte und die Armutsgefährdungsquote um 1,5 bis 8 Prozentpunkte. Vulnerable Gruppen profitieren am stärksten von den Leistungen.

[Kommission - Bericht](#)

Austausch mit Kommissar Várhelyi über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 und Gesundheit

Am 25.09.2025 tauschten sich die Mitglieder des SANT-Ausschusses mit *Olivér Várhelyi*, dem Kommissar für Gesundheit und Tierschutz, über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 und das Thema Gesundheit aus. *Várhelyi* verteidigte den Vorschlag für den Bereich „Gesundheit“ des MFR der EU für 2028 - 2034 und versicherte, dass mit diesem Haushalt die Schlagkraft der EU-Gesundheitsmaßnahmen deutlich erhöht werde. Weitere Themen waren der Umgang mit Produkten mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt sowie ultra-verarbeiteten Lebensmitteln generell sowie die veralteten Tabakvorschriften.

[SANT - Anhörung](#)

EU startet OHAMR-Initiative zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

Am 23.09.2025 hat die EU offiziell die neue Partnerschaft „One Health Antimicrobial Resistance“ (OHAMR) ins Leben gerufen, um der globalen Bedrohung durch antimikrobielle Resistenzen (AMR) entgegenzuwirken.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 09/2025 vom 29.10.2025



Die Initiative wird im Rahmen von Horizon Europe mit 75 Mio. € kofinanziert und umfasst ein Gesamtbudget von 253 Mio. € für Forschung und Innovation über einen Zeitraum von zehn Jahren. Ziel ist es, die Ursachen und Auswirkungen von AMR zu bekämpfen, die jährlich über 35.000 Todesfälle in der EU und weltweit rund 1,27 Mio. Todesfälle verursachen.

Die Partnerschaft wird vom Schwedischen Forschungsrat koordiniert und vereint 53 Organisationen aus 30 Ländern.

Geplante Maßnahmen umfassen u. a. gemeinsame transnationale Ausschreibungen für Forschungsprojekte, den Ausbau von Forschungskapazitäten, die Förderung des Wissenstransfers in die Praxis und Politik sowie die Verbesserung des Datenzugangs zu AMR.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

[Apply AI Strategy](#)

Am 08.10.2025 hat die Kommission die nichtlegislative Apply AI Strategy vorgestellt, mit dem Ziel, den breiten Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in Wirtschaft und öffentlichem Sektor zu fördern. Die Strategie soll die Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und technologische Souveränität der EU stärken und ergänzt die KI-Verordnung sowie den Aktionsplan für den KI-Kontinent. Sie basiert auf drei Säulen: sektorale Leuchtturm-Initiativen z. B. in Gesundheit, Mobilität, Energie und öffentlicher Verwaltung, Querschnittsmaßnahmen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen, Fachkräften und Vertrauen in den Markt sowie einem Governance-Mechanismus mit der Apply AI Alliance und dem AI Observatory. Für Bayern ist die Strategie besonders relevant durch Impulse für industrielle Schlüsselbranchen, KI-Start-ups und den Einsatz von KI zur Verwaltungsmodernisierung.

[Pressemitteilung](#)

[Digital Omnibus Konsultation abgeschlossen](#)

Die Kommission sammelte Rückmeldungen, um die Regelungen zu Daten, Cybersicherheit, digitaler Identität und Künstlicher Intelligenz im Rahmen des kommenden Digital Omnibus zu vereinfachen.

Mit dem Digital Omnibus sollen durch den Abbau administrativer Anforderungen und die Einführung klarer Vorschriften die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und die Verwaltungsbelastungen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, reduziert werden. Diese Änderungen sollen gleichzeitig mit der Strategie der Kommission übereinstimmen, Innovation zu fördern, ohne dabei die hohen Standards für Fairness und Sicherheit im digitalen Raum zu gefährden. An der Befragung beteiligte sich das StMD unter Beteiligung aller betroffenen Ressorts. Es werden zentrale Anliegen der bayerischen Verwaltung und Wirtschaft adressiert.

[Pressemitteilung](#)

[Stellungnahme](#)

[EU-Datenverordnung regelt Kontrolle über vernetzte Geräte](#)

Die EU-Datenverordnung, die am 12.09.2025 in Kraft trat, konkretisiert die Rechte von Nutzern vernetzter Geräte wie Smartwatches, Autos oder Industrieanlagen und regelt den Zugang zu den von ihren Geräten erzeugten Rohdaten. Gleichzeitig schafft sie den Rahmen für Unternehmen, diese Daten für innovative Dienstleistungen zu nutzen.



Die Verordnung enthält Regelungen zu Datenverfügbarkeit, dem Anbieterwechsel bei Cloud-Diensten und Reparaturservices, und verbietet unlautere Vertragsklauseln. Ergänzt wird sie durch Leitlinien zur Datennutzung, Musterbedingungen für Datenverträge und eine geplante Strategie für die Datenunion.

[Datenverordnung](#)

[Pressemitteilung](#)

Konsultationen zur Umsetzung der eIDAS-Verordnung

Die Kommission hat vier öffentliche Konsultationen zur technischen Umsetzung der überarbeiteten eIDAS-Verordnung durchgeführt. Ziel ist die Vorbereitung delegierter Rechtsakte, die technische Anforderungen und Formate für qualifizierte Vertrauensdienste festlegen. Die Konsultationen, die am 02.10.2025 endeten, richteten sich über Online-Fragebögen an Anbieter, Behörden und weitere Stakeholder. Sie betrafen Sicherheitsstandards für Vertrauensdienste, Formate für fortgeschrittene elektronische Signaturen und Siegel, Anforderungen an Website-Zertifikate sowie elektronische Archivierungsdienste.

[eIDAS-Verordnung](#)

Positionspapier der EVP-Fraktion zur Digitalpolitik

Das Positionspapier der EVP-Fraktion wurde am 06.10.2025 von der Fraktion verabschiedet und fordert eine ambitionierte digitale Agenda für Europa, die auf technologische Souveränität, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den Schutz europäischer Werte abzielt. Es betont die Notwendigkeit strategischer Investitionen in digitale Infrastruktur, die Förderung von Künstlicher Intelligenz und digitalen Kompetenzen sowie die Stärkung europäischer Unternehmen.

Ein zentrales Anliegen ist die Vollendung des digitalen Binnenmarkts, um Fragmentierungen zu überwinden, Skalierbarkeit zu ermöglichen und einheitliche Rahmenbedingungen für digitale Innovationen zu schaffen. Gleichzeitig sollen Datenschutz, Meinungsfreiheit und Demokratie im digitalen Raum gesichert und gestärkt werden.

[Pressemitteilung](#)

Informationsplattform und Service Desk zur Einhaltung der KI-Verordnung

Um die Umsetzung der KI-Verordnung zu unterstützen hat die Kommission den AI Act Service Desk mit einer zentralen Informationsplattform eingerichtet. Die Plattform unterstützt konkret durch interaktive Online-Tools, mit denen Unternehmen und andere Akteure prüfen können, ob sie unter die rechtlichen Vorgaben der KI-Verordnung fallen. Sie bietet zudem klare, aktuelle Informationen und praktische Orientierungshilfen zur Umsetzung der Vorschriften.



Als Teil des AI Act Service Desk dient sie als zentrale Anlaufstelle, um die Anforderungen der Verordnung verständlich zu machen und die Einhaltung zu erleichtern.

[Informationsplattform](#)

[Service Desk](#)

Konsultation zu Leitlinien und Berichtsvorlage für Meldung schwerwiegender KI-Vorfälle

Die Konsultation richtet sich an verschiedene Interessengruppen wie Anbieter und Anwender von KI-Systemen, Industrieorganisationen, Wissenschaft, unabhängige Experten, zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Behörden. Die Kommission hat auf Basis von Art. 73 Abs. 7 der KI-Verordnung einen Leitfaden sowie eine Meldevorlage veröffentlicht, die nun im Rahmen dieser Konsultation geprüft werden sollen. Ziel ist es, praktische Erfahrungen und Rückmeldungen zu sammeln, um die Leitlinien praxisnah zu gestalten. Die Befragung läuft bis zum 07.11.2025.

[Pressemitteilung](#)

[Konsultation](#)

Auskunftersuchen an den Apple App Store, Booking.com, Bing, Google Play und Google Search

Die Kommission hat im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) Auskunftersuchen an Apple, Booking.com, Google und Microsoft gerichtet. Dies betrifft die Plattformen: Apple App Store, Google Play, Booking.com, Bing und Google Search. Ziel ist es, zu erfahren, wie diese Online-Plattformen und Suchmaschinen Risiken im Zusammenhang mit Finanzbetrug erkennen und minimieren. Die Kommission fordert Informationen zu betrügerischen Apps, gefälschten Unterkünften sowie irreführenden Anzeigen und Links, die Nutzer zu betrügerischen Websites führen. Zudem sollen die Unternehmen darlegen, wie sie die Identität ihrer Geschäftskunden gemäß den „Know Your Business Customer“-Regeln überprüfen und wie ihre Werbearchive zur Erkennung betrügerischer Muster beitragen. Diese Maßnahmen sollen den Verbraucherschutz stärken und systemische Risiken im digitalen Raum verringern.

[Pressemitteilung](#)